

1

Bonn, 10. September 1953

Sprecher: Adenauer, Albers, Altmeier, Arndgen, Arnold, [Bach], Bausch, Blumenfeld, [von Brentano], Dichtel, Ehlers, Erhard, Gerstenmaier, Gradl, Heck, Hofmeister, Kaiser, Kather, Kiesinger, Kunze, Lemmer, Lenz, von Lojewski, [Lübke], Pünder, Schäffer, Scharnberg, Schröder, Schuberth, [Schütz], Simpfendörfer, Strauß, Süsterhenn, Tillmanns, Wackerzapp, Frau Weber, Zimmer.

Bewertung der Bundestagswahl vom 6. September. Koalitionsbildung. Schwerpunkte der Politik in der 2. Legislaturperiode. Personalpolitik. Sozialpolitik. Verhältnis zum DGB.

Beginn: 10.00 Uhr

Ende: 15.50 Uhr

*Ehlers*¹: Meine Damen und Herren! Darf ich, bevor wir in die Tagesordnung eintreten, ein paar Worte sagen. Ich glaube nicht nur verpflichtet zu sein, sondern ich halte es für recht und geboten, daß wir in diesem Augenblick, in der ersten Sitzung von Fraktionsvorstand und Parteivorstand² nach dieser Wahl³, dem Herrn Bundeskanzler die herzlichsten Glückwünsche aussprechen zu diesem Erfolg. Es ist gar kein Zweifel,

1 D. Dr. Hermann Ehlers (1904–1954), 1949–1954 MdB (CDU), 1950–1954 Bundestagspräsident. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 73 Anm. 7.

2 Bis zur Konstituierung der neuen Fraktion am 15. September 1953 und der Wahl eines neuen Vorstands am 19. November 1953 blieb der alte Vorstand im Amt. Ihm gehörten an: Von Brentano (1. Vorsitzender), Albers (stv. Vorsitzender), Schröder (stv. Vorsitzender, gewählt am 25. Juni 1952), Strauß (stv. Vorsitzender), Krone (Geschäftsführer) sowie Arndgen, Bausch, Eckstein, Gerns, Gerstenmaier, Hilbert, Höfler, Kemper, Kiesinger, Kunze, Neuburger, Pelster, Pferdenges, Pünder, Scharnberg, Schütz, Solleder (der aber dem 2. Bundestag nicht mehr angehörte), Tillmanns, Frau Weber, Wuermeling. – Lenz erwähnt in seinem Tagebuch (IM ZENTRUM S. 695) als Anwesende noch Lübke und von Brentano, der erst später hinzugekommen sei.

3 Bei der Wahl zum 2. Deutschen Bundestag am 6. September 1953 errang die CDU 36,4 % (1949 25,2 %), die CSU 8,8 % (1949 5,8 %), die Unionsparteien zusammen also 45,2 %. Die Zahl der Bundestagsmandate der gemeinsamen Fraktion betrug 243 (absolute Mehrheit) von 484 gegenüber 139 im Jahr 1949; der Fraktionsbeitritt von Martin Heix (vgl. Anm. 99) erhöhte die Zahl auf 244 bei 487 Bundestagsmandaten insgesamt (drei Überhangmandate). – Vgl. DATENHANDBUCH 1949–1982 Kap. 1 S. 30ff. sowie S. 243.

daß dieser Erfolg in hervorragendem Maße ein Erfolg Konrad Adenauers ist. (*Lebhafter, anhaltender Beifall.*) Es gibt Leute in Deutschland, die Angst vor autoritären Entwicklungen und vor dem Führerprinzip haben. Wenn jemand keine Ähnlichkeit mit Adolf Hitler hat, dann scheint es mir der Bundeskanzler zu sein.

Daß es möglich ist in einer Demokratie, in der Abwehr des Radikalismus diesen Erfolg aus der Arbeit einer Persönlichkeit und der ihn tragenden Partei zu entwickeln, ist eine der erfreulichsten Feststellungen, die wir überhaupt nach dieser Wahl treffen konnten.

Es hat viele Menschen in Deutschland gegeben, die von der Art und Weise, wie der Bundeskanzler den Wahlkampf geführt hat, mit welchem Einsatz, mit welcher Frische und mit welcher Unermüdlichkeit, tief beeindruckt gewesen sind. Ich darf ihm namens der ganzen Partei und der Christlich-Sozialen Union den Dank dafür aussprechen. (*Beifall.*)

Adenauer: Meine Damen und meine Herren! Ich bin sehr gerührt und beglückt durch den Empfang heute bei Ihnen und durch die sehr warmen und mich ehrenden Worte, die Sie, Herr Kollege Ehlers, eben für mich gefunden haben. Ich darf mit einigen Worten antworten und möchte folgendes dazu sagen:

Ich betrachte diese Wahl in Wahrheit als eine Rechtfertigung des guten Geistes des deutschen Volkes. Unsere Partei, die CDU, und unsere Schwesterpartei, die CSU, können stolz darauf sein, daß es ihnen gelungen ist, im deutschen Volk nach alledem, was vor sich gegangen ist, doch wieder die guten Kräfte emporgeführt und zum Siege gebracht zu haben. Damit erwächst für uns, meine Freunde, eine historische Aufgabe, über die ich gleich noch einige Worte sagen möchte.

Ehe ich auf die Zukunft zu sprechen komme, möchte ich Ihnen einige Eindrücke wiedergeben, die ich in allen meinen Wahlreisen bekommen habe. Sie wissen, daß diese Wahlreisen mich vom äußersten Süden, vom Bodensee über München bis hinauf nach Bremen, Hamburg und Kiel geführt haben. Ich habe überall eins gefunden, daß nämlich der Bundesgedanke in einer ganz anderen Weise in allen Ländern Wurzel geschlagen hat, als das naturgemäß im Jahre 1949 der Fall sein konnte. Im Jahre 1949 begannen wir erst. Wir haben damals unsere Wahlreisen durchführen müssen, noch ehe es einen Bundestag und eine Bundesregierung gab. Deutschland war zerrissen. Die Länder waren vor der Bundesrepublik entstanden; sie hatten sich schon konstituiert, und sie hatten schon gearbeitet. Sie repräsentierten etwas. Wir traten neu ins Leben.

Ich habe dieses Mal doch – und das war ein sehr tiefer Eindruck für mich – die Überzeugung bekommen, daß im deutschen Volk das Zusammengehörigkeitsgefühl, die Bindung für alle Länder, die in der Zusammenfassung in der Bundesrepublik liegt, sehr tiefe Wurzeln geschlagen hat. Das war mein Eindruck überall.

Und einen zweiten Eindruck habe ich gehabt, den sicher alle Freunde, die auf Wahlreisen gewesen sind, auch gehabt haben, daß die Jugend beiderlei Geschlechts nicht nur außerordentlich interessiert gewesen ist, sondern daß sie auch Vertrauen zu uns gehabt hat. (*Zurufe:* Sehr richtig!) Der Neuwähler, der Jungwähler – diese große unbekannte Ziffer, von der immer wieder gesprochen wurde – hat sich ganz eindeutig

in der Mehrheit für uns entschieden.⁴ Das ist deshalb so besonders wertvoll, meine Freunde, weil der Jugend die Zukunft gehört und wir doch unsere Arbeit – der eine heute, der andere morgen – in die Hände der Jugend übergeben müssen. Das werden wir getrost tun können.

Die Wahl am Sonntag war – Sie haben das alles in der Zeitung gelesen, ich möchte das nur aneinanderreihen – außenpolitisch ein Ereignis allerersten Ranges, und zwar gilt das für die europäischen Länder, es gilt auch für die Vereinigten Staaten, für Sowjetrußland, es gilt für die ganze Welt. Etwas ist im Ausland viel stärker beachtet worden als bei uns im Inlande, nämlich das, daß sich das deutsche Volk auf der Mitte gefunden hat, daß der Rechtsradikalismus und der Linksradikalismus abgestoßen sind und daß wir z.Z. tatsächlich den Eindruck eines politisch reifen Volkes machen.

Und nun unsere Partei, meine Freunde! Nachdem die französische Christliche Partei von den großen Erfolgen, die sie in den ersten Jahren nach dem Kriege gehabt hat, heruntergesunken war zu einer relativ kleinen Partei⁵, nachdem die Christliche Partei in Italien von dem großen Wahlsieg – ich glaube im Jahre 1948 – stark heruntergegangen war⁶, hat man allenthalben mit großem Bangen, teilweise auch mit Freude auf der anderen Seite, auf unsere Wahl gesehen in der Hoffnung, daß die Partei, die ausdrücklich erklärt hat, daß sie ihre Politik auf den christlichen Grundsätzen aufbaue, hier bei uns dieselbe Niederlage erleiden würde.

Ich glaube, jeder von uns Christen kann nur mit einem Gefühl tiefer innerer Befriedigung feststellen, daß dieses deutsche Volk, das doch den Nationalsozialismus, den Krieg, die Zerstörungen, die Verwüstungen und die demoralisierende Wirkung einer Besatzung, namentlich in den ersten Nachkriegsjahren, erlebt hat, sich mit einer solchen Kraft zu den christlichen Grundsätzen bekannt hat, und daß in diesem Land, wo das Volk seit einigen Jahrhunderten konfessionell geteilt ist und in dem der konfessionelle Gegensatz doch lange, lange Zeit eine sehr starke, ja fast eine entscheidende Rolle gespielt hat, sich die beiden christlichen Bekenntnisse nun in einer Weise zusammengefunden haben, wie es einzigartig in der Geschichte dasteht.

Lassen Sie mich hier einen besonderen Dank aussprechen an unsere evangelischen Wähler und an diejenigen, die sich besonders dem evangelischen Teil unserer Wähler gewidmet haben; ich meine die Herren Kollegen Tillmanns⁷, Gersten-

4 Die zwischen 21- und 29jährigen wählten zu 45 % die CDU/CSU (männlich 41,4 %, weiblich 48,4 %); auf die SPD entfielen 31,6 %, auf FDP 9,7 %, Sonstige 13,7 % (DATEN-HANDBUCH 1949–1982 S. 60).

5 Mouvement Républicain Populaire, 1944 gegründet. Bei den Gemeindewahlen 1947 hatte die Partei 12,2 % und 1953 12,9 % errungen (AdG 1953 S. 3969); bei den Wahlen zur Nationalversammlung 1946 hingegen hatte sie 26,4 % erreicht, 1951 waren es nur noch 12,3 % (AdG 1951 S. 2987; BICHET).

6 Die Democrazia Cristiana hatte 1948 48,7 % (Kammer) errungen, war 1951 auf 36,3 % (Provinzialratswahlen) abgesunken, konnte ihren Stimmenanteil am 7. und 8. Juni 1953 aber wieder auf 40,1 % (Kammer) steigern (AdG 1953 S. 4025).

7 Dr. Robert Tillmanns (1896–1955), 1949–1955 MdB, seit 9. November 1951 zusammen mit Kiesinger und Wüermeling geschäftsführendes Vorstandsmitglied. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 75.

maier⁸ und vor allem auch Herrn Kollegen Ehlers, (*Beifall*) der – ich habe das allenthalben gefunden – mit einer solchen Kraft der Überzeugung unter den evangelischen Teilen der Bundesrepublik gewirkt hat, daß es sicher zu einem großen Teil sein Verdienst ist, wenn bei dieser Wahl in viel stärkerer Weise als bei der Wahl 1949 die evangelischen Christen zu uns gestoßen sind, trotzdem ein Mann wie Heinemann⁹ und wie Niemöller¹⁰ in dieser Weise gegen uns gearbeitet und gehetzt hat. Das gilt namentlich noch mehr für Heinemann als für Niemöller. Ich habe leider feststellen müssen, daß die Flugblätter des Herrn Heinemann¹¹ die gemeinsten von allen waren. (*Zurufe*: Sehr richtig!) Ich verstehe es geradezu nicht, daß der Herr Heinemann – ich spreche es hier offen aus – so tief gesunken ist, daß er sich dazu hergibt.

Aber, meine Freunde, nun unsere Aufgabe! Unsere Aufgabe ist ganz ungeheuer groß. Ich darf eins vorausschicken, weil ich etwas kritisch sprechen muß. Lassen wir wirklich heute einmal hier Vertraulichkeit gelten. Ich habe Sie extra hierher gebeten in diese etwas drangvolle Enge, weil es hier möglich ist, alle Journalisten auszusperrn. Das wäre drüben in unserer Fraktion nicht möglich gewesen, auch nicht im Bürgerverein. Hier ist es möglich. Es befindet sich kein Journalist auf dem Gelände, es sei denn, er sitzt mitten unter uns. – Da sehe ich gerade einen. (Gemeint ist Herr Lemmer¹².) Aber diejenigen, die hier sind, die sitzen eben mitten unter uns, und deswegen sitzen sie nicht als Journalisten hier.

Ich möchte Sie sehr dringend bitten, daß wir uns nun wirklich darauf beschränken, ein Kommuniqué herauszugeben, das nachher einige Herren vorbereiten müssen. Wir müssen uns jetzt einmal über manche Dinge sorgfältig aussprechen können in der Gewißheit, daß davon die Öffentlichkeit nichts erfährt.

Wir müssen uns darüber klar sein, daß uns die Chance, noch einmal einen solchen Wahlsieg zu erfechten, vielleicht nicht wieder gegeben wird. Ich drücke mich absichtlich etwas vorsichtig aus. Daraus folgt zweierlei, einmal dürfen wir nicht dem

8 D. Dr. Eugen Gerstenmaier (1906–1986), 1949–1969 MdB (CDU). Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 122 Anm. 31.

9 Dr. Gustav W. Heinemann (1899–1976), Vorsitzender der GVP. Vgl. WINTER S. 92–130; PROTOKOLLE 1 S. 7 Anm. 32.

10 Martin Niemöller (1892–1984), 1947–1964 Kirchenpräsident der Landeskirche von Hessen und Nassau. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 3.

11 Auf von Heinemann mitunterzeichneten Flugblättern wurde die Westpolitik Adenauers als „Separatismus“ bezeichnet, die Behauptung aufgestellt, Gesamtdeutschland solle dem amerikanischen Oberbefehl unterworfen werden, oder z.B. durch die Frage, „wollen Sie, daß unsere Männer, Väter, Söhne und Brüder schon wieder marschieren?“, Parallelen zur Kriegspolitik Hitlers hergestellt (Auswahl in ACDP III-002-259; VII-004-194/1). – Vgl. Anselm DOERING-MANTEUFFEL: Konrad Adenauer – Jakob Kaiser – Gustav Heinemann: Deutschlandpolitische Positionen in der CDU. In: Die Republik der fünfziger Jahre. Adenauers Deutschlandpolitik auf dem Prüfstand. Hrsg. von Jürgen Weber. München 1989 S. 18–46.

12 Ernst Lemmer (1898–1970), 1952–1970 MdB (CDU). Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 159 Anm. 6.

Übermut verfallen, sondern wir müssen klug (*Weber*¹³: Und weise!) sein. Wir müssen die Verantwortung tragen, die wir bekommen haben. Wir müssen klug sein und auch [an] die vier nächsten Jahre denken. Wir müssen daran denken, daß wir nunmehr für diese vier Jahre sozusagen die ganze Verantwortung tragen und daß wir daher eine Geschlossenheit von wirklich hohen Graden unter uns aufbringen müssen, weil sie uns allein befähigen kann, den Aufgaben gerecht zu werden, die unser in den kommenden vier Jahren harren.

Lassen Sie mich über die Frage der Geschlossenheit noch einige Bemerkungen machen. Ich freue mich zunächst, daß ich unsere Freunde von der CSU hier bei uns sehe. (*Beifall.*) Daß Sie uns willkommen sind, brauche ich Ihnen wohl nicht zu sagen. Wir stehen Schulter an Schulter. Wir haben in allem zusammengestanden; nur die Besonderheiten, die wir Bayern anerkennen müssen, haben es mit sich gebracht, daß eine CDU und eine CSU vorhanden sind, aber der Unterschied ist nur manchmal im Temperament und nicht in der Sache selbst. (*Heiterkeit.*) Also: Geschlossenheit! Lassen Sie mich das exemplifizieren an der Fraktion, die wir haben. Wir werden eine Fraktion haben von mindestens 244 Mitgliedern. Es werden noch einige hinzukommen. (*Ehlers*: Sechs Berliner¹⁴!) Abgesehen von den Berlinern kommen noch mehr hinzu. Nun stellen Sie sich bitte einmal vor, welch ungeheuer schwere Arbeit es sein wird, diese 250 Leute wirklich zusammenzuhalten, damit sie nicht auseinanderbrechen in einzelne Teile, in Unterfraktionen. Das ist eine ungeheuer schwere Aufgabe. Zur Erleichterung dieser Aufgabe ist es nach meiner Meinung vor allem notwendig, daß möglichst viele der Fraktionskollegen zur Arbeit herangezogen werden. Denn nur dann, wenn sie zur Arbeit herangezogen werden und sich an der Arbeit beteiligen können, bekommen sie das Gefühl, wirklich Mitglied dieser Fraktion zu sein; sonst bekommen sie das Gefühl nicht. Ich sehe Herrn von Brentano¹⁵ leider nicht. (*Schröder*¹⁶: Er kommt gleich!) Daher werden wir uns in der Fraktion sehr überlegen müssen, daß wir das Büro ganz anders ausbauen, als es bisher gewesen ist. Das Büro muß – ich hatte vor vier Jahren schon darauf hingewiesen – ausgebaut werden, daß auch diejenigen Mitglieder der Fraktion, die nicht ständig hier sein können, durch das Material, das ihnen von dem Büro übergeben wird, durch die Hinweise, wo sie das Material finden können usw., möglichst schnell in die Materie hineinkommen können, damit sie auch ein Wort mitsprechen und in den Ausschüssen verwendet werden können.[!]

Es ist nämlich so, wenn der nicht in einer Sparte besonders interessierte und unterrichtete Abgeordnete – wie z.B. die Kollegen von der Grünen Front, die darin

13 Dr. Helene Weber (1881–1962), 1949–1962 MdB (CDU). Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 159 Anm. 7.

14 CDU-Vertreter Berlins waren Friedensburg, Krone, Lemmer, Frau Maxsein, Stingl, Tillmanns. – Tatsächlich waren es nicht 244, sondern zunächst 243 Abgeordnete.

15 Dr. Heinrich von Brentano (1904–1964), 1949–1964 MdB (CDU), 1949–1955 und 1961–1964 Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 1 Anm. 4.

16 Dr. Gerhard Schröder (1910–1989), 1949–1980 MdB (CDU), 1953–1961 Bundesminister des Innern. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 7.

vorbildlich sind – irgendeinem Gesetzentwurf gegenübersteht, ohne daß er jemand hat, der ihm das Material dazu gibt, dann ist er wirklich hilflos, und dann tritt nach kurzer Zeit das ein, was nach meinen Beobachtungen auch in der vergangenen Fraktion eingetreten ist, daß sich nämlich eine Reihe von Damen und Herren sagen, was tue ich eigentlich hier, ich komme ja doch nicht an die Arbeit. – Also, dafür muß ein Büro da sein. Dort sollen erstklassige Leute hinein, die etwas können, und diese ersten Leute müssen bezahlt werden! Deswegen müssen – das wird in der Fraktion entschieden werden – die Abgaben jedes Abgeordneten für die Fraktions- und Bürokasse erhöht werden.

Vor allem müssen wir dafür sorgen, und das fasse ich, wenn Gott mir das Leben so lange läßt, als eine Hauptaufgabe der Kanzlerschaft in den nächsten Jahren auf, falls ich gewählt werden sollte (*Heiterkeit*) – man muß immer vorsichtig sein –, daß die ideellen Fundamente unserer Partei im ganzen Lande stärker herausgearbeitet werden, (*Sehr gut! und Beifall*) weil allein diese ideellen Fundamente das Tragende und das Dauernde sind und uns befähigen, auch unseren Erben später eine hohe Aufgabe und eine gute Erbschaft zu überlassen.

Wenn ich eben sagte, wir sollten nicht übermütig sein, dann gestatten Sie mir jetzt, daß ich von diesem Wort aus übergehe auf die anderen Parteien. Ich möchte zunächst zu der Frage Stellung nehmen: Können wir es wagen, mit einer knappen Mehrheit von zwei oder drei Stimmen allein die Geschäfte zu führen? Ich glaube, das können wir nicht, meine Damen und Herren; eine solche knappe Mehrheit ist etwas sehr Holpriges und sehr Schwaches, wenn der eine oder andere fehlt. Dann steht der Wagen still. Also, das halte ich nicht für möglich.

Ich bin der Auffassung, daß wir mit unseren bisherigen Koalitionsparteien weiter zusammenarbeiten sollten, auch aus einer gewissen Fairneß heraus. Ich bin weiter der Auffassung, weil wir ein Interesse daran haben, daß diese Parteien – wenn auch nicht in der Art und Weise, wie sie manchmal gewollt haben – bestehenbleiben. Wenn die Freie Demokratische Partei und die Deutsche Partei nicht bestehenbleiben, dann wird sich an deren Stelle – ich nehme das jetzt mal etwas aus der Vergangenheit – eine Deutschnationale Partei à la Hugenberg¹⁷ entwickeln, die dann alle diese Elemente, die national und nationalistisch nicht auseinanderhalten, in sich aufnehmen wird. Es ist doch gerade gegenüber der Zeit nach 1918 ein so großer Erfolg, daß wir keine ausgesprochen deutschnationale Partei seit 1945 gehabt haben. Daran müssen wir festhalten. Deswegen müssen auch diese beiden Parteien bestehenbleiben und in der Verantwortung bleiben.

Noch ein letzter Grund, warum das notwendig ist. Das ist notwendig, weil nach meiner Meinung weiteste Kreise des deutschen Volkes es nicht ertragen, wenn nur eine Partei die Regierung bildet und die Verantwortung trägt. Gegen diese eine Partei

17 Alfred Hugenberg (1865–1951), 1928–1933 Vorsitzender der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP). Vgl. Klaus WERNECKE/Peter HELLER: Der vergessene Führer. Alfred Hugenberg. Pressemacht und Nationalsozialismus. Hamburg 1982.

würde sich der ganze Ansturm dann wenden. Das sind die Gründe. Wir können uns einmal darüber unterhalten, aber ich glaube, man wird nicht viel dagegen sagen können.

Die Entgleisungen müssen aufhören. Dafür muß gesorgt werden. Nun hat es ein gütiges Geschick gewollt, daß bei den Freien Demokraten die Herren Onnen und Stegner¹⁸ etwas Kräftiges auf den Kopf bekommen haben und schließlich auch Herr Middelhaue¹⁹ nicht gerade als Sieger aus diesem Kampf hervorgegangen ist. (*Zuruf*: Dehler²⁰!) Dehler ist ein Mann für sich. Wir wollen uns nicht mit Einzelheiten hier befassen, aber mein Urteil über Dehler habe ich im Kabinett Herrn Dehler vor einiger Zeit sehr nachdrücklich gesagt. Aber die Partei an sich wird doch – ich hoffe das wenigstens – so werden, daß sie für uns ein annehmbarer Mitarbeiter wird, auch auf sozialem Gebiet. Darüber hat dieser Tage eine Aussprache im Kabinett stattgefunden. Ich glaube, auf sozialem Gebiet werden wir mit ihr weiterkommen.

Zweifelhaft ist die Frage: BHE. Zunächst ist es unzweifelhaft, daß der BHE lange nicht das erreicht hat, was er sich erträumte.²¹ Weder ist er selbst so stark geworden, noch ist die ganze Konstellation so geworden, daß er das Zünglein an der Waage wird. Aber man muß jedenfalls der Frage einmal nähertreten. Ich gestehe Ihnen von mir sehr offen, daß ich bisher bei mir selbst zu keiner Klarheit gekommen bin, ob man den BHE mit hineinnimmt oder nicht. Wenn wir den BHE mit hineinnehmen – vorausgesetzt, daß er nicht zu teuer ist –, (*Zuruf*: Niedersachsen²²!) hat das folgendes für sich: einmal haben wir die Zweidrittelmehrheit im Bundestag. Die Zweidrittelmehrheit werden wir eventuell noch einmal brauchen müssen, auch damit die ganze Sache mit dem Bundesverfassungsgericht zu Ende geht.²³ Wir werden vielleicht auch – ein Gedanke, den ich hier nur so anklingen lasse – einmal ein Gesetz vom Bund aus erlassen müssen, das die Landtagswahlen und die Bundestagswahlen entweder zusammenlegt oder die

-
- 18 Alfred Onnen (1904–1966), 1949–1957 MdB (FDP). Artur Stegner (1907–1986), 1949–1957 MdB (bis 13. Januar 1954 FDP, dann fraktionslos, ab 6. Februar 1957 GB/BHE). – In Niedersachsen errang die FDP 6,9 % der Zweitstimmen gegenüber 7,5 % bei der Bundestagswahl 1949. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 28 Anm. 42–44.
 - 19 Dr. Friedrich Middelhaue (1896–1966), 1946–1958 MdL NW, 1949–1950 und 1953–1954 MdB (FDP). Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 274 Anm. 28. – In NW errang die FDP 8,5 % der Zweitstimmen gegenüber 8,6 % bei der Wahl zum 1. Bundestag.
 - 20 Dr. Thomas Dehler (1897–1967), 1949–1967 MdB (FDP), 1949–1953 Bundesminister der Justiz. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 174 Anm. 11; KLINGL.
 - 21 Der BHE hatte 5,9 % der Stimmen und 27 Mandate erreicht. Ziel war eine Fraktion mit mindestens 40 Abgeordneten gewesen (vgl. NEUMANN S. 91).
 - 22 Bei der Landtagswahl am 6. Mai 1951 hatte der GB/BHE 14,9 % erreicht. Als „rücksichtsloser Sachwalter“ seiner Wähler (NEUMANN S. 69) stellte er den stv. Ministerpräsidenten (Friedrich von Kessel), den Minister für Wirtschaft und Verkehr (Hermann Ahrens), für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (von Kessel) sowie für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegssachgeschädigte (Erich Schellhaus). Vgl. STORBECK S. 234.
 - 23 Die Zweidrittelmehrheit wurde zur Verabschiedung der Wehrgesetze benötigt. Die Abstimmung über die 1. Wehrrergänzung (Art. 73 GG) fand am 26. Februar 1954 statt (Sten.Ber. 2.WP Bd.18 S. 614).

gesamten Landtagswahlen auf einen Tag in der Mitte der Bundestagssession festsetzt jedenfalls etwas Derartiges, damit wir nicht wieder anfangen müssen mit den Wahlen Jetzt kommen die Wahlen in Bayern, in Nordrhein-Westfalen, in Niedersachsen (*Scharnberg*²⁴: Hamburg noch in diesem Jahr!²⁵) ja, also Hamburg kommt zuerst Ich darf wiederholen, wenn man eine Zweidrittelmehrheit preiswürdig erlangen kann ist sie auf alle Fälle etwas wert. Wenn Sie und auch die Fraktion der Ansicht sind daß der Preis nicht zu hoch ist, dann glaube ich nicht, daß wir dadurch das Leben des BHE verlängern werden. Der BHE ist nun einmal am Sterben. Das liegt in der Natur der Sache, daß er stirbt. Hoffentlich wird sein Tod in den nächsten Jahren eintreten oder sein Hinscheiden noch ein schnelleres Tempo annehmen.

Jetzt komme ich zur Sozialdemokratischen Partei. Anschließend möchte ich Ihnen etwas über den Deutschen Gewerkschaftsbund, über die Gewerkschaftsfrage, sagen, weil ich diese beiden Fragen nicht nur für parteipolitisch, sondern auch für staatspolitisch außerordentlich wichtig halte. Die Sozialdemokratische Partei ist seinerzeit unter der starken Führerschaft Schumachers²⁶ ins Leben getreten. Ich habe zunächst als Vorsitzender der CDU der britischen Zone seine Reden von Anfang an sehr genau verfolgt. Aus seinen Reden sprach durchweg ein sehr stark nationalistischer Zug. Aus welchen Wurzeln dieser nationalistische Zug kam, das kann man natürlich nicht mit aller Bestimmtheit sagen. Aber nach meiner Beobachtung des Herrn Schumacher und nach meiner Kenntnis seiner Person, die sich aus einer Reihe von Gesprächen unter vier Augen entwickelt hat, waren es wohl zwei Erwägungen. Einmal war er selbst ein Nationalist, und zweitens erklärte er seiner Partei: Wir haben im Jahre 1918 den großen Fehler gemacht, daß wir die rechtsstehenden Leute, namentlich die Offiziere usw., die früheren Soldaten, nicht zu uns bekommen haben. Den Fehler dürfen wir in diesem Falle nicht wiederholen. – Daher das Unterstreichen des Nationalistischen. Herr Schumacher war aber – ich sehe von allen persönlichen Dingen völlig ab in diesem Zusammenhang – ein erklärter und bewußter Gegner Sowjetrußlands und des Kommunismus. Er hat seine Fraktion und seine Partei auch in diesem Sinne geführt. Das hat sich bestimmt mit seinem Tode geändert.

Ich sehe in der SPD eine sehr unheilvolle Entwicklung, eine starke Annäherung an kommunistische parteipolitische Erwägungen. Ich darf hier wohl Namen nennen. Ich glaube, daß die Außenpolitik der SPD in der Hauptsache getragen wird von Herrn

24 Hugo Scharnberg (1893–1980), 1949–1961 MdB (CDU), Vorsitzender des CDU-Wahlrechtsausschusses sowie eines interfraktionellen Wahlrechtskreises der Koalitionsparteien. – Zu seinen Vorstellungen und Entwürfen vgl. PROTOKOLLE 1 S. 136, 531–567.

25 Landtags- bzw. Bürgerschaftswahlen waren in Hamburg am 1. November 1953, in Nordrhein-Westfalen am 27. Juni 1954, in Schleswig-Holstein am 12. September 1954, in Bayern und Hessen am 28. November 1954, in Berlin am 5. Dezember 1954.

26 Dr. Kurt Schumacher (1895–1952), seit 1946 Vorsitzender der SPD, 1949–1952 MdB. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 17 Anm. 13; Günther SCHOLZ: Kurt Schumacher. Düsseldorf 1988.

Wehner²⁷. Herr Wehner ist ja in diesem Wahlkampf sehr selten hervorgetreten, wo er aber hervorgetreten ist, tat er es in sehr übler Weise. Sie kennen alle die Vergangenheit des Herrn Wehner; Sie kennen seine Herkunft. Ihm hat sekundiert Herr Brandt²⁸, der auch früher eine ähnliche Rolle gespielt hat wie Herr Wehner. An seine Seite sind getreten der Herr Erler²⁹, der ursprünglich Kommunist war, und Herr Eichler³⁰, der in London war und Bevanist gewesen ist, der mit der Gruppe Bevan³¹, dem jetzigen äußersten linken Flügel der Labour Party, die wieder Annäherungen zu Moskau hat, eng zusammenging.

Herr Ollenhauer³² ist im Grunde genommen nicht geneigt, auf diesen Boden zu treten, aber Herr Ollenhauer ist wirklich nicht der stärkste Mann. Wer im Bundestag beobachtet hat, wie zuerst Herr Lütken³³, der außenpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, abserviert und dann auch Carlo Schmid³⁴ abserviert wurde, wonach Herr Wehner der außenpolitische Sprecher geworden ist, dem war es ganz klar, daß es in systematischer Arbeit diesem Flügel der SPD gelungen ist, das Heft in die Hand zu bekommen und damit auch Herrn Ollenhauer für seine Zwecke zu gewinnen.

Wir können das nicht beweisen, wenigstens nicht die Beweise auf den Tisch des Hauses legen, aber ich glaube, das deutsche Volk ist durch unseren Sieg aus einer ganz großen Gefahr errettet worden; denn ich bin fest davon überzeugt, daß das, was Erler, Eichler und Heine³⁵ auf dieser Pressekonferenz der Sozialdemokratischen

27 Herbert Wehner (geb. 1906), 1949–1983 MdB (SPD). Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 413 Anm. 170; Knut TERJUNG (Hrsg.): Der Onkel. Herbert Wehner in Gesprächen und Interviews. Hamburg 1986.

28 Willy Brandt, ursprünglich Herbert Ernst Karl Frahm (geb. 1913), 1931 Mitglied der Sozialistischen Arbeiterpartei, 1933 Emigration, 1949–1957, 1961 und seit 1969 MdB (SPD), 1950–1969 MdB, 1955–1957 Präsident des Berliner Abgeordnetenhauses, 1957–1966 Regierender Bürgermeister von Berlin, 1958–1962 Vorsitzender der Berliner SPD, 1966–1969 Außenminister, 1969–1974 Bundeskanzler, 1964–1987 Vorsitzender der SPD, seit 1976 Präsident der Sozialistischen Internationale. – Erinnerungen. Berlin 1989.

29 Fritz Erler (1913–1967), 1949–1967 MdB (SPD). Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 228 Anm. 97.

30 Willi Eichler (1896–1971), 1933 Emigration (Schweiz, Frankreich, Luxemburg, England), 1947–1948 MdL Nordrhein-Westfalen, 1948–1949 Mitglied des Frankfurter Wirtschaftsrats, 1949–1953 MdB (SPD). Vgl. BIOGRAPHISCHES HANDBUCH 1 S. 148.

31 Aneurin Bevan (1897–1960), seit 1929 Abgeordneter im britischen Unterhaus (Labour), Gesundheitsminister, 1951 Arbeitsminister (Rücktritt aus Protest gegen die Höhe des Verteidigungsetats der Regierung).

32 Erich Ollenhauer (1901–1963), 1949–1963 MdB (SPD), 1952–1963 Partei- und Fraktionsvorsitzender. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 110 Anm. 4.

33 Dr. Gerhard Lütken (1893–1955), 1920–1937 im diplomatischen Dienst, 1937 Emigration, ab Dezember 1947 außenpolitischer Referent des SPD-PV, 1949–1955 MdB. Vgl. BIOGRAPHISCHES HANDBUCH 1 S. 464f.

34 Dr. Carlo Schmid (1896–1979), 1949–1972 MdB (SPD), 1949–1953 Vorsitzender des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten). Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 189 Anm. 45.

35 Fritz Heine (geb. 1904), vor 1933 Sekretär beim SPD-PV, 1933 Emigration, 1946–1957 Mitglied des geschäftsführenden PV und verantwortlich für Pressewesen. Vgl. BIOGRAPHISCHES HANDBUCH 1 S. 280f.

Partei erklärt haben³⁶, die Meinung des Parteivorstandes gewesen ist. Herr Ollenhauer hat es ja später erklärt, allerdings hat er vorher erklärt, sie blieben auf ihrem alten Standpunkt stehen.

Was wird nun aus der SPD? Ein Programm hat sie nicht. An den Marxismus kann sie letzten Endes selbst nicht mehr glauben, obgleich sie hier immer noch damit kommt, sie neige zum Neutralismus hin. Neutralismus bedeutet aber, in absehbarer Zeit Satellitenstaat zu werden. Sie haben sich gewandt an den kleineren Mittelstand mit relativ wenig Erfolg. Was soll werden, namentlich jetzt, wo sie geschlagen sind und wo diejenigen Industriellen, die vorher mit ihnen Fühlung genommen haben, weil diese glaubten, die SPD würde Sieger werden, nun mit der Hergabe des Geldes an die SPD – die von der Industrie Gelder bekommen hat – zurückhaltender sein werden.

Was wird aus ihr werden? Das ist für uns eine sehr ernste Frage nicht nur vom parteipolitischen Gesichtspunkt aus, sondern auch staatspolitisch gesehen. Wir brauchen nach meiner Meinung eine gute – verstehen Sie mich recht, wenn ich das sage – Sozialdemokratische Partei. Wir dürfen aber nicht zulassen, daß das die ausschließliche Partei der Arbeiter wird. (*Zurufe: Sehr richtig! – Ist sie auch nicht! – Unruhe.*) Ich habe in der Zeitung gelesen, daß man zum Zweiparteiensystem übergehe. Das würde ich für ganz falsch halten für unsere Verhältnisse. Um Gottes willen nicht eine Partei der Bürger und eine Partei der Arbeiter! Wie der Deutsche nun einmal ist – er ist auch gegen sich selbst unduldsam –, würde das zu einer Katastrophe führen. Also, die SPD darf nicht eine Partei der Arbeiter werden. Ich darf gleich noch ein Wort dazu sagen.

Aber was wird aus ihr? Sie haben gelesen, daß sie nach zweitägiger Verhandlung in ihrem Vorstand etwas beschlossen haben, was nun wirklich nicht ein Zeichen besonderer Intelligenz ist, daß der Wahlausgang eine Revision insbesondere der außenpolitischen Zielsetzung der Sozialdemokratie nicht notwendig mache.³⁷ Aber was noch viel dümmer ist: Sie werde dafür eintreten, daß der Wille des deutschen Volkes zur Wiedervereinigung in Freiheit nicht im Leerlauf propagandistischer und taktischer Manöver unfruchtbar gemacht, sondern zur tragenden Kraft der deutschen Politik werde.

Ein schwulstiger Journalist könnte so etwas geschrieben haben. Sehr häßlich finde ich von ihnen, daß sie behaupten – und darauf scheint das Ganze hinauszugehen –, sie seien jetzt die alleinige Hüterin der Demokratie. Deswegen müssen wir sehr gut taktisch arbeiten; denn damit könnten sie einen gewissen Erfolg haben, namentlich dann, wenn wir – wie ich das eingangs sagte, und ich fand ja Verständnis bei Ihnen

36 In einer Erklärung vom 27. August hatten Eichler, Erler und Heine die Frage der außenpolitischen Festlegung einer künftigen gesamtdeutschen Regierung durch die Siegermächte angeschnitten. Die Regierungsparteien betonten in einer scharfen Reaktion, daß der künftige Platz Deutschlands in der Völkergemeinschaft nur von einer aus freien Wahlen gebildeten Regierung festgelegt werden könne (AdG 1953 S. 4142f.).

37 Bericht über die SPD-Vorstandssitzung vom 8./9. September in FAZ vom 10. September 1953 „Reorganisation bei den Sozialdemokraten“.

– eine Ein-Partei-Regierung aufmachen. Deswegen müssen auch die anderen Kräfte in diese Regierung hinein, damit nicht die Sozialdemokratie billigen Propagandastoff bekommt, zu sagen: Eine Einheitspartei, die das deutsche Volk regiert, das ist keine Demokratie; wir sind die Partei der Demokraten, wir müssen uns dagegen zur Wehr setzen, und um uns müßt ihr euch alle sammeln.

Nun zum DGB. Beim DGB handelt es sich um eine außerordentlich ernste Frage, eine Frage, die katastrophal werden könnte, wenn nicht zur richtigen Zeit aufgepaßt wird. Ich glaube, ich bin verpflichtet, Ihnen hier zu sagen, daß zwischen dem DGB und der Sozialdemokratischen Partei sehr ernstzunehmende Abmachungen darüber bestanden haben, daß dann, wenn eine große Koalition nicht zustande käme, diese große Koalition durch Streiks zu erzwingen [wäre]. Ich sage das nicht leichthin, sondern wir würden in der Lage sein, die Dokumente dafür vorzulegen.

Vor den Wahlen hatte ich eigentlich weniger Sorge um den Ausgang der Wahl – wenn ich auch nicht an einen solchen Erfolg gedacht habe – als die Sorge, was wird werden, wenn die Wahl die SPD und die CDU/CSU nicht in einen so in die Augen fallenden Größenabstand bringt. Wie werden wir dann gegenüber solchen gewerkschaftlichen Aktionen Widerstand leisten können. Ich habe vor der Wahl im kleinsten Kreise mit den Herren vom Ministerium des Innern³⁸ über diese Frage gesprochen, wie es uns möglich sein könnte, dafür zu sorgen, daß im Falle eines Generalstreiks wenigstens einigermaßen das normale Leben weitergehen könnte.

Das Zusammenbrechen des Streiks in Frankreich³⁹ hat, wie ich glaube, hier auch etwas ernüchternd gewirkt. Der Ausgang der Wahl hat noch ernüchternder gewirkt; denn daß wir nach einem solchen Wahlausgang nun etwa mit der SPD eine große Koalition beschließen könnten, das wird nicht einmal der DGB annehmen.

Aber das Interview bei der Pressekonferenz, die Herr Freitag⁴⁰ abgehalten hat und die dem Wortlaut nach nicht bekanntgeworden ist, hat doch außerordentlich ernste Gedanken hervorrufen müssen darüber, wie der DGB denkt. Herr Freitag hat z.B. gesagt: Unsere parteipolitische Neutralität hört da auf, wo die Lebensinteressen unserer Mitglieder auf dem Spiel stehen. Ich will Ihnen weiter sagen, die parteipolitische Neutralität hört auch da auf, wo das demokratische Geschehen in Deutschland eine innere Gefahr ist. An einer anderen Stelle hat Freitag auf die Frage, wer entscheidet

38 Nicht ermittelt.

39 Der Warnstreik am 9. August 1953 richtete sich gegen die Sparmaßnahmen der Regierung für den öffentlichen Dienst. Er flaute aufgrund der Verhandlungsbereitschaft der Regierung von Ministerpräsident Joseph Laniel nach dem 21. August ab. Vgl. AdG 1953 S.4108, 4115, 4125.

40 Walter Freitag (1889–1958), 1952–1956 Vorsitzender des DGB. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 110 Anm. 9. – Nach FAZ vom 22. August 1953 hat Freitag am 20. August geäußert: „Die Gewerkschaften seien, wenn sie die Demokratie oder die Lebensinteressen ihrer Mitglieder in Gefahr sehen sollten, entschlossen, sich mit allen Mitteln zu wehren, wobei es sie nicht interessiere, ob das dann gesetzlich sei oder nicht“ (Überschrift „Freitag: Wann Gefahr ist, entscheiden wir.“).

denn, wann die Demokratie in Gefahr ist, gesagt: Das entscheiden wir nach unserem besten Ermessen.

Meine Damen und Herren! Das ist Diktatur; denn in einem parlamentarisch regierten Staat entscheiden das Parlament und die verfassungsmäßig dazu eingesetzten Organe. Aber hören Sie, wie es weitergeht.

Frage: Soll das bedeuten, daß Sie z.B. ein Urteil des Bundesverfassungsgerichtes, ob eine Partei demokratisch ist oder nicht, nicht akzeptieren werden? Es steht jedem frei zu beantragen, eine Partei aufzulösen, die nicht demokratisch ist, und das Recht, darüber zu bestimmen, hat ausschließlich das Bundesverfassungsgericht.

Freitag: Das ist an sich richtig, die Entscheidung darüber, wie eine Partei gewertet wird, kann nicht der einzelne Mann treffen, sondern hat das Bundesverfassungsgericht zu treffen. Aber wie ich die Partei werte, das ist meine persönliche Angelegenheit. Das hat mit der Entscheidung, die nur dem Bundesverfassungsgericht vorbehalten ist, nichts zu tun.

Meine Damen und Herren! Das ist so erschreckend, wenn Sie bedenken, daß im Gewerkschaftsbund und in den angeschlossenen Industriegewerkschaften, aus denen er sich zusammensetzt, von Demokratie kaum etwas zu spüren ist, was geheime Abstimmung, freie Willensbildung usw. angeht. Es rückte also von da aus eine sehr ernste Gefahr heran für das Weiterbestehen des demokratisch-parlamentarisch regierten Staates. Nun haben die Herren einen starken Dämpfer bekommen; denn trotz der ungeheuren Arbeit, die sie sich gemacht haben – Sie wissen davon –, hat die Wahl nun so geendigt. (*Bausch*⁴¹: Es ist ein „besserer“ Bundestag gewählt worden!⁴²) Man muß aber damit rechnen, daß nach einiger Zeit sich diese Tendenzen wieder bemerkbar machen.

Nun spreche ich als Parteimann. Ich bin zunächst nicht der Auffassung, daß man zu einer Spaltung schreiten soll. Ich bin nicht der Auffassung, weil ich an sich eine gute Einheitsgewerkschaft doch [für] das Bessere halte; dabei verstehe ich unter guter Einheitsgewerkschaft einmal, daß sie sich nicht über den Staat stellt, und zum anderen, daß sie nicht weltanschaulich ihre Leute beeinflusst, sondern daß sie weltanschaulich ihre Mitglieder in Ruhe läßt, kurz und gut, daß sie sich auf die eigentlichen gewerkschaftlichen Aufgaben beschränkt.

Unsere Freunde – ich spreche namentlich diejenigen an, die hier unter uns sind – müssen nun mit aller Energie – Sie haben dabei, das kann ich Ihnen zusichern, die gesamte Partei hinter sich – darauf drängen, daß die Gewerkschaften zu ihren eigentlichen Aufgaben zurückkehren, d.h. zur parteipolitischen und weltanschaulichen

41 Paul Bausch (1895–1981), 1928–1930 MdL Württemberg (CSVD), 1930–1933 MdR, Mitgründer der CDU Nordwürttemberg, 1946–1949 MdL Württemberg-Baden, 1949–1965 MdB. Erinnerungen: Lebenserinnerungen und Erkenntnisse eines schwäbischen Abgeordneten. Korntal 1969.

42 Anspielung auf den Wahlslogan des DGB „Wählt einen besseren Bundestag“. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 655 Anm. 1. Zur Auseinandersetzung zwischen Bundesregierung bzw. Union und DGB vor der Bundestagswahl vgl. AdG 1953 S. 4119.

Neutralität, zur Demokratie, und nicht mehr so, wie es jetzt in der Gewerkschaft ist, einfach diktatorisch, daß einige Leute das Ganze kommandieren. Ich habe scherzweise in Wahlreden gesagt, das ist eine solche Zusammenballung von Macht, daß man da unter allen Umständen an die Entflechtung herangehen muß; denn das kann keiner ertragen. Ich glaube, wir werden uns heute gerade über die Gewerkschaftsfrage unterhalten müssen, weil das eine ungemein wichtige Angelegenheit ist.

Nun lassen Sie mich etwas darüber sagen, wie ich mir die Arbeit für die nächsten vier Jahre denke. Wir werden auf außenpolitischem Gebiet den bisher eingeschlagenen Weg, der doch absolut klare Erfolge gezeitigt hat, weiter beschreiten. Ich bin überzeugt davon, daß das der einzige Weg ist, auf dem wir unsere Freiheit bewahren können, um unseren Leuten in Berlin und im Osten die Freiheit wiederzugeben, ein freies Europa zu schaffen und in der Gemeinschaft der freien Völker unsere christliche Anschauung und unsere kulturellen Ziele und das, was den Weltfrieden angeht, verwirklichen zu können. Das ist das eine.

Das zweite! Wir werden vor allem auf sozialem Gebiet, nachdem die ersten vier Jahre angefüllt waren mit dem Wegräumen des Schutts und mit der Heilung der Kriegsschäden, so gut es möglich war, für die Zukunft unserer Jugend und der Familien sorgen müssen. (*Zurufe*: Sehr richtig!) Wir werden auf sozialem Gebiet entscheidende Fortschritte machen und neue Wege einschlagen müssen.

Das scheinen mir – ich nehme das einmal ganz weit, ich will nicht auf Einzelheiten eingehen – die Hauptthemen der Arbeit in den kommenden Jahren [zu] sein: 1. außenpolitisch weiter fortzuschreiten, um das Ziel zu erreichen, 2. die soziale Arbeit. Unter sozialer Arbeit – das möchte ich doch hier sagen – verstehe ich nicht einfach Tarifverhandlungen, sondern unter sozialer Arbeit verstehe ich etwas völlig anderes, nämlich die Sorge für die Familie und – ich kann es nur nochmals betonen – die Sorge für die Jugend aller Stände, insbesondere auch für die akademische Jugend; denn ohne einen akademischen Nachwuchs kann das deutsche Volk nicht seine Höhe behalten. Das werden die Hauptziele unserer Arbeit sein.

Ich beschränke mich auf diese Ausführungen, damit unsere Diskussion nicht zu sehr auseinandergeht. Wir werden in politischer Hinsicht auf die Landtagswahlen achten müssen. Ich denke schon mit einem gewissen Schrecken daran, daß diese Wahlen demnächst wieder losgehen. Es fragt sich, ob man nicht überlegen soll – aber hier spricht soviel dafür wie dagegen –, die Sache jetzt zu verschieben. Ich halte das für falsch. Wir müssen im Bundesrat eine gute Mehrheit bekommen. (*Zurufe*: Sehr richtig!) Das ist eines der Hauptaugenmerke.

Nun wurde hier, als ich eben vom BHE sprach, dazwischengerufen: „Niedersachsen“. (*Zuruf*: Doch gehört und nicht vergessen! – *Weiterer Zuruf*: Stuttgart!⁴³) Stuttgart

43 Der BHE hatte sechs Vertreter in die Verfassunggebende Landesversammlung des neuen Landes Baden-Württemberg (Wahl am 9. März 1952) entsandt, war an der am 25. April 1952 gebildeten vorläufigen Regierung Baden-Württembergs beteiligt und trug wesentlich dazu bei, die Regierung Reinhold Maier zu bilden und zu halten (vgl. FEUCHTE: Verfassungsgeschichte S. 238f.). Zu Niedersachsen vgl. Anm. 22.

ist mit in erster Linie zu nennen, Baden-Württemberg, Hamburg natürlich auch und Niedersachsen. Ich habe gestern mit dem Kollegen Ehlers darüber gesprochen. Da scheinen mir besondere Umstände zu walten, die auf gewisse Leute lebensverlängernd wirken. Ich kann es nicht so beurteilen. Die Herren aus Niedersachsen stehen den Dingen ja näher als wir. Ich weiß aber nicht, ob wir gerade diesen Punkt „Niedersachsen“ in einer so großen Korona erörtern sollen. Deswegen möchte ich bitten – ich komme noch darauf zurück –, weil hier von einer Seite das Wort „Niedersachsen“ fiel, das zunächst auszuschalten. Aber wenn die Landtage gewählt werden, dann müssen wir unsere ganze Kraft darauf werfen. Das ist erstens Hamburg, zweitens Nordrhein-Westfalen, drittens Bayern. (*Zuruf*: Und Schleswig-Holstein!⁴⁴) Um Gottes willen, darüber geht ja der ganze Sommer hinweg. Nun ja, dann wollen wir einmal so sagen: Wir werden mindestens in der ersten Hälfte der vier Jahre alle unangenehmen Sachen erledigen müssen, damit die verdaut sind bei der nächsten Wahl. Hoffentlich kriegen wir gesamtdeutsche Wahlen, dann fällt das alles weg. Aber wir werden mit gewissen bitteren Gesetzespillen bis nach den Landtagswahlen noch warten müssen. Es bleibt nichts anderes übrig. Nehmen Sie z.B. das Wahlgesetz.⁴⁵ (*Zuruf*: Im Gegenteil!) Nun, ich bin Demokrat, ich beuge mich immer der besseren Einsicht! (*Lebhafte Heiterkeit*.) Ich muß Ihnen aber doch etwas sagen von der Demokratie. Seien Sie sich darüber völlig klar, daß eine Demokratie, die aus so vielen Menschen besteht, doch einer gewissen Autorität bedarf. (*Zuruf*: Sehr richtig!) Ich nenne das nicht Führerschaft, sondern einfach Autorität. Wir müssen dafür sorgen, daß die Regierungen der Länder wie auch die Bundesregierung in der großen Wählerschaft aller Parteien mehr Autorität bekommen als bisher. Das ist außerordentlich wichtig, und das verlangt auch unsere Jugend. Lassen wir nicht mehr von Führerschaft sprechen, sondern von Autorität, die wir nötig haben.

Ich fasse zusammen. Wir können uns alle freuen über die Erfolge am letzten Sonntag. Ich möchte allen Beteiligten den herzlichen Dank aussprechen für ihre Mitarbeit. Einige Herren möchte ich aber doch besonders hier erwähnen. Ich habe eben schon Herrn Kollegen Ehlers erwähnt. Ich möchte auch unseren geschäftsführenden Vorstand erwähnen, die Herren Tillmanns, Kiesinger⁴⁶ und Wuermeling⁴⁷, der heute nicht hier sein kann, weil er seine Stimme verloren hat, (*Lemmer*: Nachdem er sie abgegeben hat! – *Beifall und Heiterkeit*) die er im Schwarzwald wiedersucht. (*Erneute Heiterkeit*. – *Zuruf*: Ausgerechnet im Schwarzwald! – *Unruhe*.) Wir sind

44 Vgl. Anm. 25.

45 Das Wahlgesetz zum 2. Bundestag und zur Bundesversammlung vom 8. Juli 1953 (BGBl I S. 470) bezog sich lediglich auf die Wahl zum 2. Bundestag. Das Bundeswahlgesetz vom 7. Mai 1956 (BGBl I S. 383) gilt allgemein und ist im wesentlichen noch heute gültig (vgl. DATENHANDBUCH 1980–1984 S. 23f.).

46 Dr. Kurt Georg Kiesinger (1904–1988), 1949–1958 und 1969–1980 MdB (CDU), 1951–1960 Mitglied des geschäftsführenden Vorstands der CDU. Vgl. PROTOKOLLE I S. 8 Anm. 37; Memoiren: Dunkle und helle Jahre. Erinnerungen 1904–1958. Stuttgart 1989.

47 Dr. Franz-Josef Wuermeling (1900–1986), 1949–1969 MdB (CDU), 1951–1956 Mitglied des geschäftsführenden Vorstands der CDU. Vgl. PROTOKOLLE I S. 85 Anm. 2.

auch Herrn Kollegen Pferdmenes⁴⁸ zu Dank verpflichtet. (*Beifall.*) Diejenigen, die jetzt geklatscht haben, haben alle etwas von ihm bekommen. (*Weber*: Ich habe nicht geklatscht. – *Heiterkeit.*) Aber gleichgültig, ich glaube, wir sind dem Herrn Kollegen Pferdmenes – ich kann es bezeugen – dankbar dafür, daß er immer wieder unermüdlich geholfen hat, die nötigen Gelder herbeizuschaffen. Dankbar müssen wir auch sein allen denjenigen, die geredet haben in diesem Wahlkampf.

Ich habe mich davon überzeugen lassen, daß das Reden doch noch etwas Wert hat. Ich habe es nicht geglaubt, ich sage es Ihnen ganz offen. Ich habe dem auch Ausdruck gegeben gegenüber der Presse, die im großen und ganzen – wenigstens die große Presse – sehr zurückhaltend gewesen ist. Ich habe es auch gegenüber dem Rundfunk gesagt, der sehr häßlich gewesen ist, (*Zurufe*: Sehr richtig!) mit wenigen Ausnahmen. Ich habe also gedacht, das Reden würde nicht soviel helfen. Aber es hat trotzdem geholfen. Daher müssen wir allen Rednern dafür danken, daß sie nicht nur geredet, sondern auch mit einem solch großen Erfolg geredet haben.

Endlich möchte ich einen recht herzlichen Dank der Bundesgeschäftsstelle aussprechen; (*Sehr starker Beifall*) und diesen Dank möchte ich konzentrieren auf die Person des Herrn Heck⁴⁹, (*Erneuter Beifall*) der, trotzdem er erst verhältnismäßig kurze Zeit bei uns ist und sich einarbeiten mußte, Hervorragendes geleistet hat.

Ich habe gesprochen! (*Lebhafter Beifall.*)

Tillmanns: Meine Damen und Herren! Ich darf zwei Telegramme bekanntgeben, die uns zugegangen sind. Zunächst ein Telegramm aus Wien:

„An die Bundesleitung der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands

Wir freuen uns mit Euch über Euren grandiosen Wahlsieg und über die restlose Anerkennung, die der erfolgreichen sozialen und wirtschaftlichen Arbeit der CDU/CSU sowie dem staatsmännischen Wirken Dr. Adenauers durch die deutschen Wähler zuteil wurde. Der 6. September wird der Deutschen Bundesrepublik zum Segen und ganz Europa zum Vorteil gereichen.

Kanzler Julius Raab⁵⁰, Bundesparteiobmann der Österreichischen Volkspartei“
(*Beifall.*)

Ein zweites Telegramm aus den Niederlanden:

„An den Vorstand der CDU, Bonn

Im Namen des Vorstandes der Katholischen Volkspartei in den Niederlanden gratuliere ich Ihnen zum großartigen Erfolg des Wahlkampfes.

Dr. Albering⁵¹, Generalsekretär der KVP“ (*Beifall.*)

48 Dr. Robert Pferdmenes (1880–1962), 1950–1960 MdB (CDU). Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 15 Anm. 8; Wilhelm TREUE in RHEINISCH-WESTFÄLISCHE WIRTSCHAFTSBIOGRAPHIEN 13 (1986) S. 203–222.

49 Dr. Bruno Heck (1917–1989), 1952–1958 Bundesgeschäftsführer der CDU. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 108 Anm. 8.

50 Julius Raab (1891–1964), 1952–1960 Bundesparteiobmann der ÖVP, 1953–1961 österreichischer Bundeskanzler.

51 In der Vorlage: Albertin. – Dr. Leo A.H. Albering (geb. 1904), 1945 Generalsekretär der KVP, 1956 Mitglied des niederländischen Parlaments (2. Kammer).

Ehlers: Ich möchte nur sagen, daß wir ein sehr herzlich gehaltenes Glückwunschs schreiben von dem 1. und 2. Vorsitzenden des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, Herrn Bischof Dibelius⁵² und Herrn Landesbischof Lilje⁵³, bekommen haben. (*Beifall.*)

Tillmanns: Ich darf noch ergänzend sagen, daß der Herr Bischof Dibelius den herzlichsten Glückwunsch telegrafisch ausgesprochen hat, insbesondere dem Herrn Bundeskanzler persönlich.

Adenauer: Darf ich um Wortmeldungen bitten!

*Kaiser*⁵⁴: Wäre es nicht zweckmäßig, eine gewisse Ordnung in die Aussprache zu bringen, vielleicht in der Reihenfolge: Koalitionsparteien, dann die SPD und zum Schluß der DGB.

*Zimmer*⁵⁵: Ich möchte vorschlagen, über die Arbeit und die Organisation der Partei bis zur untersten Stufe zu sprechen.

Adenauer: Darf ich dazu folgendes sagen. Über die Sache, von der Herr Zimmer gesprochen hat, werden wir von der Bundesgeschäftsstelle einen guten Bericht bekommen mit Angaben darüber, wo Mängel gewesen sind usw. Das kann als Grundlage für eine besondere Aussprache dienen, die in einem kleineren Kreise stattfinden sollte. Wir müssen uns das natürlich zunutze machen, was wir da gelernt haben.

Herr Kollege Kaiser hat vorgeschlagen, zunächst über die Koalitionsparteien zu diskutieren; ich möchte hinzufügen: BHE und das Verhältnis SPD und DGB. Wir können dann die anderen Punkte anschließen. Ich habe mir gedacht, daß wir um 1.15 Uhr eine Pause machen, einen kleinen Imbiß zu uns nehmen und dann fortfahren.

*Pünder*⁵⁶: Eine Anregung! Es würde zu weit führen, wenn jeder dasselbe sagen würde. Vielleicht melden sich zunächst diejenigen Herren, die etwas zu Ihren Ausführungen, Herr Bundeskanzler, sagen möchten.

52 Dr. Otto Dibelius (1880–1967), 1949–1961 Vorsitzender des Rates der EKD. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 87 Anm. 3. Robert STUPPERICH: Otto Dibelius. Göttingen 1989.

53 Dr. Hanns Lilje (1899–1977), 1945–1973 Mitglied des Rates der EKD (zeitweise stv. Vorsitzender). Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 55 Anm. 3.

54 Jakob Kaiser (1888–1961), 1949–1957 MdB und Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen (CDU). Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 6 Anm. 27; Christian HACKE (Hrsg.): Jakob Kaiser. Wir haben Brücke zu sein. Reden, Äußerungen und Aufsätze zur Deutschlandpolitik. Köln 1988; Tilman MAYER (Hrsg.): Jakob Kaiser, Gewerkschafter und Patriot. Eine Werkauswahl. Köln 1988.

55 Dr. Alois Zimmer (1896–1973), 1947–1957 MdL (CDU), 1951–1957 Innen- und Sozialminister in Rheinland-Pfalz. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 5 Anm. 26.

56 Dr. Hermann Pünder (1888–1976), vor 1933 Zentrum, 1926–1932 Chef der Reichskanzlei, 1945 Mitgründer der CDU in Münster, 1945–1948 Nachfolger Adenauers als Oberbürgermeister von Köln, 1948/49 Oberdirektor des Vereinigten Wirtschaftsgebietes, 1949–1957 MdB, 1952–1956 Vizepräsident der Gemeinsamen Versammlung der EGKS. Vgl. Rudolf MORSEY: Das Porträt. Hermann Pünder (1888–1976). In: Geschichte im Westen 3 (1988) Heft 1 S. 69–83.

Adenauer: Herr Pünder meint, es sollten zunächst die Opponenten auftreten. Opponent heißt, daß diejenigen sprechen, die abweichende Gesichtspunkte vortragen wollen, damit wir Klarheit bekommen. Da wäre wohl der erste Punkt das Verhältnis zur Koalition und zum BHE. Das können wir zusammenfassen. Darf ich bitten, sich dazu zu äußern.

*Kather*⁵⁷: Meine Damen und Herren! Wenn sich hier zuerst die Opponenten melden sollen, so trifft das für mich nicht ganz zu; denn der Herr Bundeskanzler hat selbst gesagt, daß er in der Frage, zu der ich sprechen will, ob man den BHE in die Koalition einbeziehen soll oder nicht, selbst noch keine volle Klarheit gewonnen hat.

Ich stimme zunächst mit dem Herrn Bundeskanzler darin überein, daß der BHE nicht gut abgeschnitten hat. Ich bin sogar der Auffassung, daß er eine schwere Niederlage erlitten hat. Der BHE hat im ganzen 5,9 % der Stimmen bekommen, also nur 0,9 % über das Notwendige, um überhaupt in das Parlament zu kommen.

Nun muß man aber doch wissen, unter welchen Voraussetzungen sich dieser Wahlkampf abgespielt hat. Es ist nicht wegzuleugnen, daß die Kandidatenaufstellung, was die Vertriebenen angeht, bei allen Parteien, insbesondere auch bei unserer Partei, unzureichend gewesen ist. (*Widerspruch und Zurufe:* Langsam, langsam!) Ich brauche nur daran zu erinnern, daß wir bei diesem großen Wahlsieg keinen Vertriebenen von Schleswig-Holstein und keinen aus Rheinland-Pfalz in unserer Partei haben. (*Zimmer:* Irrtum, stimmt nicht!⁵⁸) Ich lasse mich gern aufklären. Aber, meine Damen und Herren, wir wollen uns hier einmal offen aussprechen. (*Widerspruch und lebhaftes Unruhe.*) Diese Dinge dürfen wir nicht unter den Tisch fallen lassen; sie hätten anders laufen müssen, als sie gelaufen sind.

Adenauer: Verzeihen Sie, Herr Kather, wenn ich eingreife. Wir sind eine so zahlreiche Versammlung hier, ich weiß nicht, ob wir uns jetzt darin verlieren sollten. Das scheint mir eher zu dem Thema zu gehören, was ich eben erwähnt habe und was aufgrund einer Denkschrift⁵⁹ besonders behandelt ist.

Kather: Herr Bundeskanzler, ich habe nicht die Absicht gehabt, dieses Thema in extenso zu behandeln, obwohl ich der Auffassung war, daß dieses Gremium an der Tatsache wohl nicht ganz vorbeigehen sollte. Ich darf Ihnen sagen – wir haben schon darüber gesprochen –, daß für die kommenden Wahlen organisatorische Voraussetzungen geschaffen werden müssen, die eine derartige Entwicklung für die Zukunft

57 Dr. Linus Kather (1893–1983), 1949–1957 MdB (CDU, ab 1954 GB/BHE), 1949–1958 Vorsitzender des Zentralverbandes bzw. Bundes der Vertriebenen. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 22 Anm. 18.

58 Als Vertriebene läßt sich für Rheinland-Pfalz nur Frau Annemarie Ackermann ermitteln. – Zu Schleswig-Holstein vgl. unten die Ausführungen von Ehlers (S. 25). Vgl. KATHER 1 S. 312–317, 2 S. 7–14.

59 Bericht (36 S.) der Bundesgeschäftsstelle über die Bundestagswahlen, der aber erst im Dezember 1953 vorgelegt wurde (ACDP VII-003-002/1).

ausschließen. Wir werden entsprechende Vorschläge für die nächste Vorstandssitzung unterbreiten.

Ich habe diesen Sachverhalt doch nur in dem Zusammenhang erwähnt, daß ich sagte, es wäre noch ganz anders gelaufen, wenn unsere Vorschläge bei der Kandidatenaufstellung berücksichtigt worden wären und wir aktiv den BHE angegriffen hätten. Der BHE ist, jedenfalls was den Zentralverband der Vertriebenen und einen großen Teil unserer Flüchtlingsausschüsse anbelangt, nicht angegriffen worden. Es wäre nicht schwer gewesen, ihm diese 0,9 % noch wegzunehmen.

Aus diesem Sachverhalt ergibt sich, daß der BHE nicht das Recht hat, sich als Sprecher der Vertriebenen aufzuspielen. Es haben 75 % der Vertriebenen nicht den BHE gewählt. Ich glaube, ich kann auch ohne Widerspruch behaupten, daß mehr als 50 % der Vertriebenen trotz des Mangels, auf den ich hinwies, unsere Partei gewählt haben. Ich glaube nicht, daß 25 % bei der SPD gelandet sind. Das halte ich für völlig ausgeschlossen.

Wenn man sich unter diesen Gesichtspunkten überlegt, daß der BHE gerade noch über die Runde gekommen ist, so kann man die Äußerung von Kraft⁶⁰, er sei mit dem Ergebnis zufrieden, nicht hinnehmen. Die Auffassung, die der BHE kolportiert, daß die Koalition mit ihm die Vertriebenen gewinnen würde, ist nicht richtig. Die Mehrheit der Vertriebenen ist in der Koalition gewesen, und wir brauchen nicht den BHE hinzuzunehmen.

Herr Bundeskanzler, ich möchte nicht im einzelnen darauf eingehen, ob es gut ist, den BHE in die Koalition einzubeziehen oder nicht. Ich bin der Meinung, daß er schneller stirbt, wenn er nicht in die Koalition einbezogen wird. Er bekommt dadurch ein Ansehen und eine Möglichkeit, die er in Wirklichkeit gar nicht hat. Wir haben das in Bayern gesehen. Ich glaube nicht, daß der BHE in Bayern noch so stark wäre, wenn man ihn nicht in die Koalition einbezogen hätte. Ich glaube also, daß er die vier Jahre besser überstehen wird, wenn er in die Koalition einbezogen wird.

Ob die Zweidrittelmehrheit, die wir mit dem BHE bekommen, so wichtig ist, das wage ich zu bezweifeln. Bei den Verträgen hat sich der BHE festgelegt. Er muß ja sagen, gleichgültig ob er in der Regierung ist oder nicht. Im übrigen dürfen wir auch nicht aus den Augen verlieren, daß wir über diese Zweidrittelmehrheit nicht ohne weiteres verfügen können, weil in unseren Reihen – nicht so sehr in der CDU, aber bei der FDP – sich auch Leute finden werden, die nicht mitmachen. Man kann nicht einfach alle Stimmen der Koalition zusammenzählen und sagen, wir machen jetzt ein verfassungsänderndes Gesetz. Ich glaube, daß wir da Schwierigkeiten bekommen werden, die wir wahrscheinlich nicht werden überwinden können, wie es schon die Vergangenheit gelehrt hat.

Herr Bundeskanzler, meine Stellungnahme ist die, wir müssen noch Überlegungen anstellen, ob es sich lohnt, den BHE zu nehmen oder nicht zu nehmen. Ich sage heute

60 Waldemar Kraft (1898–1977), 1950 Mitgründer des GB/BHE und Vorsitzender bis 1954, 1953–1961 MdB (GB/BHE, ab 1956 CDU). Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 53 Anm. 32.

nicht unter allen Umständen nein, es scheint nur sehr fraglich zu sein. Aber, Herr Bundeskanzler, auf eins möchte ich hinweisen. Die Einbeziehung des BHE darf nicht auf Kosten der Vertriebenen gehen, die in der CDU sind.

Einmal konkret gesprochen möchte ich sagen, ich halte es nicht für möglich, das Vertriebenenministerium einem BHE-Mann zu geben, nachdem die Mehrheit der Vertriebenen sich gegen den BHE entschieden hat. Wir können nicht unsere ganze Politik umstürzen, die wir in der letzten Zeit begonnen haben – ich erinnere an Schreiber⁶¹, den wir aus seiner Stellung genommen haben –, und Kräfte in das Vertriebenenministerium holen.[!]

Der Zentralverband der Vertriebenen hat sich in den vergangenen vier Jahren immer hinter die Regierung gestellt. Herr Mille(?)⁶² hat Sie bis in die letzten Tage hinein angegriffen, auch wegen Ihrer Absicht zum Bundesvertriebenengesetz⁶³, die wir Ihnen hoch anrechnen. Das sind alles Dinge, die wir überlegen sollten. Also, wenn es notwendig ist, sollte man ihn einbeziehen, aber das Vertriebenenministerium kann man ihm nicht geben.

Adenauer: Herr Kather, halten Sie ein Bundesvertriebenenministerium nach wie vor für notwendig?

Kather: Ich ja, unbedingt, im Gegensatz zu Herrn Oberländer⁶⁴, der gesagt hat, es ist nicht wichtig, weil Kraft das Vertriebenenministerium gar nicht haben will. Der will ein klassisches Ministerium haben.

Adenauer: Das ist eine sehr wichtige Frage, die ich stelle. Halten die Herren – namentlich die Herren, die selbst Vertriebene sind – es für nötig, daß wir ein Vertriebenenministerium weiterhalten? (*Zurufe:* Die nächsten vier Jahre ja!)

*Wackerzapp*⁶⁵: Es ist im Augenblick untunlich, das Vertriebenenministerium verschwinden zu lassen. Das würde von den Vertriebenen so ausgelegt werden, als ob für sie schon alles geschehen sei, was überhaupt geschehen konnte, so daß man einen besonderen Exponenten oder eine Wahrung ihrer Spezialinteressen in der Regierung nicht mehr brauche.

Ich möchte dringend darum bitten, es vorläufig als selbständiges Ministerium zu belassen, wie es gewesen ist. Man kann damit rechnen, daß in den weiteren vier

61 Dr. Ottomar Schreiber (1889–1955), 1949–1953 Staatssekretär im Bundesministerium für Vertriebene.

62 Möglicherweise Dr. Willibald Mücke (1904–1984), 1948–1949 MdPR (SPD), 1949–1953 MdB; Mücke war Vorsitzender im SPD-Hauptausschuß der Flüchtlinge und Ausgewiesenen in Bayern.

63 Das Gesetz, das am 25. März 1953 vom Bundestag verabschiedet worden war (BGBl I S. 201–221), wurde in der 2. Legislaturperiode am 3. August 1954 (BGBl I S. 231) geändert.

64 Dr. Theodor Oberländer (geb. 1905), Professor für Staatswissenschaften, 1950–1953 Staatssekretär für Flüchtlingswesen im Bayerischen Innenministerium, 1953–1961, 1963–1965 MdB (bis 1955 GB/BHE, dann fraktionslos, seit 1956 CDU), 1953–1960 Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte.

65 Oskar Wackerzapp (1883–1965), 1918–1932 Landrat, 1932–1933 Polizeipräsident im Ober-schlesischen Industriebezirk, 1949–1953 MdB (CDU).

Jahren die Eingliederung der Vertriebenen sich derartig vervollkommnet hat, daß es von selbst wegen Mangels an Arbeit abgebaut wird. Aber augenblicklich würde ich dringend davon abraten, hier eine Änderung eintreten zu lassen, weil das von den Vertriebenen als Undankbarkeit empfunden werden würde.

*Strauß*⁶⁶: Meine lieben Parteifreunde! Ich glaube, daß eine Alleinregierung der CDU und CSU – der Kollege Tillmanns fühlt sich geschmeichelt, weil ich Parteifreunde sage –, so verlockend sie auch wäre, nicht zu empfehlen ist, einmal aus Loyalitätsgründen gegenüber unseren bisherigen Koalitionspartnern, zum andern aber auch wegen der Erfahrungen, die wir gemacht haben.

Trotz unserer heutigen größeren Geschlossenheit denn je, die wir ohne weiteres haben, haben wir in der Fraktion in den Jahren 1950/51 Zeiten erlebt, wo wir ernste Belastungsproben gehabt haben. Ich erinnere z.B. an das Vertriebenengesetz und an Steuergesetze. Wir haben uns damals gefragt, bleibt diese Gruppe bis zum Ende geschlossen zusammen? Wir können heute feststellen, daß wir eine Geschlossenheit bekommen haben, die so zwingend ist, daß wir heute diese Frage Gott sei Dank überhaupt nicht mehr zu erheben brauchen.

Darum wäre für uns an sich die Frage der Alleinregierung diskutabel, denn wir hätten in jedem Falle, wenn nicht gerade einige von unseren Leuten krank oder sonst verhindert wären, die Mehrheit, aber es wäre politisch nicht zweckmäßig, uns mit der alleinigen Verantwortung zu belasten und die Kräfte, die nicht zusammengehören, gemeinsam in die Opposition gegen uns zu drängen.

Ich würde also dafür eintreten, daß die DP wiederum, trotz ihrer Nazimethoden, die sie zum Teil im Wahlkampf gezeigt hat⁶⁷, in die Koalition aufgenommen wird, und zwar mit dem Endziel, die DP eines Tages zu vereinnahmen durch ein entsprechendes Wahlgesetz. Das stelle ich mir noch immer als erfüllbar und zweckmäßig vor.

Ich bin nicht Ihrer Meinung, Herr Bundeskanzler, daß ein Zweiparteiensystem in Deutschland bedeuten müsse: hier bürgerliche Partei, hier Arbeiterpartei. Es läßt sich durchaus ein Zweiparteiensystem auf lange Sicht denken – das kann man nicht von heute auf morgen herbeiführen –, das nicht mehr von soziologischen Gegensätzen getragen ist, sondern das, wie die Republikaner und Demokraten in Amerika, bei weitgehenden gemeinsamen demokratischen Grundsätzen verschiedene Akzente hat, wo aber die Republikaner mindestens 40 % Arbeitnehmer haben und die anderen 60 %.

Ich halte eine Entwicklung in der Form: hier Bürger, hier Arbeiter, für total verhängnisvoll. Aber einen Vorteil hätte ein Zweiparteiensystem. Die SPD würde entweder für dauernd aus der politischen Mitentscheidung und Mitverantwortung

66 Franz Josef Strauß (1915–1988), 1949–1978 MdB, 1948–1952 Generalsekretär, 1952 stv., seit 1961 Vorsitzender der CSU. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 120 Anm. 27. Die Erinnerungen. Berlin 1989.

67 Vermutlich gemeint das Werben der DP um ehemalige Nationalsozialisten, die bei Treffen der „Entnazifizierungsgeschädigten“ besonders angesprochen werden sollten (vgl. MEYN S. 41–44).

ausgeschaltet werden oder sie müßte sich entschließen, ihre Struktur und ihr Gesicht grundlegend zu ändern. Die SPD würde gezwungen werden, ihre bisherige Emigranten-Oberschicht und ihre bisherige marxistische Oberschicht abzustößen und ein neues Gesicht anzunehmen. Doch darüber kann man sich bei anderer Gelegenheit unterhalten.

Also, die DP auf alle Fälle hinein!

Bei der FDP sind die Versuche sehr groß, sie aus der Mitregierung und Mitverantwortung auszuschalten. Ich bin jedoch vernünftig genug, mir zu sagen, trotz meines vorhin im Untergrund zitierten Temperaments, (*Adenauer*: Temperament und Vernunft stehen nicht im Gegensatz!) daß wir uns von Wahlkampfessentiments freimachen müssen. Man kann nicht in der Versammlungsatmosphäre, in der sechs Wochen lang die Touren gelaufen sind, jetzt fortfahren.

Für die FDP wäre es sehr wichtig, sich über die Persönlichkeiten, die für die Regierung in Betracht kommen, klarzuwerden. Ich halte einen Herrn Dehler in Zukunft in einem Kabinett bei uns, wenn ich mich vorsichtig ausdrücke, für sehr schwer tragbar. (*Lebhafte Zustimmung*.) Einen Mann, der gegen den Landesvorsitzenden der CSU⁶⁸ und gegen den Bischof von Würzburg⁶⁹ Strafantrag gestellt hat beim Oberstaatsanwalt in Würzburg, der in Passau erklärt hat, er habe keinen Strafantrag gestellt, es sei eine infame Lüge – am gleichen Tage lag der Strafantrag bei uns in Abschrift vor –, den kann ich beinahe nicht mehr für zurechnungsfähig halten. (*Zurufe*: Sehr richtig!) Aber trotz alledem kann man die FDP nicht von vornherein ausschalten, aber die FDP kann uns nicht mehr, wie das in der alten Koalition der Fall war, erpressen. Das ist das Gute unserer künftigen Regierung, daß wir eine Koalition eingehen können, bei der wir uns von keinem unserer Koalitionspartner erpressen zu lassen brauchen. Die FDP hat uns in den letzten vier Jahren in verschiedenen Fällen erpreßt, zuletzt beim Wahlgesetz. Hätten wir das Wahlgesetz nach dem Scharnberg-Entwurf⁷⁰ mit der FDP durchgebracht, dann hätten wir die absolute Mehrheit ohne den BHE.

-
- 68 Dr. Hans Ehard (1887–1980), 1946–1966 MdL Bayern (CSU), 1954–1960 Präsident des Bayerischen Landtages, 1946–1954 und 1960–1962 Ministerpräsident, 1949–1955 Vorsitzender der CSU. – Vgl. Rudolf MORSEY in FRÄNKISCHE LEBENSBLICKER 12 (1986) S. 270–292. – Dehler stellte am 21. August bei der Münchener Staatsanwaltschaft Strafanzeige, weil er in Ehards Äußerung vor der CSU, Dehler führe einen hemmungslosen Kampf gegen alles, was christlich sei, den Tatbestand der üblen Nachrede erfüllt sah (FAZ vom 22. August 1953).
- 69 Dr. Julius Döpfner (1913–1976), 1948–1957 Bischof von Würzburg, 1957–1961 von Berlin, 1961–1976 Erzbischof von München-Freising. – Der Strafantrag Dehlers beim Landgericht Würzburg richtete sich gegen die Passage in Döpfners Silvester-Predigt: „Wenn die Freie Demokratische Partei sich nicht lossagt von einem praktischen Materialismus, der das Reich Gottes nicht kennen will und nicht kennen kann, wenn sie in der Gesetzgebung über die Forderungen der Kirche in der Schulfrage hinwegsieht, dann können und dürfen die Freunde Christi sich nicht für sie entscheiden“ (zit. nach FAZ vom 22. August 1953).
- 70 Ein Wahlrechtentwurf Scharnbergs vom 3. Juli 1952 beruhte auf einem Dreierwahlrecht, ergänzt durch eine kleine Bundesliste (LANGE S. 461). Im Jahr 1953 vertrat Scharnberg, der stv. Vorsitzender des Wahlrechtsausschusses des Bundestages (1. Sitzung am 26. März 1953)

Herr Bundeskanzler, ich habe keinen persönlichen Tick gegen Herrn Dehler, ich habe ihn im Parlament gegen den wütenden Widerstand der Sozialdemokraten in Schutz genommen, aber eine solche Rakete im Kabinett, von der man nie weiß, geht sie los, wohin geht sie los, und warum geht sie los – die Motive sind immer unbekannt –, halte ich für außerordentlich gefährlich und für sehr, sehr schwer tragbar. (*Zurufe*: Sehr richtig!) Das Resümee heißt also: CDU und CSU, DP und FDP mit klaren Bedingungen gegenüber der FDP. Man kann der FDP ein sehr kräftiges Wort sagen, ohne daß sie uns Vorschriften macht.

Für den BHE gibt es einen einzigen Grund, der an sich mit der Struktur des BHE gar nichts zu tun hat, um seine Aufnahme in die Koalition für zweckmäßig zu halten: das ist die berühmte Zweidrittelmehrheit. Ich glaube nicht, daß das Bundesverfassungsgericht, nachdem der Volksentscheid über den EVG-Vertrag⁷¹ nunmehr stattgefunden hat, es wagen wird, eine Entscheidung im negativen Sinne zu fällen. Wir haben durchaus jetzt die Wahrscheinlichkeit, daß sich das Bundesverfassungsgericht mit dem non liquet begnügen wird. Gegen das Wahlergebnis kann kein Bundesverfassungsgericht entscheiden. (*Lenz*⁷²: Sehr zweifelhaft!) Der BHE hat jedes Recht verloren, sich als die Vertretung der Heimatvertriebenen zu bezeichnen. Von Bayern aus schickt der BHE in den Bundestag an echten Heimatvertriebenen vier Abgeordnete, im großzügigen Sinne des Wortes vielleicht sechs.⁷³ Die CSU schickt acht Vertriebene diesmal in den Bundestag.⁷⁴ Wir haben kein Interesse daran, den BHE in irgendeine Regierungsposition zu drängen, in der er etwa wichtig werden könnte.

Man muß sich überlegen, wie bekommen wir den BHE eher kaputt, in der Mitverantwortung oder in der Ausschließung. In Bayern hat er die Mitverantwortung. Eine Zeitlang hatte er einen guten Auftrieb erhalten durch die Staatssekretäre im Flüchtlingsministerium und im Wirtschaftsministerium⁷⁵, die mit einer rücksichtslosen Ausnutzung ihrer Position Parteifreunde in Stellen hineingebracht haben, wodurch sie den BHE unentbehrlich haben erscheinen lassen. Man könnte es bei der heutigen Situation im Bundestag für zweckmäßig ansehen, den BHE ausschließlich als Quantité

war, den Regierungsentwurf, der ein mehrheitsbildendes Wahlrecht vorsah. Zur Diskussion EBD. S. 552–563; Sten.Ber. 1.WP Bd.16 S. 13459f., 13463, 13466; vgl. auch PROTOKOLLE 1 S. 531ff.

71 Gemeint ist der Ausgang der Bundestagswahl.

72 Dr. Otto Lenz (1903–1957), 1951–1953 Staatssekretär im Bundeskanzleramt. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 50 Anm. 26; LENZ.

73 Theodor Oberländer (Ostproußen), Willi Reichstein (Schlesien), Wilfried Keller (Sudetenland), Paul Sornik (Oberschlesien), Otto Klötzer (Sudetenland), Johannes Strosche (Sudetenland).

74 Walter Rinke (Oberschlesien), Gerhard Wachter (Sudetenland), Georg Graf Henckel von Donnersmarck (Schlesien), Edmund Leukert (Sudetenland), Georg Baron Manteuffel-Szoege (Baltikum bzw. Ostpolen), Hans Schütz (Sudetenland), Anton Miller (Sowjetzone).

75 Staatssekretär im Wirtschaftsministerium war Dr. Willi Guthsmuths, Staatssekretär für Flüchtlingswesen im Innenministerium Theodor Oberländer (vgl. Anm. 64).

négligeable zu betrachten. Der BHE hat sich bei den außenpolitischen Verträgen festgelegt. Der BHE ist ein politischer Händler, der sich meistbietend verkauft. Wir werden uns jedem anschließen, der uns das meiste bietet – hat Kraft erklärt. Darum ist seine „Richtung“ festgelegt.

Wir würden dem BHE, wenn wir ihn in die Koalition hineinnähmen und ihm ein Flüchtlingsministerium oder ein klassisches Ministerium gäben, wiederum zu einem Machtfaktor machen, der er nicht sein kann und darf. Ich würde daher als Minimum vorschlagen, daß sich der BHE unterschriftlich verpflichten muß, bevor man in ernsthafte Koalitionsverhandlungen mit ihm eintritt, das Ja zu einer notwendigen Verfassungsänderung von vornherein abzugeben. Daß sich der BHE an der Regierung beteiligt und dann eines Tages erklärt, wir sind nicht gebunden an unsere ehemalige Einstellung, das kommt gar nicht in Frage.

Ich habe in Bayern erlebt, daß die Redner des BHE sich ganz klar gegen Ihre Europapolitik ausgesprochen haben mit einer Schärfe, wie ich sie nicht einmal bei der Sozialdemokratie erlebt habe. Der BHE hat auf diesem Gebiete keine Gesinnung. Er handelt rein nach Zweckmäßigkeitsgründen.

Ich möchte zusammenfassen: CDU und CSU, DP und FDP mit Kautelen, BHE nur, wenn es unbedingt notwendig sein sollte, am liebsten sähe ich, wenn wir den BHE kaputtmachen, ihn als Quantité négligeable behandeln und mit der SPD in die Opposition brächten.

Das Flüchtlingsministerium ist auf die Dauer nicht notwendig. Eines Tages muß der Begriff Flüchtling oder Heimatvertriebener bei uns aufhören. Ich hielte es aber psychologisch für falsch, in den nächsten vier Jahren dieses Ministerium aufzuheben etwa aus Verwaltungs- oder Ersparnisgründen, weil man dann sagen würde, kaum haben sie die Mehrheit und schon treten sie die Bevölkerungskreise mit Füßen, die sie gewählt haben. Die Einbußen, die wir durch die Aufhebung des Flüchtlingsministeriums erlitten, wären viel größer als die Vorteile, die durch Einsparungen erreicht würden. Darum halte ich es für richtig, dieses Ministerium in den kommenden vier Jahren unter allen Umständen beizubehalten. Dann können wir uns nach vier Jahren überlegen, ob hierfür eine Notwendigkeit besteht oder nicht. Die Aufhebung dieses Ministeriums würde sich gerade bei den ehemaligen Bevölkerungsteilen von der Tschechoslowakei und den ehemaligen Zentrumsleuten aus Schlesien, die wir in unsere Partei hineinbekommen wollen, schlecht auswirken.

Die SPD bekäme dadurch einen starken Agitationsstoff. Auch was die Aushandlung der verschiedenen Posten anbetrifft, so werden wir froh sein, ein solches Ministerium zu haben, um damit ein Toleranzpolster für Ihre Pläne zu schaffen.

*Dichtel*⁷⁶: Ich würde es für guthalten, mit den beiden Partnern zusammenzugehen. Es ist immer eine eigene Sache, wenn man auf einige Stimmen angewiesen ist und man nicht weiß, ob sie da sind oder nicht. Ich würde also der Konzeption des Herrn

76 Anton Dichtel (1901–1978), 1948–1966 Landesvorsitzender der CDU Südbaden. Vgl. PROTOKOLLE I S. 4 Anm. 18.

Bundeskanzlers beitreten. Weiter trete ich unter allen Umständen dafür ein, daß ein Flüchtlingsministerium beibehalten wird. Ich halte es für gefährlich, wenn wir jetzt beginnen, diese moralische Belastung auf uns zu nehmen. Was in drei oder vier Jahren ist, das ist eine andere Frage. Schon aus unserem sozialen Verantwortungsgefühl gegenüber den Flüchtlingen ist die Beibehaltung des Flüchtlingsministeriums notwendig.

Zum BHE wären wir der Meinung, er sollte nicht aufgenommen werden. Wir haben mit ihm nicht die besten Erfahrungen gemacht. Zu der Frage, darf der BHE das Flüchtlingsministerium – falls er einbezogen wird – bekommen, sind wir der Auffassung, damit würden wir unseren Flüchtlingen wirklich Unrecht tun. Unsere Flüchtlinge von Südbaden haben dringend darum gebeten, wenn der BHE in die Regierung kommt, möge man ihm unter keinen Umständen das Flüchtlingsministerium geben.

Der Herr Bundeskanzler hat gesagt, wenn der BHE mit sich reden läßt und billig zu haben ist. – Ich nehme an, daß der Herr Bundeskanzler diese Bemerkung nicht ohne Grund gemacht hat. Vielleicht hat eine Fühlung stattgefunden. Kann uns der Herr Bundeskanzler sagen, an welchen Preis er ungefähr gedacht hat, zu dem eine Einigung möglich ist? Ich bin gewohnt, wenn der Herr Bundeskanzler solche Dinge ausspricht, daß er den einen oder anderen Schritt schon gegangen ist. Vielleicht können wir darüber etwas hören.

Also, Herr Bundeskanzler, wenn Ihre These zutrifft, daß der BHE billig gekauft werden kann, würde ich der Meinung sein, dann nehmen wir ihn, um auf alle Fälle auf dem Gebiete der Außenpolitik absolut sicher zu sein.

Noch ein Wort zum DGB.

Adenauer: Verzeihen Sie, Herr Dichtel, wenn ich unterbreche. Wollen wir den DGB nicht für sich nehmen?

Ich möchte ausdrücklich erklären, daß ich weder mit der FDP noch mit der Deutschen Partei noch mit dem BHE noch mit der SPD irgendeine Fühlung aufgenommen habe. (*Zuruf:* Auch nicht mit der KPD?⁷⁷) Die ist nicht mehr da, sonst hätte ich das vielleicht getan! (*Heiterkeit.*)

Ehlers: Ich würde zur Frage des Vertriebenenministeriums sagen, wir sollten gerade im Augenblick nicht darauf verzichten, dieses Ministerium aufrechtzuerhalten. Gerade die Tatsache, daß Herr Kraft erklärt hat, er interessiere sich selbst nicht dafür, ist ja der beste Beweis dafür, daß er Angst hat, es übernehmen zu müssen, um dann das deutlich zu machen und in die Praxis umzusetzen, was er im Wahlkampf behauptet hat, das Lastenausgleichsgesetz⁷⁸ sei ein jämmerliches Machwerk. Diese Angst sollte man ihm nicht nehmen, wenn er überhaupt in Frage kommt.

⁷⁷ Die KPD hatte bei 2,2 % der Stimmen kein Bundestagsmandat erreicht.

⁷⁸ In Kraft getreten am 1. September 1952 (BGBl I S. 445; Reinhold SCHILLINGER: Der Entscheidungsprozeß beim Lastenausgleich 1945–1952. St. Katharinen 1985).

Im übrigen darf man darauf hinweisen – und ich glaube, insofern Herr Kather widersprechen zu müssen –, daß eine solche Interessentenpartei wie der BHE sich in der Verantwortung am schnellsten abnutzt. Wir haben das Beispiel, daß in dem Land, wo wir am meisten Vertriebene haben, in Schleswig-Holstein, 14 Abgeordnete von uns gewählt wurden, unter denen kein Vertriebener ist, wenn ich recht weiß. (*Zuruf*: Brookmann!⁷⁹) Brookmann gilt nicht im eigentlichen Sinne in Kiel als Vertriebener, sondern als Einwohner honoris causa. (*Zuruf*: Von Hassel!⁸⁰) Die werden nicht als Flüchtlinge anerkannt, sondern nur als Mitglieder bestimmter Funktionärsgruppen. Daß der BHE von 23 % vor der Landtagswahl⁸¹ auf 11 % heruntergegangen ist und nur noch 150.000 Stimmen zusammengebracht hat, ist der beste Beweis dafür, daß man sich abnutzt in dieser Weise. Im übrigen ist dort genau das gleiche geschehen, was Herr Strauß für Bayern erklärt hat, daß man die einzige Möglichkeit dort darin gesehen hat, in einer unerhört rücksichtslosen Weise eine Personalpolitik zu betreiben, um ganz bestimmte Männer in bestimmte Positionen hineinzubringen. Ich nenne nur das Justizministerium mit der Arbeit von Herrn Ahrens⁸². Das müßte von vornherein abgefangen werden. Ich würde es für richtig halten, daß man den Versuch macht, den BHE mit in die Verantwortung hineinzunehmen.

Ich habe als erste Stellungnahme von der Deutschen Partei die von Herrn von Merkatz⁸³ bekommen in der Nacht vom Sonntag zum Montag, indem er mir gesagt hat, daß nun der Augenblick gekommen sei, wo die großen Regierungsparteien der Regierungskoalition sich überlegen müßten, ob ihre Selbständigkeit nicht endlich aufgegeben werden müsse. Das wird für die FDP nicht gelten, aber von Merkatz ist klug genug, um zu sehen, daß bei der Deutschen Partei dieser Augenblick herangekommen ist. Die Deutsche Partei ist mit ihrem Versuch, außerhalb Niedersachsens etwas zu werden, hundertprozentig gescheitert.⁸⁴ Sie ist in Niedersachsen gescheitert, weil sie den Versuch gemacht hat, außerhalb Niedersachsens etwas zu werden. Wenn wir den Herren Hellwege⁸⁵, von Merkatz und Seebohm⁸⁶ nicht geholfen, sondern

79 Walter Brookmann (1901–1957), 1927–1931 Generalsekretär der DVP, 1946–1949 der CDU in Schleswig-Holstein, 1949–1957 MdB.

80 Kai-Uwe von Hassel (geb. 1913), 1953–1954 und 1965–1980 MdB (CDU). Vgl. PROTOKOLLE I S. 477 Anm. 14; JENNINGER S. 347–352.

81 Bei der Landtagswahl in Schleswig-Holstein vom 9. Juli 1950 hatte der BHE noch 23,4 % erreicht; bei der Bundestagswahl 1953 waren es 11,6 % und 157.100 Stimmen.

82 In der Vorlage: Arend. – Hermann Ahrens (1902–1975), 1951–1963 MdL Niedersachsen (GB/BHE), 1951–1959 Wirtschaftsminister in Niedersachsen, 1959–1963 stv. Ministerpräsident.

83 Dr. Hans-Joachim von Merkatz (1905–1982), 1949–1969 MdB (DP, ab 1960 CDU). Vgl. PROTOKOLLE I S. 603 Anm. 44.

84 Die DP hatte in Niedersachsen 11,9 %, in Hamburg 5,9 % und in Bremen 17,0 % der Zweitstimmen erreicht, in den andern Ländern blieb sie weit unter 5 %.

85 Heinrich Peter Hellwege (geb. 1908), 1949–1955 MdB (DP) und Minister für Angelegenheiten des Bundesrates. Vgl. PROTOKOLLE I S. 52 Anm. 29.

86 Dr. Hans-Christoph Seebohm (1903–1967), 1949–1967 MdB (DP, ab 1960 CDU), 1949–1966 Bundesminister für Verkehr. Vgl. PROTOKOLLE I S. 598 Anm. 36.

die vorgesehenen Kandidaten aufgestellt hätten, dann wäre nicht ein einziger ihrer Kandidaten in den Bundestag hineingekommen.

Nachdem wir dieses nun feststellen können, kann man doch sagen, wir werden uns in Niedersachsen darum bemühen, daß wir diese Organisation so schnell wie möglich zu Ende bringen. Die Lage ist so, daß wir in den alteingesessenen welfischen Wahlkreisen wie Lüneburg-Dannenberg⁸⁷ und Celle eine klare CDU-Mehrheit haben gegenüber der DP, von anderen ganz zu schweigen, so daß wir jeden Anlaß haben, in der Richtung zu helfen, daß dieser Partei, die zunächst über Gebühr hinausgehende Ansprüche gestellt hat, ein Ende bereitet wird. In Braunschweig hat sie sich unter der Propaganda vorgestellt: Wählt nur die großen Parteien! Das hat man in Niedersachsen dann auch getan. (*Heiterkeit.*) Ich darf zu Ihrer Information sagen, ich habe mir einen Überblick über den Anteil der evangelischen Abgeordneten verschafft. Ich glaube, es ist zur Unterstützung der Arbeit in den evangelischen Kreisen gut, diese Zahl zu nennen. Dem neuen Bundestag werden in der CDU-Fraktion 89 evangelische Abgeordnete angehören. Das ist eine genaue Verdoppelung gegenüber dem bisherigen Zustand. (*Bravo-Rufe.*)

Adenauer: Darf ich einige Worte zu dem Thema sagen. Es erschien mir notwendig, die Frage gerade an die Vertreter der Vertriebenen zu stellen, ob sie ein solches Ministerium noch weiter für nötig halten. Es war mir nur eine klare Stellungnahme erwünscht. Ich verstehe auch den Herrn Kollegen Dichtel mit seiner Frage. Er möchte gerne wissen, ob ich schon verhandelt hätte und wie. Ich lese nämlich hier in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ von heute in einem Artikel von „United Press“:

„Der Vorsitzende der bisherigen Fraktion der Union im Bundestag, von Brentano, hat am Mittwoch vor der Auslandspresse in Bonn angekündigt, der Block werde zur Mitwirkung in der neuen Bundesregierung aufgefordert.“

Ich habe mit Herrn von Brentano am Montag über diese Frage gesprochen. Ich habe ihm aber dasselbe gesagt, was ich hier auch gesagt habe. Ich bin mir noch nicht klar über diese ganze Frage, und ich möchte nochmals betonen, was ich eben gesagt habe, Herr Dichtel. Ich habe weder direkt noch indirekt irgendeine Fühlungnahme mit dem BHE gehabt, wie ich mich überhaupt auf den Standpunkt gestellt habe, daß ich erst einmal diese Aussprache abwarten wollte, um mir ein Bild über die entscheidende und grundlegende Frage machen zu können, wie die Partei darüber denkt.

Es steht in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“⁸⁸ ein ausführlicher Artikel darüber, daß der BHE durch seine Mitwirkung in den Regierungen von Baden-Württemberg und Niedersachsen auch entscheidend sei für eine Zweidrittelmehrheit im Bundesrat. Ich möchte das hier nur erwähnen.

87 In Lüneburg-Dannenberg hatte die CDU 30,9 %, die DP 19,0 % erreicht, in Celle 30,8 % gegenüber nur 14,0 %.

88 FAZ vom 10. September 1953: „Wird der Block vierter Koalitionspartner?“ – Die Mitteilung über von Brentano stand unter der Überschrift „Brentano: Die Aufforderung wird ergehen“.

*Schäffer*⁸⁹: Darf ich auf die Vergangenheit zurückkommen! Wir haben in der Vergangenheit drei FDP-Minister⁹⁰ im Kabinett gehabt. Wir haben doch erlebt, daß die FDP in sehr wichtigen Fragen sich um Kabinettsbeschlüsse nicht gekümmert hat, sondern vollkommen eigene Touren gegangen ist. Wenn ich eine Koalition bilde, dann ist der Sinn doch der, daß ich die Fraktion beeinflusse. Wenn wir also eine Koalition bilden, ist es nach meiner Überzeugung notwendig, zur Bedingung zu machen, daß sich die Kabinettsmitglieder verpflichten, Kabinettsbeschlüsse in den Fraktionen mit allem Gewicht zu vertreten. Geschieht das nicht, dann haben wir künftig die Möglichkeit zu sagen, dann legen wir auf eure Beteiligung keinen Wert. Ich glaube, das müssen wir etwas schärfer den Koalitionspartnern sagen, als wir das bisher getan haben.

Adenauer: Ich halte diesen Hinweis des Kollegen Schäffer für sehr richtig und für sehr zutreffend. Es gilt natürlich für alle Minister, wenn das Kabinett mit Stimmenmehrheit einen Beschluß gefaßt hat. Wir haben bisher im Kabinett versucht, einstimmige Beschlüsse zu fassen, äußerstenfalls hatten wir ganz geringe Minderheiten. Wenn nun einmal, verehrter Herr Kollege Schäffer, das Kabinett einen Beschluß gefaßt hat, dann müssen alle Kabinettsmitglieder – Herr Erhard⁹¹ sieht mich auch so an – (*Erhard*: Selbstverständlich! – *Heiterkeit*) – diesen Beschluß in ihrer Fraktion vertreten.

Nun darf ich im Anschluß daran einen Gedanken hier aussprechen, den ich mit diesem oder jenem Herrn besprochen habe. Wir sind hier zu 68. Nun stellen Sie sich bitte vor 250 Menschen in einer Fraktion! (*Zurufe*: Ein Parlament für sich. – Ein mittelgroßes Parlament. – Das wird schwierig! – *Unruhe*.) Und hier sind es doch auserlesene und geschulte Parlamentarier oder politisch versierte Leute. Das kann man nicht von jedem Bundestagsmitglied ohne weiteres sagen, daß er das ist. Dann ist doch der Gedanke sehr zu überlegen, ob wir nicht einige Minister schaffen sollen, die keinen besonderen Geschäftsbereich haben, die aber die Aufgabe haben, die Verbindung zwischen dem Kabinett und den Fraktionen, insbesondere mit unserer Fraktion, dauernd herzustellen; denn die Kabinettsmitglieder können nicht in alle Fraktionssitzungen kommen. Es muß aber die dauernde Fühlungnahme zwischen dem Kabinett und einer so großen Fraktion, wie wir sie haben, unbedingt gewährleistet sein.

89 Fritz Schäffer (1888–1967), 1949–1961 MdB (CSU), 1949–1957 Finanzminister, 1957–1961 Justizminister. Vgl. Otto ALTENDORFER: Fritz Schäffer – Politik in schwierigen Zeiten. In: POLITISCHE STUDIEN 39 (1988) S. 305–322; Rudolf VOGEL: Erinnerungen an Fritz Schäffer in: ABGEORDNETE 4 S. 237–261.

90 Franz Blücher (Stellvertreter des Bundeskanzlers, Minister für Angelegenheiten des Marshallplans), Thomas Dehler (Justiz), Eberhard Wildermuth bzw. Fritz Neumayer (Wohnungsbau).

91 Professor Dr. Ludwig Erhard (1897–1977), 1949–1977 MdB, 1949–1963 Wirtschaftsminister. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 15 Anm. 7; LAITENBERGER.

Bausch: Ich möchte das, was der Herr Bundeskanzler gesagt hat, nachdrücklich unterstreichen. Ich freue mich, daß der Herr Bundeskanzler damit auf einen Vorschlag zurückkommt, den ich der Fraktion schon vor vier Jahren gemacht habe.

Zur Regierungsbildung möchte ich zunächst die Frage stellen, welche der in Frage kommenden Gruppen wird voraussichtlich ein zuverlässiger Koalitionspartner sein; nach den Erfahrungen, die wir in der Vergangenheit gemacht haben, werden die Dinge so liegen, daß die DP am zuverlässigsten und solidesten sein wird, was die Praxis in der Koalition anbelangt. Jedenfalls hat sich die DP in den letzten Wochen und Monaten grundanständig verhalten. (*Albers*⁹²: Aber nicht alle Minister!) In kritischen Fällen war die DP bei uns, besonders in den Fällen, in denen die FDP in alle Winde auseinanderflog und gegen uns interveniert hat. Daran muß man denken. Wenn wir die DP bei uns haben, dann haben wir eine starke Position, dann sind die anderen mehr oder weniger entbehrlich. Deshalb wäre ich dafür, daß wir die DP gut behandeln.

Was die FDP anbelangt, so wissen wir nicht, wie die Situation bei ihr ist. Da sitzt der Reinhold Maier⁹³ drin, der der Todfeind des Herrn Bundeskanzlers ist. (*Zuruf:* Der bessert sich!) Der wird sich nie bessern! (*Adenauer:* Innerlich nicht! – *Heiterkeit.*) Wir haben unsere Erfahrungen gemacht. (*Adenauer:* Ich auch!) Bei uns gibt es niemand mehr, der Illusionen hat in bezug auf die Änderungsfähigkeit des Herrn Maier. (*Kiesinger:* Doch! Doch!) Warten wir die Klärung bei der FDP ab. Es ist einfach so, ein Flügel will nach rechts und der andere will nach links.

Zum BHE ist zu sagen, daß ich mir im Wahlkampf bewußt geworden bin, daß ein beträchtlicher Teil der Heimatvertriebenen sich zu dem Standpunkt durchgerungen hat, wir müssen zuerst Deutsche und dann Heimatvertriebene sein. Ich glaube, daß die Mehrheit der Heimatvertriebenen heute bereit ist, diesen Standpunkt in erster Linie einzunehmen. Wir müssen ernsthaft fortfahren, mit einer guten Haltung um die Seelen der Heimatvertriebenen zu ringen. Sie sind bereit, zu uns zu kommen.

Es entsteht nun die Frage: Wie wird der BHE auf die richtige Weise in die Mühle hineingetragen? An sich ist der BHE so überflüssig wie Wasser im Schuh. Ich möchte mich der Auffassung anschließen, daß der BHE am besten verbraucht werden kann, wenn er in die Regierung hineinkommt und die Möglichkeit hat, sich in der Anwendung und Ausführung des Lastenausgleichsgesetzes zu bewähren. Das ist die richtige Aufgabe für den Herrn Kraft, und die Bedingung Nr. 1 lautet: er muß das Flüchtlingsministerium übernehmen; (*Zurufe:* Nein! – Widerspruch) 2. dürfen die finanziellen Forderungen nicht zu groß sein, Herr Schäffer, darauf müssen Sie bestehen.

92 Johannes Albers (1890–1963), 1949–1957 MdB (CDU). Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 14 Anm. 1.

93 Reinhold Maier (1889–1971), 1946–1964 MdL Württemberg-Baden bzw. Baden-Württemberg (DVP/FDP), 1945–1953 Ministerpräsident, 1953–1956 und 1957–1959 MdB. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 4 Anm. 21; Paul SAUER: In stürmischer Zeit. Lebensbild des Menschen und Politikers Reinhold Maier (1889–1971). Stuttgart 1989; Klaus-Jürgen MATZ: Reinhold Maier (1889–1971). Eine politische Biographie. Düsseldorf 1989.

Dann muß klar sein, daß der BHE mit dem Eintritt in die Regierung seine Posten aus den Regierungen in Stuttgart und Niedersachsen abkommandiert. Dann haben wir dem Reinhold Maier den Stuhl unter dem Hinterteil weggezogen. Daß der BHE in der Bundesregierung sitzt und in Stuttgart bei den Sozialdemokraten, das darf nicht in Frage kommen; 3. muß er schriftlich seine Bereitschaft zu verfassungsändernden Gesetzen erklären.

*Arndgen*⁹⁴: Ich bin mit dem Bundeskanzler im Grundsatz einig, daß er versuchen muß, mit den anderen Parteien eine Koalition zu schaffen. Aber es wird die Frage entstehen, ob die Koalitionsparteien wollen. Wenn das Wahlergebnis analysiert wird, müssen wir feststellen, daß die SPD an Stimmen zugenommen hat. Wir haben der SPD kaum Stimmen weggenommen nach den Zahlenergebnissen. Die SPD hat rund eine Million Stimmen gewonnen. (*Lebhafte Unruhe.* – *Zuruf:* Wissen wir längst!) Verloren haben die FDP und die DP. Es fragt sich: Bleiben wir länger mit diesen Parteien in Verbindung. Nun könnte sich bei der FDP und bei der DP die Meinung durchsetzen: Es ist besser, wenn wir jetzt einmal vier Jahre lang in die Opposition gehen, um uns zu erhalten. (*Anhaltende Unruhe und Widerspruch.*) Ja, meine Damen und Herren, das sind eben Dinge, die müssen überlegt werden, ob nicht von dort aus uns eine Absage erteilt wird. Ich bin bestimmt der Meinung, daß sie versuchen werden, in ihrer Partei die Meinung durchzusetzen, wir müssen außerhalb der Regierung bleiben, wenn wir weiterhin irgendwie eine selbständige Partei bleiben wollen.

Kiesinger: Ich bin vollkommen anderer Auffassung als Freund Arndgen in diesem Punkt. Ich bin überzeugt, daß die Dinge zwangsläufig dahin laufen werden, daß die bisherige Koalition zusammengeht.

Ich möchte, obwohl es vielleicht nicht überaktuell ist, die Gelegenheit nicht vorbeigehen lassen, um an die Bemerkung des Herrn Bundeskanzlers anzuknüpfen, daß wir damit rechnen müssen, daß wir ein zweites Mal vielleicht eine so große Chance nicht haben werden. Aber, Herr Bundeskanzler, zur gleichen Zeit darf ich Ihnen sagen, daß nach allen unseren Erfahrungen – Sie haben es besonders erwähnt, daß die junge Generation zu uns gekommen ist – diese vier Millionen Neuwähler im Jahre 1957 wieder zu uns kommen werden, wenn wir nicht von allen guten Geistern verlassen sind.

Wenn ich mir erlauben darf, einen Blick vorauszuwerfen, dann ist uns die große Aufgabe zugewiesen, in den kommenden vier Jahren schon die Reihen des Marxismus in diesem Land mit Stumpf und Stiel auszurotten. Das heißt nicht, daß wir eine kleinliche dumme Vernichtungspropaganda gegen die SPD führen werden. Die SPD hat aber schon einmal in ihrer Geschichte eine Schwenkung um 180 Grad vollziehen müssen, damals als die Revisionisten aus der Kommunistischen Partei eine demokratische Partei mit halbmarxistischer Substanz machten, bis zu den Revisionisten um

94 Josef Arndgen (1894–1966), 1949–1965 MdB (CDU). Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 268 Anm. 23.

die Jahrhundertwende.⁹⁵ (*Adenauer*: Die ersten Christen waren auch Kommunisten!) Herr Bundeskanzler, sagen wir Vollmarxisten. Wir können diese Partei durchaus zwingen, noch einmal eine solche Schwenkung zu vollziehen. Diese Aufgabe, die eine vollkommene Änderung der politischen Substanz in Deutschland bedeuten kann, ist außerordentlich wichtig. Ich bin von dem absoluten Optimismus erfüllt, daß wir in den kommenden vier Jahren die Grundlage dazu schaffen werden.

Adenauer: Herr Kollege Kiesinger ist schon übergegangen zu dem Punkt: SPD. Ich möchte zu seinen Ausführungen noch etwas sagen. Ich bin vorsichtiger als Sie, Herr Kiesinger, in der Prognose für die kommende Bundestagswahl. Auch schon bei dieser Bundestagswahl habe ich aus Prinzip immer vorher gesagt: Seid nicht so optimistisch! Denn wenn man so optimistisch ist, dann erlahmt der Eifer. Es gehört nun zum Prinzip der Sozialen Marktwirtschaft, auch in der Politik, daß man den Gewinn sehen muß. Deswegen darf man nicht so optimistisch sein. Ich glaube, wir haben noch keine Veranlassung, Herr Kiesinger, so optimistisch zu sein. Seien wir uns darüber klar, wodurch wir einen so überragenden Erfolg erzielt haben. Im wesentlichen aus zwei Gründen: Der eine Grund war der, daß die ganze wirtschaftliche Lage in diesen vier Jahren einen so entscheidenden und sichtbaren Fortschritt gemacht hat, daß das gar nicht aus der Welt wegzudiskutieren war.

Aber seien Sie sich auch darüber klar, daß in den kommenden vier Jahren ein derartiger Fortschritt nach menschlichem Ermessen gar nicht mehr möglich ist. (*Kiesinger*: Doch!) Nein, Herr Kiesinger, es hört doch einmal auf! Die Bäume wachsen nicht in den Himmel. Vergessen Sie auch nie, daß unser ganzer wirtschaftlicher Aufstieg auf dem Unterschied gegenüber der großen Not beruht, in der wir alle gelebt haben, und daß wir immer konkurrenzfähig bleiben müssen mit dem Ausland und daß alles seine Grenzen hat. Ich resümiere so, wenn ich auch an einen weiteren wirtschaftlichen Aufstieg glaube – und wir müssen selbstverständlich alles tun, um in der bisherigen Linie fortzufahren –, so glaube ich nicht, daß der Unterschied in der wirtschaftlichen Lage im Jahre 1957 gegen 1953 derart sichtbar frappant ist wie im Jahre 1953 gegenüber 1949.

Das gleiche gilt für die Außenpolitik. Die außenpolitische Lage im Jahre 1949 gegenüber der im Jahre 1953 ist – ähnlich wie auf wirtschaftlichem Gebiete – so verschieden voneinander, daß das doch den allermeisten Leuten einleuchtet und sie dementsprechend auch gewählt haben. Ich hoffe ja, daß es gelingen wird, in den kommenden vier Jahren die Wiedervereinigung herbeizuführen; ich hoffe, daß es gelingen wird, Europa zu schaffen in den vier Jahren. Dann werden wir natürlich

95 Vermutlich Anspielung auf das Erfurter Programm von 1891, das radikale Theorie mit reformerischer Praxis verband. Der sog. Revisionismusstreit erhielt seine theoretische Begründung durch Eduard Bernstein, der Zweifel an den Marxschen Zukunftsprognosen anmeldete und deshalb die SPD als „demokratisch-sozialistische Reformpartei“ verstanden wissen wollte. Auf den Parteitag, zuletzt 1903, wurde der Revisionismus Bernsteins verurteilt. Vgl. Susanne MILLER/Heinrich POTTHOFF: Kleine Geschichte der SPD. Darstellung und Dokumentation 1848–1983. Bonn 6. Aufl. 1988 S. 52–72.

darauf hinweisen können. Aber wenn nach der Wiedervereinigung Deutschlands – wenn sie etwa im Jahre 1955 kommt, worauf ich tippen möchte – und wenn nach der Schaffung Europas bis zum Jahre 1957 zwei Jahre vorüber sein werden, dann ist doch – verzeihen Sie den harten Ausdruck, wenn ich ihn gebrauche – der Knalleffekt auch nicht mehr da.

Deswegen sollten wir uns nach meiner Meinung von vornherein darauf einstellen. Wir müssen auch damit rechnen, daß wir im Jahre 1957 nicht eine so glänzende Ausgangsposition wie im Jahre 1953 haben werden. Es kann auch sein, daß die Sozialdemokratie in den nächsten vier Jahren sich klüger benimmt im Parlament, als sie sich bisher benommen hat. Sie hat sich doch denkbar dumm benommen. Das leuchtet jedem ein. Ich stimme im Grundsatz mit Herrn Kiesinger überein. Wir sind überzeugt davon, wenn wir gut arbeiten, werden wir die Wahl im Jahre 1957 auch gewinnen, aber wir können nicht damit rechnen, daß wir im Jahre 1957 einen solch eminenten Erfolg haben, daß wir sagen können: Was wollt ihr anderen Parteien eigentlich, wir machen doch die ganze Sache!

Kiesinger: Zur Berichtigung einige Worte! Ich habe gedacht, daß von uns aus nun die Kraft ausgehen könnte, auch auf die anderen Parteien innerlich umgestaltend einzuwirken, z.B. auch auf die SPD, damit auch in der SPD sich die vernünftigen Elemente durchsetzen können und nicht jene verhängnisvollen Kräfte, die Sie, Herr Bundeskanzler, selbst erwähnt haben.

Ich bin auch der Meinung, wir sollten sehr vorsichtig sein mit einer Vorausschau über die Position unserer Partei im Jahre 1957, aber es könnte bis dahin das ganze politische Leben in unserem Volk sehr wesentlich anders aussehen, wenn wir richtig arbeiten und vor allem, wenn es uns gelingt, die junge Generation, die vier Millionen Neuwähler, im wesentlichen auf unsere Seite zu bringen.

Ehlers: Zur Frage der Wahl im Jahre 1957 sollten wir uns noch nicht so viele Gedanken machen, Herr Bundeskanzler. Wenn die Wiedervereinigung im Jahre 1955 käme – wir wollen einmal dieses Wort aufnehmen –, dann wählen wir im Jahre 1957 keinen Bundestag, sondern ein Gesamtparlament. Etwas Besseres könnte überhaupt nicht geschehen. Sich darüber Gedanken zu machen, scheint mir nicht so sehr zweckmäßig zu sein.

Ich möchte nur zwei Dinge sagen. Ich glaube, darüber besteht Einmütigkeit, daß dieses Wahlergebnis eine Verpflichtung zu einem Höchstmaß des sozialen Handelns bedeutet. Das ist der entsprechende Gegenschlag gegen den Sozialismus. Die Sozialdemokratie hat uns immer gesagt – diesmal angesichts der wirtschaftlichen Entwicklung ohne Erfolg –, die Armen seien immer ärmer geworden. Wir haben die Aufgabe – und das ist nun wirklich auch zu stützen auf den ungeheuren Anteil, den die Arbeitnehmerstimmen in der CDU in diesem Wahlkampf geleistet haben –, nun das, was in dem ersten Wahlprogramm steht – so sozial wie möglich – zu verstärken und zu konkretisieren, daß man es in der Tat sieht, d.h. im Wohnungsbau, in der Familienfürsorge, im Familienausgleich usw. Alle diese Dinge müssen mit aller Kraft angefaßt werden!

Der zweite Vorstoß muß sich gegen die Sozialdemokratie richten, die angefangen hat zu behaupten, daß sie die Partei der deutschen Wiedervereinigung sei. Das muß abgefangen werden. Sie hat es furchtbar ungeschickt angefangen. Ich glaube, daß uns die Erklärung⁹⁶ von Erler und Eichler Hunderttausende von Stimmen gebracht hat. Wenn sie weiter so ungeschickt produzieren, kann es uns recht sein. Aber wir sollten jedes Gewicht auf diese Frage legen, nicht nur in der Propaganda, sondern auch in der tatsächlichen Verwirklichung.

Herr Bundeskanzler, wir sind unter uns, um uns gegenseitig etwas Kritisches zu sagen. Ich halte es für wichtig, daß wir zum Thema Wiedervereinigung die Vokabel „Befreiung“ aus unseren Reden ausschalten. Ich verstehe völlig, wie Sie es gemeint und was Sie verstanden haben. Wir haben es alle in dieser Form gebraucht und haben alle gesagt, es geht uns darum, daß wir die Brüder im Osten aus den Lebensformen herausholen, in denen sie heute leben müssen. Aber das Wort Befreiung hat nach innen und insbesondere nach außen einen militanten Klang, so daß ich glücklich wäre, wenn wir dieses Wort etwas zurücktreten ließen und so intensiv von der Wiedervereinigung reden würden, daß sie für uns in keinem Augenblick darin bestehen kann, mit Pankow ein Kompaniegeschäft [!] zu machen. Darüber besteht keine Meinungsverschiedenheit. Ich glaube aber, wir sollten in den Vokabeln sehr vorsichtig sein, weil uns aus der kleinsten Nuance Schwierigkeiten gemacht werden in der Erörterung und Stellungnahme im In- und Auslande, die wir uns einfach nicht zu leisten brauchen. Dazu ist unsere Position zu stark geworden.

Adenauer: Das Wort habe ich einmal gebraucht, ein einziges Mal, und zwar deswegen, weil mir von verschiedenen Freunden immer wieder nahegelegt wurde, es zu gebrauchen. Das Ergebnis war folgendes: Vom Inland habe ich nichts gemerkt, aber von Frankreich her. Es ist dem Herrn François-Poncet⁹⁷ von Herrn Staatssekretär Hallstein⁹⁸ sehr gründlich die Meinung darüber gesagt worden, daß sich die Franzosen darüber verletzt fühlten.

Aber Sie haben vollkommen recht. Ich habe heute morgen hier über das amerikanische Radio gesprochen. Da wünschte man das Wort Befreiung zu hören. Ich habe gesagt: Nein ich spreche nicht von Befreiung, ich spreche von der Wiedervereinigung. Wir haben nicht nur Rücksicht zu nehmen auf die Vereinigten Staaten, wir haben auch Rücksicht zu nehmen auf Frankreich.

Kaiser: Ich möchte den Herrn Bundeskanzler bitten, zwei Dinge, die in der Debatte angesprochen worden sind, in seinen Verhandlungen mit den anderen Parteien zu beachten. Was Arndgen gesagt hat, muß beachtet werden. Wir wissen nicht, wie sich die FDP bei ihren Überlegungen morgen entscheiden wird.

⁹⁶ Vgl. Anm. 36.

⁹⁷ André François-Poncet (1887–1978), französischer Diplomat; 1949–1955 französischer Hoher Kommissar bzw. Botschafter in Bonn. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 58 Anm. 18.

⁹⁸ Professor Dr. Walter Hallstein (1901–1982), 1951–1958 Staatssekretär im Auswärtigen Amt. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 59 Anm. 21.

Ich möchte weiter wünschen, Herr Bundeskanzler, daß Sie bei Ihren Verhandlungen eine Haltung einnehmen, als wenn wir auch gewillt wären, allein die Verantwortung und die Führung der deutschen Politik zu übernehmen. Das andere wird sich von selbst ergeben. Ich bin realistisch genug zu wissen, daß wir aus den Gründen, die Sie gesagt haben, bereit sein müssen, mit unseren beiden Partnern die deutsche Politik weiter zu führen. Aber bei dem großen Erfolg, den wir erreicht haben, können wir eine Grundhaltung einnehmen, daß wir auch in der Lage und gewillt sind, die deutsche Politik eventuell allein zu führen.

Ich möchte bitten, daß das mitbeachtet wird, was Arndgen gesagt hat, da ich in Sorge bin, daß es bei der SPD hin- und hergehen wird bei den Überlegungen, wie sich verhalten wird.

Zur Selbständigkeit der DP oder nicht, würde ich darum bitten, daß der Herr Bundeskanzler bei den Besprechungen das im Auge behält, was Ehlers ausgesprochen hat. Es sind in der Deutschen Partei eine Reihe von Persönlichkeiten, die gehören im Grunde genommen zu uns. Ich bin der Auffassung, daß die Deutsche Partei ihren Urboden in Niedersachsen unter den Füßen verloren hat, als sie hinausgehen wollte ins ganze Bundesgebiet. Sie hat Fehler sondergleichen begangen. Sie würde am besten tun, wenn sie aufginge in den Reihen der CDU. Ich denke im gleichen Zusammenhang auch an die paar Zentrumsleute⁹⁹, die wir ohne großen Verzug für uns gewinnen sollten. Unsere bayerischen Freunde werden bei der Bayernpartei¹⁰⁰ in gleicher Weise verfahren.

Adenauer: Ich möchte doch zu dem Thema noch einige Ausführungen machen. Ich befinde mich im Gegensatz zu der Meinung des Kollegen Kaiser. Wir sind nicht in der Lage, allein die Politik zu machen. Stellen Sie sich die Dinge vor, wie sie sind. Sie können nicht mit einer Mehrheit von allenfalls drei bis vier Stimmen in den kommenden vier Jahren regieren. Dabei müssen Sie sich darüber klar sein, daß auch innerhalb dieser großen Fraktion die Meinungen geteilt sein werden über manche Dinge. Wir sind nicht in der Lage, seien wir uns darüber vollkommen klar – es bleibt unter uns –, mit einer so geringen und minimalen Mehrheit die vier Jahre zu überstehen.

Bitte beachten Sie folgenden Umstand: Wenn ich mit der FDP breche, dann wird doch die Deutsche Partei teurer. Das ist doch vollkommen klar. Dann haben wir doch die Deutsche Partei absolut nötig. Dann kann die Deutsche Partei sagen, ja, meine 15 Stimmen, die hast du eben nötig. Mit der FDP kommst du nicht zu Rande, folglich lieber Freund, bitte, hier ist die Rechnung dafür. – Deswegen müssen wir die FDP

⁹⁹ Das Zentrum (0,8 % der Zweitstimmen) hatte mit Hilfe der CDU drei Mandate gewonnen: Johannes Brockmann (Direktmandat) sowie Franz Böhner und Martin Heix, der sofort nach der Wahl, am 23. September 1953, wieder zur CDU/CSU-Fraktion wechselte (vgl. dazu PROTOKOLLE 1 S. 538 Anm. 40).

¹⁰⁰ Die Bayernpartei hatte 1,7 % der Zweitstimmen erreicht.

und die Deutsche Partei nehmen. Wir müssen sie beide nehmen. Das wird uns im Grunde genommen nicht so teuer, als wenn wir nur einen nehmen.

Ich werde heute abend nach dieser Besprechung mit Herrn Blücher¹⁰¹ eine Besprechung haben. Die FDP hat morgen ihren Vorstand und ihre Fraktion beisammen. Ich habe mit keinem der Herren gesprochen. Über Herrn Dehler brauche ich kein Wort zu verlieren. Darüber sind wir uns ganz einig. Ich bin aber der Auffassung, daß bei der FDP nach der ganzen Katastrophe, die sie doch erlebt hat, sich der gemäßigte Teil gestärkt sieht und daß der gemäßigte Teil auch selbst einen Reinhold Maier zur Vernunft bringen kann. (*Widerspruch.*) Dann müssen sie ihn zur Vernunft à la Maier bringen! (*Lebhafte Heiterkeit.*) Mit dem BHE muß man mal sehen. Ich meine, wenn wir mit der FDP und der Deutschen Partei einig sind, dann wird der BHE sehr viel billiger werden. Also, so laufen die Dinge. Wie es nun werden wird, daß wir auf Heller und Pfennig eine Rechnung aufweisen, das kann man gar nicht sagen.

Sehr richtig ist das, was Kollege Schäffer gesagt hat, daß die Kabinettsmitglieder sich verpflichten müssen, die Politik der Kabinettsbeschlüsse nicht nur in ihrer Fraktion, sondern auch im Bundestag zu vertreten.

Nun können wir übergehen zur SPD. Zur SPD möchte ich einige Ausführungen machen, die mir sehr interessant gewesen sind. Ich habe sie zurücklegen lassen für die heutige Besprechung. Es handelt sich um einen Artikel aus den „Basler Nachrichten“ vom 29. August 1953. In diesem Aufsatz sind folgende sehr bemerkenswerte Stellen, die ich Ihnen vorlesen möchte:

„Machtkonzentration bei den deutschen Sozialdemokraten“

ist der Aufsatz überschrieben. Dort wird die Zahl der eingeschriebenen Mitglieder der SPD mit 649.529 angegeben.¹⁰² Ich glaube, wir haben rund 300.000. (*Heck: Das läßt sich noch nicht genau feststellen, Herr Bundeskanzler!*) Na bitte, meine Herren!

Dann hat sie 7.810 Ortsvereine. Ich weiß nicht, wieviel Ortsvereine wir haben.

Es heißt dann weiter:

„Die Parteifinzen wiesen für das Berichtsjahr 1951 an Einnahmen insgesamt DM 1.843.826,- und an Ausgaben insgesamt DM 1.763.143,- auf. Von den Einnahmen entstammen u.a. DM 805.339,- den Beiträgen der Bezirke, DM 153.756,- den Fraktionsbeiträgen, DM 152.203,- Sammlungen und DM 593.108,- nicht näher aufgeschlüsselten Werbebeiträgen. Bei den Ausgaben überwogen DM 852.350,- für Werbung und DM 494.454,- für Gehälter.“

101 Franz Blücher (1896–1959), 1949–1954 Bundesvorsitzender der FDP, 1949–1958 MdB (bis 1956 FDP, dann FVP bzw. DP). Vgl. PROTOKOLLE I S. 57 Anm. 11.

102 Das SPD-Jahrbuch 1952/53 Bielefeld [1954] weist für 1953 607.456 Mitglieder aus in 7.252 Ortsvereinen (S. 178). Zu den Einnahmen und Ausgaben 1952/53 S. 186f. – Die zitierten Zahlen beziehen sich auf 1951.

Alle Mitglieder des Parteivorstandes der SPD – Sie kennen sein Haus ja –, ich weiß nicht, wieviel es augenblicklich sind, es waren neun¹⁰³, sind fest und gut besoldet. Es gibt keine Partei, die ihre Mitglieder in einer solchen Weise mit Material versorgt, wie die Sozialdemokratische Partei das tut. Hier ist ein großes Arbeitsfeld für uns.

Es heißt weiter:

„Die Mitglieder des DGB-Vorstandes sind überwiegend Sozialdemokraten.“

Das wissen wir.

„Auf dem Wege über das Mitbestimmungsrecht bei Kohle, Eisen“

– ich habe in Aussicht genommen, Ihnen einen Abdruck dieses sehr guten Artikels zu übermitteln –

„und Stahl wurde über die gewerkschaftlichen Arbeitsdirektoren, sie beziehen durchschnittlich ein Monatsgehalt von DM 2.000,- bis DM 2.500,-,“

– das ist zu gering, sie bekommen die Spesen und die Wohnungsgelder dazu –

„und Aufsichtsratsbeteiligungen eine Parität zwischen Gewerkschaften und Unternehmern hergestellt. Die Mehrzahl der Delegierten gehört der SPD an.“

Man kann sogar sagen, die überwiegende Mehrzahl der SPD.

„In ähnlicher Weise werden auch die unteren, regionalen Führungsstellen des Deutschen Gewerkschaftsbundes überwiegend von Angehörigen der SPD kontrolliert.

Neben dieser beherrschenden Stellung innerhalb der gewerkschaftlichen Organisation besitzt die SPD personalpolitische Schlüsselpositionen und damit einen Kontrollbereich auch in den gewerkschaftseigenen oder gewerkschaftsnahen wirtschaftlichen Gebieten. Dafür einige Belege:

Den Zentralverband deutscher Konsumgenossenschaften und die Groß-Einkaufsgenossenschaft (GEG) leitet als Vorsitzender das führende SPD-Mitglied Dahrendorf¹⁰⁴ (Düsseldorf). Das führende Betriebspersonal dieser Unternehmen gehört nahezu ausnahmslos der SPD an. Die Banken für Gemeinwirtschaft werden überwiegend von SPD-Mitgliedern geleitet, ebenso der Gesamtverband gemeinnütziger Wohnungsunternehmungen sowie der Hauptausschuß der Arbeiterwohlfahrt.

Einen ähnlich beherrschenden personalpolitischen Einfluß übt die deutsche Sozialdemokratie in namhaften politischen und sozialpolitischen Behörden, Instanzen und öffentlichen Einrichtungen aus: Im Bundesrat, der Länderkammer, hat sie über die sozialistischen Landesregierungen nahezu die Parität mit den Bonner Koalitionsparteien. In den neun Bundesländern sind sechs Wirtschafts- und Innenministerposten

103 Der SPD-Vorstand setzte sich wie folgt zusammen: Erich Ollenhauer (Vorsitzender), Wilhelm Mellies (stv. Vorsitzender), Alfred Nau, Herta Gotthelf, Max Kukil, Fritz Heine, Willi Eichler; dazu kamen 23 unbesoldete Mitglieder (vgl. AdG 1953 S. 3671; SPD-Jahrbuch 1952/53 S. 168).

104 Gustav Dahrendorf (1901–1954), 1924–1933 Redakteur am „Hamburger Echo“; 1932–1933 MdR (SPD), 1947–1949 1. Vizepräsident des Frankfurter Wirtschaftsrats, 1949 Vorsitzender der Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumgenossenschaften (GEG) und seit 1951 des Zentralverbands deutscher Konsumgenossenschaften.

in der Hand der SPD, in vier Ländern stellt sie den Regierungschef.¹⁰⁵ Über die Länderregierungen hat sie einen Großteil der Präsidenten der Landeszentralbanken bestellt.

In der Organisation der „Allgemeinen Ortskrankenkasse“ wurden die Präsidenten der Landesarbeitsämter mit geringen Ausnahmen mit SPD-Mitgliedern besetzt. Das maßgebliche Personal dieses Apparates gehört überwiegend der SPD an.

Den Vorsitz in der Arbeitsgemeinschaft kommunaler Spitzenverbände beim Deutschen Städtetag hat der Berliner SPD-Bürgermeister Professor Reuter¹⁰⁶, die Geschäftsführung der Sozialdemokrat Oberbürgermeister a.D. Ziebill¹⁰⁷ inne. Den Vorsitz im Verband der deutschen Gas- und Wasserwerke führt als Generaldirektor das SPD-Mitglied Kaun¹⁰⁸ (Stuttgart). Ebenso verhält es sich beim Vorsitz im „Deutschen Frauenring“ – Dachorganisation aller Frauenorganisationen –, beim Vorsitz der Dachorganisation der westdeutschen Jugendverbände, „Deutscher Jugendring“. Beim Radio wird der Nordwestdeutsche Rundfunk, der 50 Prozent der westdeutschen Hörer erfaßt, vom prominenten SPD-Mitglied Generaldirektor Grimme¹⁰⁹, der Hessische Rundfunk vom SPD-Mitglied Intendant Beckmann¹¹⁰, der Süddeutsche Rundfunk Stuttgart vom SPD-Mitglied Intendant Eberhard¹¹¹ geleitet.

Die einzige und derzeit größte Wochenschau, Neue deutsche Wochenschau, wird vom SPD-Mitglied Kuntze-Just¹¹² geleitet. Auf dem Gebiet des Films sind zwei große Hamburger Filmgesellschaften und eine Göttinger Filmgesellschaft in eine sozialdemokratisch kontrollierte Auffanggesellschaft eingebracht worden. Der dazu benötigte Kapitaleaufwand von 30 Millionen DM wurde durch eine Gemeinschaftsaktion der sozialdemokratisch geführten Landeszentralbanken Hamburg und Niedersachsen und Gemeinschaftsbanken Hamburg und Hannover sichergestellt. Damit ist zugleich ein maßgeblicher Einfluß der SPD im Filmwesen eingeleitet worden.

105 Die SPD stellte die Ministerpräsidenten in Bremen, Hamburg, Hessen, Niedersachsen. – In Baden-Württemberg, Bayern, Bremen, Hessen und Niedersachsen stellte die SPD den Innenminister (in Hamburg war das Innenressort auf mehrere Senatsämter aufgeteilt), in Baden-Württemberg, Bremen, Hamburg und Hessen auch den Wirtschaftsminister.

106 Ernst Reuter (1889–1953), 1950–1953 Regierender Bürgermeister von Berlin (SPD). Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 2 Anm. 11.

107 Otto Ziebill (1896–1978), 1948–1951 Oberbürgermeister von Nürnberg. 1951–1963 geschäftsführendes Präsidialmitglied des Deutschen Städtetags und geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Städtetags NW.

108 Dr. Heinrich Kaun (1902–1979), 1945–1968 Generaldirektor der Technischen Werke der Stadt Stuttgart.

109 Adolf Grimme (1889–1963), 1930–1933 preußischer Kultusminister (SPD), 1946 Kultusminister des Landes Hannover bzw. von Niedersachsen, seit 8. September 1948 (bis 1956) Generaldirektor des NWDR.

110 Eberhard Beckmann (1905–1962), 1948–1962 Intendant des Hessischen Rundfunks.

111 Fritz Eberhard (1896–1982), 1938–1945 Exil in England, 1946–1949 MdL (SPD) Württemberg-Baden, 1948 MdPR, 1949–1958 Intendant des Süddeutschen Rundfunks.

112 Heinz Kuntze-Just (geb. 1913), 1949–1953 Chefredakteur und Geschäftsführer Neue Deutsche Wochenschau, ab 1952 auch Chefredakteur der Wochenschau „Welt im Bild“.

Das Parteiwesen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands umfaßt zwei zentrale Pressedienste, 22 SPD-Zeitungen mit 1,3 Millionen Tagesauflage und 13 der SPD nahestehende Zeitungen mit 1,2 Millionen Auflage. Die Parteipresse der bisherigen Bonner Koalition hat demgegenüber eine Tagesauflage von 1,3 Millionen. Neutrale und sog. Heimatzeitungen verzeichnen rd. 7,4 Millionen Auflage.“

Dann kommt noch etwas über den Parteiapparat und seine Organisation, was nicht so interessiert. Ich bitte Sie, hieraus zu ersehen, daß der Kampf gegen die Machtpositionen der SPD in den kommenden vier Jahren auch in allen diesen Stellungen, die absolut politisch sind, sehr schwer sein wird. Aber er muß sehr intensiv durchgeführt werden. (*Lebhafte Zurufe*: Sehr richtig!) Ich nehme an, daß diese Zusammenstellung hier richtig ist. Sie hat mich außerordentlich interessiert. Ich habe noch in keiner deutschen Zeitung etwas Derartiges gelesen. Daraus ergibt sich, daß in der Zeit von 1945/46 ab die SPD mit Hilfe der damaligen amerikanischen und englischen Besatzung ein großes Feld erobert hat, das zurückzugewinnen oder jedenfalls paritätisch zu gestalten, für uns eine große und schwere Aufgabe während der nächsten vier Jahre sein wird.

Strauß: Ich darf mir erlauben, an das anzuschließen, womit Sie aufgehört haben. In allen sogenannten bürgerlichen Parteien mit einigen erfreulichen Ausnahmen muß im Durchschnitt ein *nostra culpa* gesprochen werden. Ich bitte Sie, das nicht persönlich zu verstehen. Die Sozialdemokraten haben eine fabelhafte Fähigkeit, Personalpolitik zu machen, vom Hausmeister und vom Kanzleisekretär angefangen – das haben Sie im Bundeskanzleramt, mehr als Ihnen lieb war, ja erlebt¹¹³ –, bis hinauf zu den höchsten Stellen. Das Parteibuch ist hierbei ein Erfordernis allerersten Ranges. Das wird bei der SPD durchgeführt, und zwar von unten nach oben. Ich glaube, daß Herr Schuberth¹¹⁴ einige Erfahrungen auf diesem Gebiet gesammelt hat.

Wir müssen, um den Erfordernissen gerecht zu werden, die Sie hier vorgetragen haben, in Zukunft die Personalpolitik ganz großschreiben, (*Zurufe*: Sehr richtig!) ohne hierbei den Grundsatz zu verlassen, keinen Parteibuchinhaber einzustellen, der gegen die Richtlinien usw. verstößt; aber wir haben bei uns leider immer wieder die übertriebene Vorsicht, einen Parteifreund nicht zu fördern, damit wir nicht in die Gefahr kommen, man könnte dem Verdacht der Protektion eines Parteifreundes ausgesetzt werden. Ja, es gehört geradezu zum Gesellschaftsspiel der CDU/CSU, durch Begünstigung von Parteigegnern sich den Anschein der Objektivität und der Neutralität möglichst umfangreich zu geben. Mit dieser übertriebenen Vorsicht müssen wir endlich grundlegend aufhören! (*Lebhafte Zustimmung und Zurufe*: Sehr richtig!) Die SPD hat nur eine Unterbrechung erlitten. Wir dürfen unseren Erfolg, so erfreulich

113 Von 1949 bis zu seiner Verhaftung am 25. September 1951 hatte ein Amtsbote im Bundeskanzleramt Dokumente entwendet, die der SPD und der französischen und amerikanischen Besatzungsmacht zugespielt bzw. angeboten worden waren (weitere Details in KABINETTSPROTOKOLLE 3 S. 671f.).

114 Hans Schuberth (1897–1976), 1949–1953 Bundespostminister, 1953–1957 MdB (CSU).

er ist, nicht überschätzen. Wir dürfen auch nicht in Pessimismus verfallen, aber die SPD hat eine todsichere Rechnung angestellt und dafür gesorgt, daß jeder von ihnen in die Stellen hineinkommt. So haben wir die Unterwanderung sämtlicher Stellen gehabt, von der Putzfrau angefangen bis hinauf zum Ministerialdirektor. Die SPD hat sich ausgerechnet, daß ihr so der Weg nicht verbaut werden kann.

Jetzt ist aber der Donnerschlag gegen das eingetreten, was sie mit Hilfe der Amerikaner und der Engländer vom Jahre 1945 ab bis heute erreicht hat. Wir müssen also von unserer Möglichkeit in den kommenden vier Jahren rücksichtslos Gebrauch machen! (*Zurufe*: Sehr richtig!) Ich glaube, daß die Verlesung des Artikels zu dieser Notwendigkeit wirklich beigetragen hat.

Nun zur politischen Haltung gegenüber der SPD. Sie schreiben und sprechen jetzt davon, daß ausgerechnet die SPD die einzige Hüterin der Demokratie sei. Auch ihr Geschrei, sie sei die Hüterin der deutschen Einheit, darf nicht allzu tragisch genommen werden; denn die SPD hat keine große Glaubwürdigkeit. Gegenüber der SPD können wir nunmehr ruhig und getrost unser wirtschaftliches und soziales Programm nach unserer Konzeption durchsetzen, d.h. aber, daß wir eine Konzeption dafür haben müssen.

Für das wesentlichste Erfordernis, um uns in einer angemessenen Stärke zu behaupten, halte ich, in absehbarer Zeit ein klares Sozialprogramm auszuarbeiten, das in verschiedenen Punkten geradezu in einem diametralen Gegensatz zu dem der SPD steht, z.B. in der Frage des Wohnungsbaues, in der Frage der Familienausgleichskassen, des Miteigentums der Arbeiter usw.

Wir haben in diesem Wahlkampf erlebt, daß die Frage Mitbestimmungsrecht – ich bitte Sie, den harten Ausdruck zu entschuldigen – keinen alten Hund mehr hinter dem Ofen hervorlockt. Die Arbeiter, vor allem in den Bergwerken, haben sich zum Mitbestimmungsrecht so verhalten: Wir wollen den Anteil am Sozialprodukt, d.h. vulgär ausgedrückt, wir wollen am Freitag unser Pulver haben. Dieser Entwurf über das Mitbestimmungsrecht¹¹⁵ hat sich als eine – Gott sei Dank – Seifenblase erwiesen.

Uns haben Millionen von Angestellten und Arbeitern gewählt. Nun brauchen wir ein klares Sozialprogramm. (*Zurufe*: Sehr richtig!) Wir müssen der SPD die Meinung nehmen, die nächsten vier Jahre sich als die Vertretung des kleinen Mannes gegen den Besitz zu betrachten. Wir müssen uns zweitens um einen Stand, der vielleicht zum Teil mit Recht, zum Teil mit Unrecht behauptet, vernachlässigt zu sein, kümmern, nämlich um den kleineren Mittelstand. Die SPD hat in den letzten Monaten sehr stark versucht, in den Bereich des Mittelstandes einzudringen mit der Erklärung: Die CDU, die die Millionen des Großkapitals unterstützt, hat euch im Stich gelassen und eure Interessen preisgegeben. Die SPD wird diese Tendenz in den kommenden vier Jahren in verstärktem Maße fortsetzen.

115 Vermutlich sind SPD-Forderungen im Wahlkampf zur Sozialisierung der Grundstoffindustrien gemeint (vgl. UiD vom 2. September 1953). Ein Mitbestimmungsentwurf wurde nicht ermittelt.

Darum müssen wir rechtzeitig eine klare Mittelstandspolitik betreiben und dieser Schicht, die in den letzten Jahren vielleicht zwangsläufig wegen der Notwendigkeit, die Industrie auf die Beine zu stellen, etwas in den Hintergrund getreten ist, etwas entgegenkommen.

In der Außenpolitik werden die meisten Sympathien in der Öffentlichkeit dadurch erweckt, wenn wir von unserer bisherigen Konzeption keinen Millimeter abweichen, aber trotzdem bei jeder sich bietenden Gelegenheit so auffällig wie möglich der SPD Gelegenheit zur Mitarbeit und Mitverantwortung geben. Ich hielte es für falsch, wenn wir jetzt sagten, die SPD hat sich dem Neutralismus verschrieben, jetzt drücken wir sie außenpolitisch an die Wand. Wir müssen noch stärker als bisher die SPD einladen und auffordern, die Mitverantwortung in der Außenpolitik zu übernehmen und mitzuarbeiten. Wenn dann die SPD den alten Kurs fortsetzen sollte, wird sie sich in noch größerem Umfange als bisher ins Unrecht setzen.

Die Leute in der Öffentlichkeit wollen diese ewige Neinsagerei nicht, auch nicht die Wähler der SPD. Das haben wir bei den Wahlen gesehen. Es ist das Paradoxeste, was ich kennengelernt habe, daß manche Leute mit ihrer ersten Stimme die CDU und mit ihrer zweiten Stimme die SPD gewählt haben. Die SPD soll mitarbeiten und mit die Verantwortung tragen. Sie muß sich entscheiden, ob sie stur und steril in einen Kurs hineingeht, der sie noch mehr Stimmen kostet als bisher, oder ob sie mitmacht, um eine breite Basis, die wir für das Ausland brauchen, zu erreichen.

Die SPD wird erst in einigen Monaten in eine Belastungsprobe hineinkommen. Es wird vielleicht ein radikaler Kurs einsetzen; es gibt aber auch vernünftige Leute, die stark unter der bisherigen Führung gelitten haben – Ollenhauer ist eine Zwitterfigur, er weiß nicht, was er will – und eine Mäßigung wie etwa die Labour Party erreichen wollen. Ich halte es für möglich, daß die SPD sich spaltet, oder aber sie wird ihr Profil und ihre Struktur ändern müssen.

Zum DGB möchte ich mich nicht äußern. Ich glaube, daß gerade unsere Arbeitnehmervertreter in der Fraktion und Partei es nicht wollen, daß hier andere Stimmen ihnen dreinreden oder Vorschriften machen. Ich glaube, daß sowohl Ministerpräsident Arnold¹¹⁶ wie Minister Kaiser dem Gewerkschaftsbund noch eine letzte Chance geben wollen, echte parteipolitische Neutralität zu beweisen, daß sie aber dann, wenn er das demonstrativ nicht tut, durch praktische Maßnahmen in absehbarer Zeit die Konsequenzen ziehen werden. Ich kann mir vorstellen, daß unsere Kollegen aus den Arbeitnehmerkreisen nicht haben wollen, daß ihnen von außerhalb dreingeredet wird. Das ist eine Angelegenheit, die in erster Linie ihr Kreis aushandeln muß, die aber sorgfältig vorbereitet werden muß. Ein sofortiger Aufruf zur Gründung Christlicher Gewerkschaften würde m.E. einen Fehlschlag bedeuten, weil sie nicht genug Leute

116 Karl Arnold (1901–1958), 1946–1958 MdL und 1947–1956 Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen (CDU). Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 3 Anm. 14. – Am 7. September hatten Arnold und Kaiser das Verhältnis der Union zum DGB besprochen (vgl. UiD 10. September 1953).

hinter sich haben, wie ich überhaupt das Wort Christliche Gewerkschaft für falsch halte. Es müßte eine andere Gegenüberstellung erfolgen.

Zusammenfassend soll also nach meiner Meinung unsere Haltung gegenüber der SPD so aussehen: Fortsetzung unserer bisherigen Wirtschaftspolitik ohne den geringsten Kompromiß einschließlich unserer europäischen Wirtschaftspläne. Sozialpolitisch müssen wir die SPD als phantasielos übertrumpfen und ihr zeigen, daß sie in sterilen und unproduktiven Formen erstarrt ist. Wir müssen etwas Neues bieten, was uns die Grundlage zu einer neuen Gesellschaftsordnung gibt.

Kiesinger sagte, daß eine ausstrahlende Kraft von uns ausgehen kann. Wir hatten einige Ideen im Laufe der letzten Jahre aufgegriffen. Wir konnten sie bisher nicht durchsetzen, weil wir nicht die Mehrheit gehabt haben. Hier müssen wir notfalls gegen die FDP in einer Koalition unseren Willen durchsetzen. Darum, glaube ich, ist es nicht ganz richtig zu sagen, wir brauchen die FDP und die DP deshalb in der Koalition, weil Teile von uns anderer Meinung sind, und deshalb ist die Mehrheit sicherer mit der FDP und der DP.

Wir müssen uns in erster Linie auf uns selbst verlassen können – plus den vier Zentrumsleuten¹¹⁷ – und einen geschlossenen, eisernen Block darstellen, sonst geben wir – wenn ich die Möglichkeit einräume, daß Sie anderer Meinung sind – der FDP und der DP den Beweis ihrer Unentbehrlichkeit. Damit verscherzen wir unsere eigene Position.

Wir müssen also die SPD zur außenpolitischen Arbeit einladen. Macht sie nicht mit, setzt sie sich noch mehr als bisher ins Unrecht. Macht sie mit, dann haben wir ein großes staatspolitisches Ziel erreicht.

Adenauer: Lassen Sie mich auf einige Ausführungen des Herrn Strauß antworten. Ich bleibe dabei, daß man mit 244 Leuten einfach nicht regieren kann. (*Strauß:* Das habe ich nicht gesagt!) Sie haben gesagt, Sie hielten es nicht für richtig, von vornherein die Möglichkeit einzuräumen, daß wir kein geschlossener Block seien; denn der geschlossene Block könne das machen. (*Strauß:* Nicht genauso gesagt! *Kaiser:* Er meint es nur in der Grundhaltung. – *Zuruf:* Er meint die anderen! – *Unruhe.* – *Zuruf:* Es war nicht ganz klar!) Bitte meine Herren! Ich werde selbstverständlich nicht den Freien Demokraten sagen, wir haben zwei Flügel, deswegen müßt ihr hineinkommen. [Für] so klug halten Sie mich doch auch, Herr Strauß! Aber wir müssen die Dinge real sehen und wie sie für uns sind. Wir haben in den letzten Jahren mehr als einmal erlebt, daß aus der Fraktion welche hinausgingen und anders stimmten als das Gros der Fraktion. Man soll sich also kein X für ein U vormachen. Es kommt eine neue Fraktion, davon sind 99 Leute neu, und die haben ihre eigene Meinung. Mir wurde gesagt, daß einige tüchtige Leute dabei sind, die aber eine sehr eigene Meinung haben. Der Vorstand der Fraktion wird noch eine gute Arbeit zu leisten haben.

Ich möchte noch folgendes richtigstellen, was Herr Strauß gesagt hat. Die DGB-Angelegenheit ist keine Angelegenheit allein unserer Leute, die den Gewerkschaften

117 Vgl. oben Anm. 99.

nahestehen. (*Zuruf*: In erster Linie!) Auch nicht in erster Linie. Wie die Dinge geworden sind, ist es eine staatspolitische Angelegenheit allerersten Ranges. Daß unsere Leute, die den Gewerkschaften nahestehen, darin in erster Linie die Verhandlungsleute sein müssen, ist ganz klar, aber wir müssen uns mit dieser Frage hier auch in diesem Gremium beschäftigen, und zwar aus dem Grund, den ich eben angeführt habe, und aus einem weiteren Grund.

Unsere Leute müssen doch dem DGB auch sagen: Wir stehen nicht allein mit dieser Ansicht da, sondern unsere ganze große Partei steht dahinter, genauso wie die sagen, die SPD steht hinter uns. Deswegen müssen wir versuchen, gerade in der DGB-Frage uns klarzuwerden und darüber zu sprechen.

Ich wiederhole nochmals, was ich eben andeutungsweise gesagt habe. Ich will es ausführlicher sagen. Ich habe wochenlang die größte Angst und die größte Sorge gehabt wegen des DGB, weil ich weiß, daß er einen Generalstabsplan für einen Generalstreik hatte. Nun stellen Sie sich die Situation vor, wenn wir nicht so gesiegt hätten, daß dieser Plan voraussichtlich in Nichts zerfließt, sondern nur einen kleinen Sieg errungen hätten, dann wäre uns präsentiert worden ein Generalstreik, der in allen Einzelheiten, Herr Strauß, ausgearbeitet war, und zwar generalstabsplanmäßig. Das ist eine Frage, die geht über die unmittelbar den Gewerkschaften nahestehenden Parteifreunde weit hinaus. Sie betrifft das allgemeine Wohl des Staates, für das wir in erster Linie verantwortlich sind.

Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn wir auch über die DGB-Frage und über die Gewerkschaften überhaupt in aller Offenheit miteinander sprächen.

Lenz: Ich teile nicht die Auffassung von Herrn Arndgen, daß kein Einbruch in die Arbeiterschaft erzielt worden sei ... (*Arndgen*: Das habe ich gar nicht gesagt! *Unruhe und Widerspruch*. Ich habe nur gesagt, die SPD hat zugenommen.) Ich habe Sie schon verstanden, daß sie [!] der SPD zugute gekommen sind.

Ich stelle immer mehr fest, daß in der Arbeiterschaft eine sehr starke Abneigung gegen den Funktionärs- und Organisationsdirigismus vorhanden ist, den gerade der DGB aufgezogen hat. Immerhin ist es so, daß die SPD heute noch knapp ein Drittel hat. Die Hauptursache dafür ist der DGB; denn der DGB ist das Fundament der SPD. Dadurch, daß der DGB auf den Arbeitsstellen immer wieder mit seinen großen Mitteln eine ganz systematische Schulung der Arbeiter im marxistischen Sinne betreibt, gelingt es der SPD, ihre Stellung und Stärke zu halten. Wenn es uns nicht gelingt, die uns nahestehenden Arbeiter in unserem Sinne auf breitester Basis zu schulen, dann werden der DGB und die SPD immer nach oben zielen können.

Das ist eine der entscheidendsten Fragen der nächsten vier Jahre, nämlich in der Arbeiterschaft eine große Aufgeschlossenheit und Entschlossenheit für ein neues sozialpolitisches Programm zu schaffen, was sich von dem alten marxistischen Programm, dem der DGB heute nachhängt, unterscheidet.

Die zweite Frage betrifft den Rundfunk. Im Rundfunk ist es so, daß er heute absolut von Linkssozialisten besetzt ist. Das haben die Amerikaner und die Engländer fertiggebracht. Wenn unsere eigenen Länder nicht helfen, auf dem Gebiet des

Rundfunks zu einer Reform zu kommen, dann scheitern wir wieder am Bundesrat. (*Adenauer*: Bei einer Zweidrittelmehrheit nicht!) Herr Bundeskanzler, aber unsere eigenen Länder haben uns große Schwierigkeiten gemacht, z.B. beim NWDR. Wir müssen uns darüber deutlich unterhalten. Unsere Leute werden es kaum fertigbringen, einen Einbruch zu erzielen. Ich wollte nur darauf hinweisen.

Adenauer: SPD und DGB hängen so eng zusammen, daß wir die beiden Fragen in der Diskussion gemeinsam behandeln können. Sind Sie damit einverstanden?

Kaiser: Nach den Ausführungen des Kanzlers über das gewerkschaftliche Problem brauche ich nicht viele Worte hinzuzufügen. Wesentlich wäre es zu wissen, ob in der Frage Spaltung oder Einheit der Gewerkschaft in den Reihen hier Meinungsverschiedenheiten bestehen. Wenn sie bestehen sollten, dann würde ich bitten, daß sie klar zum Ausdruck gebracht werden. Ich bin dankbar dafür, daß der Kanzler in dieser wichtigen Frage genauso denkt wie ich und meine engeren Freunde.

Wir haben aus wohlüberlegten Gründen und aus der ganzen Summe der Erfahrungen in der Weimarer Zeit geholfen, während der Hitlerzeit zusammen mit hervorragenden Persönlichkeiten der früheren Freien Gewerkschaften die Einheitsgewerkschaft zu schaffen. Es ist nicht so, daß die Einheit nur durch den Willen der amerikanischen und englischen Besatzung erwirkt worden wäre, sondern es war auch der Ausfluß einer Summe von Erfahrungen, die wir in der früheren Zeit gesammelt haben.

Ich will damit sagen, für unser Erkennen ist die Einheit der Gewerkschaften das höhere Ziel. Aber wir sind in dieser Sache an einem entscheidenden Punkt angelangt. So, wie das geworden ist nach 1945 bis heute, kann und darf und wird es nicht bleiben! (*Zurufe*: Sehr richtig!) Das haben wir in letzter Klarheit zum Ausdruck gebracht. Die Auseinandersetzung zwischen uns und dem DGB ist in vollem Gange. Störend ist im Augenblick nur, daß in unseren eigenen Reihen, im Kreise meiner engeren Freunde, die Meinung etwas auseinandergeht. Ich bin darüber traurig; es spielen menschliche Erwägungen hierbei eine Rolle. Ich hoffe, daß wir übereinkommen werden, in geschlossener Meinung die Sache zum Austrag zu bringen. Ich kann nur der Diktion, wie sie der Kanzler vorgetragen hat, folgen. Wir haben in der Kabinettsitzung über diese Frage gesprochen.¹¹⁸

Die Gewerkschaften müssen aus der Verkrampfung herausgehoben werden. Es kann und darf nicht sein, daß sie in der sachlichen Politik und in der personellen Führung einen Weg gehen, den wir einfach nicht mitgehen können und auch nicht mitgehen werden. Aber die Krise ist da. Sie kann nur so bereinigt werden, daß die Gewerkschaften auch unserer Auffassung über die personelle Führung und die gewerkschaftliche Politik und unserem staatspolitischen Wollen Raum geben. Wenn das nicht erreicht werden sollte, gibt es nur den Bruch. Das darf aber nicht unüberlegt geschehen. Ich habe Strauß sehr gut verstanden, wenn er gesagt hat, es geht die Arbeiterfreunde in erster Linie an. Das ist vollkommen richtig. Aber der Kanzler hat auch recht, daß es eine eminent staatspolitische Angelegenheit ist.

118 Zur Sitzung vom 8. September 1953 vgl. LENZ S. 692–695.

Wir erkennen die Einheit als das höhere Ziel an. Das ist aber kein unbedingtes Ziel, sondern es kann nur gelingen, wenn unser Denken in der Führung und in der sachlichen Haltung der Gewerkschaften gegenüber der Wirtschaft und dem Staat Raum findet. Der bisherige Zustand, wie die Gewerkschaften geführt werden, abgesehen von dem armen Matthias Föcher¹¹⁹, (*Widerspruch und Zuruf*: Arm im Geiste!) – ich habe es vielleicht genauso gemeint, wie Sie das empfinden, – ist eine Unmöglichkeit, insbesondere, daß die 16 Industrieverbände der Reihe nach von Sozialdemokraten geführt werden.

Wir kommen am Samstag mit den Sozialausschüssen zusammen.¹²⁰ Wir werden in ganz klarer Formulierung unsere Forderungen stellen. Ich möchte der Überzeugung sein, daß man bereit sein wird, mit uns zu sprechen, und daß wir zum Ziele kommen werden, nämlich parteipolitische Neutralität und Konzentration auf die wesentlichen Aufgaben der Gewerkschaften zu erreichen.

Ich habe in der Kabinettsitzung kein Hehl daraus gemacht und wage es hier auszusprechen: Die Gewerkschaften von heute sind unsagbar schlecht geführt. Sie waren früher in ihrer geistigen Gesamtentwicklung viel weiter, wie dies heute der Fall ist. (*Zuruf*: Weil Konkurrenz da war!) Das gilt für unsere Gruppe, in der der Geist von Stegerwald¹²¹ wirkte, und das gilt für die Freien Gewerkschaften. Die Gewerkschaften müssen sein ein verpflichtetes Organ der Wirtschaft und der Volkswirtschaft unseres Volkes im positiven Sinne. Der Kanzler hat bei der Debatte gesagt, es muß demokratisch verfahren werden. Ich habe gesagt, wir müssen sie zur Toleranz bringen; sie müssen unsere Auffassung, unseren Geist und unsere Haltung ebenfalls achten. Geist von unserem Geist muß überspringen auf die anderen. Es muß eine Überwindung der marxistischen Haltung stattfinden. Das wird nicht nur für unser Volk, sondern auch für die europäische Weiterentwicklung von Bedeutung sein.

Wenn wir in diesem Sinne übereinstimmen, dann bin ich der Zuversicht, daß wir die Sache meistern werden.

Adenauer: Darf ich noch etwas sagen. Lassen wir das Wort „marxistisch“ jetzt beiseite. Ich bin überzeugt davon 1. würde Karl Marx, wenn er jetzt auf die Welt käme, niemals so etwas schreiben, was er geschrieben hat, und 2. glaubt kein Mensch mehr an Karl Marx. Es handelt sich um ein einfaches Machtstreben und um nichts anderes. Bei unseren Leuten ist es die ernste Sorge um die Hebung der Arbeitnehmerklasse. Das

119 Matthias Föcher (1886–1967), 1945 CDU, 1947–1956 stv. Vorsitzender des DGB (zunächst für die britische Besatzungszone und ab 1949 für das Bundesgebiet). Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 161 Anm. 10.

120 Der Vorstand der Landesausschüsse der CDA tagte am 12. September in Düsseldorf. Thema war die parteipolitische Unabhängigkeit der Gewerkschaften (Bericht in UiD 16. September 1953).

121 Adam Stegerwald (1874–1945), 1919–1933 MdR (Zentrum), 1919–1921 preußischer Minister für Volkswohlfahrt, 1921 preußischer Ministerpräsident, 1929–1930 Reichsverkehrsminister, 1930–1932 Reichsarbeitsminister, 1945 Regierungspräsident von Mainfranken, Mitgründer der CSU. Vgl. Rudolf MORSEY in FRÄNKISCHE LEBENSBIlder 8 (1978) S. 284–301.

gebe ich ohne weiteres zu. Aber bei den führenden Leuten ist es doch ein einfaches Machtstreben.

Einer der Hauptleute ist der Herr Agartz¹²². Herr Agartz hat einen Sohn, der in Leipzig wohnt. Und Agartz Vater und Agartz Sohn treffen sich regelmäßig und tauschen sich aus. Ob die da nur sprechen über die Gesundheit und nur des Sohnes und des Vaters wegen, lasse ich dahingestellt. Tatsache ist, daß sie sich regelmäßig – wie mir gesagt wurde – alle 14 Tage in der Nähe des Eisernen Vorhanges treffen. Das spricht doch für jeden Kenner der Verhältnisse Bände.

Nun darf ich nochmals etwas sagen, Herr Kollege Kaiser. (*Zuruf*: Der arme Föcher! – *Unruhe*.) Der arme Föcher! Ich hoffe, daß dessen CDU-Partei sich seiner annimmt. (*Zuruf*: Er ist armselig!) Ja, armselig, aber selig ist er auch nicht! (*Lebhafte Heiterkeit*.) Herr Kaiser, ich bitte Sie, vor allem eins festzuhalten, auch damit unsere Freunde darauf achten können. Es handelt sich um eine Sache von eminent staatspolitischer Bedeutung. Im Deutschen Gewerkschaftsbund sind die Erklärungen eines Mannes wie Freitag vollständig diktatorische Gedanken und Bestrebungen. Dabei ist das um so toller, als Herr Freitag, nachdem er gewählt war, mit Herrn Föcher und Herrn Reuter¹²³ mir einen Antrittsbesuch machte, wobei Herr Reuter erklärte, wir teilen nicht die Ansicht des Herrn Fette¹²⁴, daß die Gewerkschaft über dem Staat steht, sondern die Gewerkschaft steht unter dem Staat. Herr Reuter ist nämlich der schlimmste. Ob der jemals mit seiner Hand gearbeitet hat, weiß ich nicht; das entzieht sich meiner Kenntnis.

Aber was das demokratische Prinzip angeht, so möchte ich nochmals folgendes betonen: Sie nennen es Toleranz. Das ist ein Teil der Demokratie. Ich gehe weiter. Ich halte es für unmöglich, daß überhaupt in der Gewerkschaft Mehrheitsbeschlüsse herbeigeführt werden in entscheidenden Fragen, die nicht in geheimer Abstimmung erfolgen. Ich glaube, darauf müßte man wirklich einen großen Wert legen. Dagegen kann kein Mensch etwas haben. Wer dagegen etwas sagt, der beweist doch, daß er Terror ausüben will durch öffentliche Abstimmung.

Unserer Arbeiterschaft geht es gut, und sie ist lange nicht mehr proletarisch; sie gehört wirklich zum Mittelstand. Ich bin überzeugt davon, daß wir die Sache schon in Ordnung bringen, wenn man diesen guten Kräften in der deutschen Arbeiterschaft Gelegenheit gibt, ihre Meinung auch durch den Stimmzettel innerhalb der Gewerkschaften zum Ausdruck zu bringen.

Bausch: Ich will auf drei Punkte hinweisen, die mir aufgefallen sind: In meiner Post sehe ich eines Tages eine Zeitung der Lehrer-Gewerkschaft, die für meine Tochter

122 Viktor Agartz (1897–1964), 1946/47 Leiter des Zentralamts für Wirtschaft der britischen Zone, 1947 Leiter des VAW des Vereinigten Wirtschaftsgebietes, 1948–1955 Mitgeschäftsführer des wirtschaftswissenschaftlichen Instituts des DGB, Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des Bundesfinanzministeriums.

123 Georg Reuter (1902–1969), 1949–1959 stv. Vorsitzender des DGB.

124 Christian Fette (1895–1971), 1951–1952 Vorsitzender des DGB. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 110 Anm. 8.

bestimmt ist. Dieses Blatt der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst ist eine einzige Hetze gegen unsere Auffassung; es ist für die Auffassung des Herrn Reinhold Maier und für die Auffassung der Sozialdemokraten. Auf meine Frage an meine Tochter, wie kommst du dazu, dieses Blatt zu lesen, sagte sie mir, ich muß Unterricht im Turnen erteilen, und da muß ich versichert sein. Wenn mir oder den Kindern etwas passiert, brauchen wir eine Haftpflichtversicherung. Dafür bezahle ich Beitrag und bekomme dann das Blatt. (*Weber*: Kann man anders machen!) Nun muß man sich vergegenwärtigen, daß die allermeisten Lehrer auf diesem Wege zu der Gewerkschaft gekommen sind, die nun ihren Mitgliedern diese „geistige“ Nahrung bietet. (*Weber*: Das ist nicht nötig!) Es ist nicht nötig, aber es ist doch so! Das ist die Wirklichkeit, mit der wir zu rechnen haben.

Nun weiß ich, daß unzählige Lehrer mit der Grundhaltung der Gewerkschaften und ihren Organen nicht das geringste zu tun haben. Aber sie bekommen alle 14 Tage dieses Blatt und werden dauernd unter Druck gesetzt und dem Terror ausgesetzt. Ich frage, ob das länger ertragen werden kann. (*Zurufe*: Nein!) Es ist in erster Linie eine Frage der Menschenführung, um die es sich hier handelt.

Zur Frage der Postgewerkschaft, Herr Minister Schubert, ist ein besonderes Wort zu sagen. Wir haben Beispiele dafür, daß gewisse Flugblätter, die durch Postwurfsendung hätten verteilt werden sollen, einfach nicht verteilt worden sind, weil die Postgewerkschaft sich geweigert hat, das zu tun. (*Schubert*: So ist es nicht!) Ein dritter Vorgang! In der Stadt Sindelfingen in meinem Wahlkreis¹²⁵ ist ein Automobilwerk mit 12.000 Arbeitern. Das war knallrot mit einer straff organisierten Arbeiterschaft der SPD. Wir haben dort bei der Wahl vom 6. September die Stimmen verdreifacht. Ich bin ganz sicher, daß wir dort einen starken Einbruch in der Arbeiterschaft erzielt haben, auch an anderen Orten. Sollen wir nun diese Arbeiter, die einfach den Wunsch haben, aus dem Ghetto des marxistischen Klassenkampfes herauszukommen, ohne Führung und Hilfe lassen? Das ist die Frage, vor die wir gestellt sind.

Wir haben jetzt eine echte Chance, den Arbeitern eine Hilfe zu geben. Wir haben eine echte Chance, der ganzen Entwicklung Raum zu geben, die sich angebahnt hat. Während bisher durch den Marxismus und durch den Liberalismus Hunderttausende von Gott weggingen, sich von jeder metaphysischen Bindung lossagten, geht jetzt der Trend in Richtung einer Bindung an Gott.

Diesen Leuten muß eine Hilfe gegeben werden, damit sie nicht dauernd unter diesem Terror leiden. Ich weiß, daß man die Gewerkschaftsfrage sehr behutsam anfassen muß, aber so wie es ist, kann es nicht bleiben. Das ist vollkommen ausgeschlossen.

Albers: Wir müssen ausgehen von der Tatsache, daß die Sozialdemokratie damit gerechnet hatte, die sechs Millionen Gewerkschafter würden sie wählen. Zu diesen sechs Millionen sollte aus jeder Gewerkschaftsfamilie noch ein Angehöriger hinzukommen. Dann hätten sie das, was sie wollten.

¹²⁵ Der Wahlkreis von Paul Bausch war Böblingen; die CDU stieg dort von 29,8 % im Jahr 1949 auf 44,9 % im Jahr 1953. In Sindelfingen ist die Firma Daimler-Benz angesiedelt.

Wir müssen weiter davon ausgehen, daß die Gewerkschaften nicht erst jetzt, sondern schon bei früheren Gelegenheiten Partei-Gewerkschaften geworden sind. Was mir und den Freunden aus der früheren Christlichen Gewerkschaft in diesem Wahlkampf von den Gewerkschaften zugemutet wurde, das ist einfach unerträglich gewesen. Ich habe mir die Gewerkschaftspresse im Laufe von etwa drei Wochen angeschaut. Die Metallarbeiterzeitung war das größte Hetzorgan. Auch die anderen Organe der chemischen Industrie und von Druck und Papier haben unseren Leuten etwas zugemutet, was einfach nicht zu verantworten ist.

Ich sage Ihnen ganz offen, ich bin nicht mehr bereit, meinen Namen für Dinge herzugeben, von denen ich nicht weiß, daß sie irgendwie auch in unserem Sinne mitgestaltet werden können. (*Lebhafte Bravo-Rufe.*) Ich sage mit voller Überlegung und nach Beratungen mit Kaiser, Arnold, Arndgen und anderen Leuten: Ich werde mich nicht damit abfinden, daß jetzt der Deutsche Gewerkschaftsbund in seiner heutigen Nummer „Welt der Arbeit“ Stellung nimmt zu dem Wahlergebnis, wo gesagt wird:

„Das deutsche Volk hat sich in freier, geheimer Wahl einen neuen Bundestag gegeben. Es handelt sich hierbei um eine klare demokratische Entscheidung, die selbstverständlich uneingeschränkt von der größten und bedeutendsten demokratischen Organisation unseres Volkes, dem DGB, und den ihm angeschlossenen Gewerkschaften anerkannt und respektiert wird.“

Ja, meinen Sie denn, ich würde diesen Worten irgendwie Glauben schenken! Glauben Sie, daß die das Recht haben, über zehn Millionen Menschen zu sprechen? Ich behaupte, daß 50 % der deutschen Arbeiterschaft uns gewählt haben. Wir können das nachweisen aus dem Industriegebiet. Ich kann es in dem industriereichsten Wahlkreis im Kölner Raum, in Kalk¹²⁶, nachweisen, daß die Arbeiterschaft zu uns gekommen ist und uns gewählt hat.

Diese unsere Wähler verlangen von uns heute eine klare Stellungnahme zu all den Fragen. Das ist heute die Lage. Ich sage Ihnen folgendes: Wir haben vier Wochen vor der Wahl in Essen¹²⁷ unsere Meinung zu den ganzen Fragen klar und eindeutig festgelegt. Wenn die Gewerkschaften in den nächsten Wochen nicht den Nachweis einer effektiv anderen Haltung sowohl in personeller, in erzieherischer Haltung als auch in ihrem Schrifttum sowie der Berufung maßgeblicher Leute aus unseren Kreisen in die Führungsorgane der einzelnen Gewerkschaften erbringen, stehen wir – ich sage das ganz offen – vor einer anderen Entscheidung.

Ich habe mir die ganze Angelegenheit in den letzten Tagen überlegt. Was mir passiert ist in Kalk und Mülheim, das lasse ich mir zum zweiten Mal von den

126 Kalk gehörte zum Wahlkreis von Albers (Köln III). Die CDU errang 50,1 % der Erst- und 49,5 % der Zweitstimmen (SPD 36,5 bzw. 35,9 %).

127 Tagung des Hauptvorstands der Sozialausschüsse der CDU am 7. August. Die gefaßte EntschlieÙung richtet sich gegen den Wahlaufuf des DGB (Text in UiD vom 12. August 1953).

Gewerkschaften nicht bieten. Nachdem die Arbeiterschaft am letzten Sonntag in ein positives Verhältnis zu uns getreten ist, haben wir, Arnold, Kaiser und alle unsere Freunde im ganzen rheinisch-westfälischen Industriegebiet, eine große Aufgabe zu erfüllen. Diese Aufgabe müssen wir erfüllen.

Ich habe weiter die Tatsache festzustellen, daß man über die Gewerkschaften mit einem großen Propagandaapparat im Wahlkampf in einer raffinierten Form versucht hat, den Mann Albers, der auch Gewerkschafter ist und der in Köln auch etwas bedeutet, in den Arbeiterschichten madig zu machen. Das ist mir zum letzten Male passiert. Ich darf Ihnen das eine sagen, daß wir bei entscheidenden Fragen in der nächsten Zeit eine einmütige Meinung innerhalb unserer gesamten Freunde feststellen werden. Aber es darf nicht nur bei der Meinung bleiben, sondern es wird auch eines Tages Gesetz werden müssen.

Das schließt folgendes ein: Glauben Sie nicht, daß wir eine Politik betreiben dürfen, die in bezug auf die Klarheit unserer zielstrebigem Bemühungen zur Hebung der unteren Volksschichten irgendwie schwach werden darf. Wir haben eine Aufgabe zu übernehmen, wie sie nie größer war. Wenn sich jetzt auf unsere Partei und auf unsere Bundestagsfraktion Millionen Augen von Arbeitnehmern richten, dann erwarten sie auch etwas von uns, und zwar etwas Besonderes. Dann erwarten sie, daß wir frei werden von den Einflüssen der Interessenorganisationen.

Es ist notwendig, daß wir das in Hamburg festgelegte Programm¹²⁸ auch durchsetzen. Wenn wir das tun und einige Dinge organisatorischer Art zu klären wissen, dann haben wir für die nächste Wahl und auch für die Landtagswahlen immerhin etwas Positives aufzuweisen.

Arndgen: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Herr Bundeskanzler hat in den letzten Wochen vor der Wahl in der Sorge vor einem Generalstreik gelebt. Herr Bundeskanzler, diese Sorge hätten Sie nicht zu haben brauchen. Wir haben einige Wochen vor der Bundestagswahl Sozialwahlen¹²⁹ gehabt. Es sind die Vertreter zu den Sozialversicherungsträgern gewählt worden. Dabei hat sich gezeigt, daß trotz einer überlegenen Propagandamöglichkeit die Mitglieder der Gewerkschaften dem DGB nicht gefolgt sind. Ich glaube, wenn aus irgendeinem politischen Grund der DGB zu einem Generalstreik aufgefordert hätte, dann hätte er die Gefolgschaft der Leute nicht gefunden. Das hat die Wahl gezeigt.

Wenn ich den Kollegen Kaiser richtig verstanden habe, dann hätte er gern die Meinung dieses Gremiums darüber gehört, ob man primär die Einheit der Gewerkschaften beibehalten oder etwas anderes tun soll. Ich glaube, daß wir zu dieser Meinungsbildung nicht berechtigt und auch nicht in der Lage sind, weil unter den Menschen, die auch unserer jetzigen Bundestagsfraktion angehören, über diese Frage keine Einigkeit besteht. Zwischen der Erklärung, die die Kollegen Arnold und

128 Parteitag vom 18. bis 22. April 1953. – Druck: CDU, 4. Bundesparteitag S. 249–260; Die CDU und ihr Programm S. 47–60.

129 Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 573 Anm. 77.

Kaiser gestern herausgegeben haben, und der Erklärung, die von der KAB zugleich herausgegeben worden ist¹³⁰, sind doch Disharmonien vorhanden, die zunächst einmal geklärt werden müssen unter den Menschen, die direkt an diesen Dingen beteiligt sind.

Ich möchte daher darum bitten, noch keine Meinung darüber festzulegen, ehe nicht diese Besprechung stattgefunden hat. Ich bin der Meinung, daß zunächst die Beteiligten sich klarwerden sollen, wie taktiert werden soll. Ich bin jedoch gleichzeitig davon überzeugt, daß alles Verhandeln mit den DGB-Leuten nichts nutzt und daß man vielleicht vage Zusagen bekommt und es auch eine kurze Zeit gutgeht, aber sobald die Herrschaften spüren, daß sich die Dinge andersdrehen können, haben wir die gleiche Situation wieder wie früher.

Ich bin der Auffassung, daß wir zunächst einmal abwarten sollen, bis die KAB und die Sozialausschüsse einen Standpunkt erarbeitet haben. Erst dann kann dieses Gremium hier seine Meinung festlegen.

*Shubert*h: Ich möchte eine kurze Bemerkung zu der Frage der Gewerkschaften machen. Durch die falsch aufgezogenen Denazifizierungen haben die Engländer und Amerikaner unsere Beamten in die Gewerkschaft hineingepreßt, in die sie gar nicht hineingehören, und zwar von Standes wegen nicht.

Ich will Ihnen ein Zahlenbild nennen. Bei der Deutschen Post sind 330.000 Leute beschäftigt. Davon sind 150.000 Beamte. 100.000 Beamte sind in der Einheitsgewerkschaft und weitere 120.000 aus der Angestellten- und Arbeiterschaft. Diese Beamten – das sage ich mit allem Nachdruck – warten auf ein erlösendes Wort von uns. Wir werden in der nächsten Zeit dieses Wort zu sprechen haben. (*Zuruf*: Sehr richtig!)

Kiesinger: Ich will mir kein Urteil darüber erlauben, was Arndgen gesagt hat. Ich möchte mir Ihr Wort, Herr Bundeskanzler, man soll über den Marxismus nicht zuviel reden, zu eigen machen. Aber eines ist sicher, das Machtstreben dieser Leute bedient sich in den Kreisen der Arbeiterschaft nach wie vor der alten marxistischen Klassenkampfparolen: Die Armen werden noch ärmer und die Reichen noch reicher. Das hat sich nun – es ist erstaunlich – als unwirksam erwiesen, am stärksten in den Kreisen der jungen Arbeiter.

Ich weiß nicht, ob es vielen so wie mir gegangen ist. In der sozialdemokratischen Hochburg bei uns, wo die SPD um die Hälfte abgenommen hat, da haben wir die große Chance – es wird woanders auch so sein – und das Druckmittel in der Hand, auf die Dauer die Herren vom Gewerkschaftsbund zu zwingen, einen anderen Kurs einzuschlagen, wenn wir nämlich das tun, was Herr Lenz gesagt hat, daß wir uns in größerem Umfang als bisher mit dem Nachwuchs der Arbeiterschaft beschäftigen und unsere Gedanken in diese Reihen hineinragen. Dadurch kann außerordentlich viel erreicht werden.

130 Kaiser und Arnold hatten die Einberufung einer außerordentlichen DGB-Bundestagung gefordert und dafür eine Verhandlungskommission eingesetzt (vgl. Anm. 116; AdG 1953 S. 4158). Der stv. Vorsitzende der KAB, Johannes Even, hatte am 9. September in Köln die Gründung Christlicher Gewerkschaften angekündigt, wenn der DGB seine weltanschauliche Haltung nicht ändere (UiD vom 16. September 1953).

Süsterhenn¹³¹: Meine Damen und Herren! Der Herr Kaiser hat uns in Aussicht gestellt, daß die christliche Arbeiterschaft bzw. ihre Führer in den nächsten Tagen sehr deutliche Forderungen gegenüber dem DGB anmelden werden. Diese Forderungen werden wahrscheinlich folgende sein: religiöse und parteipolitische Neutralität, Unterordnung der Gewerkschaft unter den Staat. Herr Kaiser war sehr optimistisch und glaubte anzunehmen und uns vortragen zu dürfen, daß diese Forderungen akzeptiert würden. Das, was Herr Albers sagte, klang weniger optimistisch.

Die Forderungen werden, das ist auch meine Überzeugung, formell akzeptiert werden, aber ob diese Zusicherungen gehalten werden, das scheint mir bei der Mentalität dieser Führungskräfte, bei den sozialistischen Gewerkschaftern, außerordentlich zweifelhaft zu sein. Diese Führungskräfte sind zweifellos von diesem Machtstreben erfaßt, das der Herr Bundeskanzler eben herausgestellt hat.

Ich bin sogar davon überzeugt, Herr Kaiser, nach Ihrem scharfen Auftreten werden über diese deklamatorischen Zusicherungen hinaus vielleicht noch einige personelle Konzessionen gemacht werden an dieser oder jener Stelle in der Organisation, bei dieser oder jener Besetzung eines Sozialdirektoren- oder Aufsichtsratspostens. Auch da wird man zunächst etwas entgegenkommend sein.

Aber all das ist politisch vollkommen wertlos und kann in sechs Wochen oder spätestens in sechs Monaten längst überholt sein, wenn diese Zusicherungen nicht auch formell durch organisatorische Maßnahmen gesichert und für alle Zukunft stabilisiert werden. Diese Sicherung und Stabilisierung dieser Zusicherungen kann nur – darüber müssen wir uns klar sein – auf zwei Wegen erfolgen: entweder durch die Gründung einer eigenen, nennen wir sie christliche Gewerkschaftsbewegung oder aber durch die Verwirklichung der auch sonst schon in gleicher Weise erhobenen Forderung einer offiziellen und formellen christlichen Fraktionsbildung in allen Instanzen, Ausschüssen und Organisationsgremien des Deutschen Gewerkschaftsbundes, und zwar Fraktionen, die in allen der Gewerkschaft angehörigen Organisationen durch Urwahlen gebildet werden.

Nur wenn wir diesen Weg beschreiten, sind wir auch in der Lage, mit Hilfe dieser Fraktionen die Einhaltung der Zusicherungen zu garantieren und durchzusetzen, die uns voraussichtlich nach der Meinung des Herrn Kaiser in den nächsten Wochen vom DGB gegeben werden. Wenn wir uns aber nur mit platonischen Erklärungen abspeisen lassen, stehen wir in einigen Monaten oder in einem halben Jahr genauso wie bisher da. Diese Zusicherungen müssen auch zu der Änderung des gesamten organisatorischen Aufbaues des DGB führen, damit wir auch organisationsrechtlich und institutionell tatsächlich unsere christlichen Kräfte, die hinter uns stehen, in dieser Organisation zur Wirkung bringen können.

Dann scheint mir ein weiteres notwendig zu sein. Der Bundestag wird nach meinem Dafürhalten sich sehr ernsthaft überlegen müssen, ob es nicht an der Zeit ist, ein

131 Dr. Adolf Süsterhenn (1905–1974), 1947–1965 Mitglied des CDU-Landesvorstands Rheinland-Pfalz. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 49 Anm. 23.

Gewerkschaftsgesetz zu schaffen, (*Albers*: Dann müssen wir auch ein Parteiengesetz schaffen!) und zwar ein Gewerkschaftsgesetz unter folgenden Gesichtspunkten: Die Gewerkschaftsbeiträge, die von der Arbeitnehmerschaft gezahlt werden, sind zu einem Teil Beiträge zur Bestreitung der Organisationskosten, genau wie die Parteibeiträge das auch sind. Daneben sind in den Gewerkschaftsbeiträgen auch erhebliche Teile enthalten, die eine Art versicherungsrechtliche Anwartschaft für Unterstützungskassen, Versorgungskassen, Zusatzversicherung und was weiß ich noch darstellen. Ich glaube, daß zwischen diesen beiden Teilen der Gewerkschaftsbeiträge eine sehr scharfe Trennung erfolgen muß.

Wir haben uns in den vergangenen Jahrzehnten gegen das wilde Bausparkassenwesen, gegen die wilden Sterbeumlagekassen gewandt und alle diese Dinge unter gewisse versicherungsrechtliche Grundsätze gestellt und der Aufsicht des Reichsaufsichtsamtes für Privatversicherungswesen unterstellt. Wir müssen dazu kommen, daß die Gewerkschaftsmitglieder mit dem Beitragsteil, den sie für solche Unterstützungs- und Sterbekassen bezahlen, auch echte versicherungsrechtliche Ansprüche erwerben, damit sie, wie bei jeder Privatversicherung, notfalls in der Lage sind, wenn wir eines Tages gezwungen würden, unsere eigene Gewerkschaft zu errichten, diese versicherungsrechtlichen Ansprüche und Anwartschaften mitzunehmen, wie das ja jeder tun kann, der eine Privatversicherung in dieser Hinsicht abschließt.

Das ist ein sehr kitzliges Problem, aber m.E. ein Problem der finanziellen Sauberkeit. Man soll politische Organisationsbeiträge und Zahlungen für Versicherungen auseinanderhalten. Bei den Versicherungszahlungen müssen Rechtsansprüche gewahrt werden. Es darf nicht in das Belieben der Gewerkschaft gestellt werden, ob der einzelne etwas bekommt oder nicht. Wer aus der Gewerkschaft austritt, muß in der Lage sein, seine erworbenen Anwartschaften mitzunehmen, um sie gegebenenfalls auf eine ihm passende Organisation zu übertragen.

Albers: Bildungsarbeit wird sowohl im Stegerwaldhaus¹³² in gutem Maße wie auch in den einzelnen konfessionellen Organisationen und an anderen Stellen geleistet. Aber was nützt alle Bildungsarbeit und die Herausstellung von Persönlichkeiten innerhalb der Arbeiterschaft, wenn wir ihnen nicht eine Entfaltungsmöglichkeit im öffentlichen Leben geben. Denn sonst hört alles auf.

Herr Minister Schuberth, ich habe von Ihrer Erklärung Kenntnis genommen, aber ich will Ihnen folgendes sagen: Sie haben das konservativste Element, die Post, in Ihrer großen Verwaltung. Wir sollten nun in diesem Kreis nicht mit unserer Meinung in diesen Dingen zurückhalten. Auch in der Postverwaltung wäre jedenfalls der christliche Flügel gestärkt worden, wenn Sie gelegentlich eine festere Haltung bezogen hätten!

In den letzten Wochen haben gewisse Kreise in der Wirtschaft – und jetzt muß ich mich an unseren Bundeswirtschaftsminister wenden – Morgenluft gewittert, insbesondere in der mittleren Industrie. Ich habe Ihnen über Emsdetten einen Brief

132 Haus der Sozialausschüsse (CDA) der CDU in Königswinter bis 1986.

geschrieben.¹³³ Es ist unmöglich, daß man Familienväter mit elf Kindern auf die Straße setzt, die während des Emsdettener Streiks eine Aufgabe erfüllten. Es ist unmöglich, einen Mann, der zwei Jahre bei den Engländern im Lager saß, der 45 Jahre im Betrieb war, herauszuschmeißen.

Ich habe eine Bitte an Sie, Herr Bundeswirtschaftsminister, daß nämlich bei diesen Herren, die nicht aus der Großwirtschaft und nicht aus der öffentlichen Wirtschaft kommen, sondern aus der mittleren Industrie und Privatindustrie – also Unternehmungen, die in einer Hand liegen – die CDU auf Ihre Hilfe rechnen kann, wenn sich dort wieder ein allzu starker Herren- oder Kastengeist zeigen sollte.

Dichtel: Ich stimme Herrn Arndgen darin bei, daß wir heute keine Beschlüsse fassen können. Aber eines können wir tun: das Problem in aller Offenheit aussprechen. Da muß ich Ihnen sagen, ich betrachte den Deutschen Gewerkschaftsbund, so wie er heute ist, als einen hoffnungslosen Fall. (*Zurufe:* Sehr richtig!) Unseren Freunden, die sich bemühen, die Dinge zu ändern, möchte ich sagen, sie werden nach meiner Auffassung auf die Dauer nichts ändern können. Das Sprichwort sagt: Die Katze läßt das Mäusen nicht. So werden auch die alten Sozialdemokraten in der Gewerkschaft niemals den gewerkschaftlichen Raum von der Parteipolitik der SPD trennen.

Daß trotz dieser ungeheuren Unterstützung der SPD seitens des Deutschen Gewerkschaftsbundes die SPD nicht mehr Boden gewonnen hat, das ist meiner Ansicht nach eines der größten Ereignisse, die diese Wahl gebracht hat. Wenn ich als Landesvorsitzender gefragt worden bin, wie stellen Sie die Prognose zur kommenden Wahl, dann war für mich das große Unbekannte: Wie wird man auf diese Propaganda der Gewerkschaft reagieren? Man hat nicht darauf reagiert!

Herr Bundeskanzler, Sie haben den Wahlauf Ruf des Deutschen Gewerkschaftsbundes, der doch eine einseitige Wahlhilfe für die SPD bedeutet hat, angegriffen. Man hat von der Gegenseite beipflichten müssen, daß etwas nicht in Ordnung ist. Trotzdem hat man einige Tage vor der Wahl diese häßliche Wahlillustrierte¹³⁴ herausgegeben. Das sind Dinge, die unter Verletzung der parteipolitischen Neutralität durchgeführt worden sind. Wir können geradezu von Glück sprechen, daß diese Dinge nicht mehr Eindruck in den Arbeiterkreisen hervorgerufen haben.

Unser Erfolg bei dieser Wahl war aber so offensichtlich, daß auch der DGB nicht dagegen anrennen konnte. Wir werden bei der nächsten Wahl diesen großen Erfolg nicht mehr aufweisen können. Das liegt in der Natur der Sache. Infolgedessen besteht die Gefahr, daß diese Einrichtung zu einer großen Gefahr für uns werden

133 Stadt zwischen Münster und Rheine. – Anfang Februar und ab dem 14. d.M. war es zu Streiks der Textilarbeiter gekommen, in deren Verlauf es auch einen umstrittenen Polizeieinsatz gab. Hauptverantwortlicher für den Streik war der Vertreter der Sozialausschüsse und Bezirkssekretär der Gewerkschaft, Albert Hillenkötter. Dies hatte zu erheblichen Spannungen in der örtlichen CDU geführt (ausführlicher Schriftwechsel in ACDP III-002-101/2).

134 Wahlillustrierte des DGB „Wir alle wählen ... einen besseren Bundestag“ in ACDP III-002-259/1.

kann. Vielleicht müssen wir uns alle einen großen Vorwurf machen, daß wir dieses große Problem nicht rechtzeitig aufgegriffen und nicht frühzeitig erkannt und nichts dagegen getan haben. Zu dieser Schuld bekenne ich mich als ehemaliger christlicher Gewerkschafter auch. Ich bin nicht der Auffassung, daß die Einheit unter allen Umständen für den Arbeiter das Höchste und Wertvollste ist.

Ich bin sogar der Meinung, daß bei der konkurrierenden Art von früher zwischen Freien Gewerkschaften und Christlichen Gewerkschaften die Arbeiter profitiert haben. Trotzdem glaube ich, daß wir im Moment keinen anderen Weg gehen können, wie ihn Kollege Kaiser zeigt, und zwar aus dem einfachen Grund, weil der Unterbau, auf dem eine Einheitsbewegung aufgebaut werden könnte, z.Z. noch nicht da ist. Wir werden den Weg von Kaiser gehen und ihm helfen müssen, weil ich davon überzeugt bin, daß er auf die Dauer Erfolg hat.

Die SPD wird ihr Monopol nicht preisgeben. Wir müssen uns heute darauf einstellen, daß wir eines Tages zu einer eigenen Bewegung, die nicht unbedingt christlich heißen muß, übergehen. Ich kenne die Entwicklung aus Mitteldeutschland. Mit einer guten Schulung von sechs bis acht Wochen für die betreffenden Menschen schaffen wir die Zelle, mit der wir eines Tages eine Organisation aufbauen können.

Wir sollten also klar sehen, daß eines Tages eine Trennung kommen wird, und wir sollten heute dafür schon die Grundlage in der Schule der Jugend schaffen.

Wir werden heute ein Kommuniqué herausgeben. Ich habe eine Bitte an Sie, Herr Bundeskanzler. Wir werden neben der Regierungsbildung auch ein Wort zur Außenpolitik und zur Innenpolitik sagen müssen. Unsere Politik auf sozialpolitischem Gebiet in den nächsten Jahren muß die fortschrittlichste sein, die überhaupt möglich ist. Dadurch schaffen wir schon die Voraussetzungen für das Jahr 1957.

Lassen Sie mich mit einer Bemerkung abschließen. Im Jahre 1921, in der Zeit des Kapp-Putsches¹³⁵, sind die mitteldeutschen Industriellen an den Wohlfahrtsminister Stegerwald mit der Bitte herangetreten: Schicken Sie um Gottes willen christliche Sekretäre nach Mitteldeutschland, wo es in den Fragen der Sozialisierung hoch hergegangen war. Wir wollen nur Herr im Hause bleiben. Wenn wir von der CDU das Eigentum bejahen und uns gegen die Sozialisierung wenden, dann müssen wir auf der anderen Seite aus christlicher Verantwortung heraus die fortschrittlichste Sozialpolitik treiben, um damit unseren Leuten ein Fundament zu geben. Wenn das geschieht, dann werden wir entsprechenden Boden gewinnen.

Adenauer: Lassen Sie mich, trotzdem es schon spät ist, noch einige Worte sagen. Herr Kollege Dichtel, mit der Frage des Gewerkschaftsproblem es in dem Sinne, wie wir es heute besprechen, beschäftige ich mich schon seit mehr als zwei Jahren. Vor zwei Jahren waren Vertreter¹³⁶ der Christlichen Gewerkschaften anderer Länder bei mir. Sie haben sehr deutlich über die Gefahr gesprochen, die wir bei uns haben. Sie

135 Nach Wolfgang Kapp (1858–1922) benannter, gescheiterter Putschversuch vom 13. bis 17. März 1920 gegen die Reichsregierung.

136 Nicht ermittelt.

haben theoretisch und praktisch gesprochen. Lassen Sie mich zum Praktischen etwas sagen.

Um eine neue Gewerkschaft auf die Beine zu stellen, braucht man einige Millionen Mark. (*Zuruf*: Zehn Millionen!) Das ist ein bißchen viel! (*Zuruf*: Eher mehr als weniger!) Nun langsam, meine Herren! Es gehört eine gewisse Summe von Millionen Mark dazu, um etwas aufbauen zu können, ehe die Beiträge fließen. Ich habe die Herren des Auslandes – es waren Holländer und Belgier, damit Sie nicht glauben, es seien irgendwelche andere gewesen – gefragt, woher bekommen wir denn das Geld? Können Sie das Geld geben? Aus Unternehmerkreisen darf das Geld nicht kommen. Darauf haben sie mir erklärt, wir können allenfalls soundso viel Hunderttausende geben, mehr aber nicht.

Lassen wir also sehr praktisch und realistisch über die Geschichte denken, und seien wir uns klar darüber, daß einfach bis auf weiteres die nötigen Geldmittel nicht da sind.

Ich möchte einige Gedanken aufgreifen, über die eben gesprochen worden ist; zunächst einen Gedanken von Herrn Kollegen Süsterhenn, den ich für absolut richtig halte. Es ist nach meiner Meinung falsch – da kann auch die Gesetzgebung eingreifen –, wenn den Leuten gesagt wird, aufgrund eurer regelmäßigen Beitragszahlungen werdet ihr unterstützt werden, aber ihr habt keinen Rechtsanspruch darauf. Wenn das eine Privatgesellschaft oder ein Unternehmer machen würde, sich Beiträge zahlen zu lassen und dann zu sagen, ihr bekommt eventuell eine Unterstützung, aber ihr habt keinen Rechtsanspruch, dann würde man die schärfsten Worte dagegen sagen. Es ist also sehr wohl zu überlegen, ob man das nicht im Wege der Gesetzgebung machen soll.

Noch ein Wort für Herrn Albers und die anderen Herren. Wir besprechen gar nicht die Frage der Sozialpolitik. Ich bitte Sie, das doch auseinanderzuhalten. Wir besprechen die Frage der Organisation der Gewerkschaften. Das ist etwas völlig anderes. Auch bei der besten Sozialpolitik, die gemacht wird, bleibt die gewerkschaftliche Organisation und werden die Leute gezwungen, in sie einzutreten. Daran liegt es doch. Ich verstehe nicht, weil Sie doch die Gewerkschaften besser kennen als ich, daß Sie nicht auf meinen Gedanken wegen der Demokratie innerhalb der Gewerkschaften eingegangen sind.

Wie ist es denn heutzutage? Die jungen Leute werden tatsächlich gezwungen, der Gewerkschaft beizutreten, sonst können sie kein Bein auf die Erde kriegen in ihrem Betrieb oder wo sie sind. Und wenn sie drin sind, dann müssen sie zahlen und dürfen nicht riskieren, wider den Stachel zu löcken. Die Entscheidung darüber, ob ein Streik zustande kommt oder ob sonst etwas gemacht wird, die wird nicht von ihnen gefällt, die Entscheidung treffen die armen Lämmer nicht, sondern die wird von den anderen getroffen.

Ich muß Ihnen gestehen, ich finde es mit dem Geist der Demokratie unvereinbar, daß die Arbeiterschaft in eine derartige Organisation hineingepreßt wird und daß sie dann offenbar Jahr für Jahr Beiträge zahlt und überhaupt keine Rechte hat. Ich

verstehe nicht, daß sich die Leute das gefallen lassen. Ich meine, da müssen Sie einsetzen.

Wer Mitglied der Gewerkschaft werden will, soll es freiwillig werden, und wer Beiträge zahlt, soll auch ein Mitspracherecht in geheimer Abstimmung haben; denn nirgendwo – das wissen Sie genauso wie ich – ist der Terror so stark wie dort. Es muß schon in einem Betrieb eine sehr geschlossene Gemeinschaft vorhanden sein, wenn sie sich gegenüber diesem Terror durchsetzen will.

In einem gebe ich Ihnen recht. Wenn jetzt da steht, die demokratische Entscheidung wurde gefällt, dann soll man wirklich dem Herrn Freitag mal sein Presseinterview unter die Nase halten, wo er sagte: Ich entscheide darüber, ob etwas demokratisch ist oder nicht. Wir müssen vor allem eine Übereinstimmung in der Auffassung herbeiführen zwischen den Sozialausschüssen und den Katholischen und Evangelischen Arbeitervereinen. Das scheint mir eine Grundbedingung für Ihre ganze Position gegenüber dem Gewerkschaftsbund zu sein, sonst haben Sie nichts hinter sich. Das ist das erste.

Zweitens sollte man das Damoklesschwert, daß eventuell eine neue Gewerkschaft gegründet wird, hängen lassen, sonst erreichen Sie bei diesen Herrschaften nichts. Sie erreichen bei ihnen wirklich etwas, wenn Sie ihnen eine Macht oder die Möglichkeit einer Macht entgegenhalten können. Ich hatte mir noch verschiedene Punkte darüber aufgeschrieben. Ich will aber nicht zu weit darin gehen. Ich bitte Sie noch einmal, wenn Sie jetzt verhandeln, sorgen Sie zuerst für Einigkeit unter den Katholischen und Evangelischen Arbeitervereinen und unter den Sozialausschüssen. Das ist absolut notwendig.

Wenn Sie die Einigkeit hergestellt haben, dann geben Sie nichts auf bloße Versprechungen, sondern verlangen Sie Taten, und sorgen Sie doch dafür – denken Sie den Gedanken durch –, daß nun wirklich demokratisch dort verfahren wird. Dann haben Sie von den Unternehmern gesprochen. Das hängt damit gar nicht zusammen. (Albers: Doch!) Nein, Herr Albers, wie können sie damit zusammenhängen? Wenn ein Unternehmer gekündigt hat, dann ist zwar die Gewerkschaft dafür da, aber das rechtfertigt doch nicht den Terror oder Zwang, der innerhalb der Gewerkschaften gegenüber ihren Leuten ausgeübt wird. Im übrigen möchte ich Ihnen folgendes sagen, Herr Albers: Gestern war Herr Spennrath¹³⁷ bei mir. Ich habe mit ihm die Frage besprochen, ob die Gewerkschaften mit den Unternehmervereinigungen in Verhandlungen eintreten sollten. Herr Spennrath war der Auffassung, wir werden ja sagen und solche Verhandlungen pflegen. Ich habe ihm gesagt, Sie haben vollkommen recht, das müssen Sie tun, natürlich dürfen Sie nicht die Brücken abbrechen, aber Sie müssen stark und einig sein.

137 Friedrich Spennrath (1888–1959), 1931–1955 Vorstandsmitglied der AEG, seit 1947 Vorsitzender des Vorstands, Präsidialmitglied des BDI.

*Blumenfeld*¹³⁸: Ich glaube, wir müssen die Frage zunächst einmal so behandeln, daß wir dem Vorschlag der Herren Arnold, Albers usw. folgen. Ich bin zutiefst davon überzeugt, daß wir auf die Dauer nicht in der Einheitsgewerkschaft bleiben können, sondern daß wir hier zu einer Trennung kommen werden. Es sollte auch ein weiterer Gesichtspunkt beachtet werden, der noch nicht zur Sprache gekommen ist. Nehmen Sie an, wenn die Wiedervereinigung in einem Jahr oder in zwei Jahren kommt, daß dann in der Ostzone eine sehr stark marxistisch geschulte gewerkschaftliche Organisation steht, die immerhin eine Fragestellung aufwirft, ob nicht von unserer Seite aus eine Christliche Gewerkschaft ins Leben gerufen werden soll.

Ich glaube, daß ein Einbruch – wenn überhaupt – nur durch die Organisation als solche und durch organisatorische Maßnahmen von uns aus sowie durch die Gesetzgebung erfolgen kann. Ich möchte unterstreichen, was Herr Süsterhenn gesagt hat. Man müßte also durch Leistungen überzeugen. Das wird auf die Dauer nur in getrennten Gewerkschaften geschehen können. Ich glaube, daß die Unternehmerschaft dafür gewonnen werden kann und sich bereit erklären wird, mit der christlichen Arbeiterschaft Hand in Hand zu gehen. Hier wird eine große positive Möglichkeit bestehen, wenn wir sie richtig anfassen.

Arnold: Ich freue mich, daß die Frage des Deutschen Gewerkschaftsbundes einen so breiten Raum in unserer Aussprache eingenommen hat. Ich glaube, wir sind uns alle einig in dem Punkt, was im Deutschen Gewerkschaftsbund nicht sein darf. Wir sind ebenso einig in der Auffassung, daß wir eine unabhängige, religiös und parteipolitisch neutrale und demokratisch ausgerichtete Gewerkschaft brauchen. Unsere ganze Arbeit wird darauf gerichtet sein, einen letzten und energischen Versuch nach dieser Richtung hin zu machen.

Keiner von uns vermag vor auszusehen, ob dieser Versuch zu dem Ergebnis führt, das wir alle gemeinsam erwarten. Aber ich halte es für psychologisch grundfalsch, eine Atmosphäre zu schaffen und eine Stimmung zu erzeugen, als wenn es nunmehr die christliche Arbeiterschaft wäre, die von sich aus die Einheit der Gewerkschaft sprengen wollte.

Die christliche Arbeiterschaft darf um ihrer selbst willen und um der ganzen Sache der Arbeiterschaft willen niemals ohne Grund der Spaltpilz der Einheitsgewerkschaften sein. Die Einheitsgewerkschaft ist damals gegründet worden unter klaren Überlegungen und ganz klarer innerer Überzeugung. Unter Böckler¹³⁹ ist mit dieser Gewerkschaft auch manches Wertvolle und Bedeutsame erreicht worden. Ich bin der Auffassung, wenn die Verfassung des Deutschen Gewerkschaftsbundes und sein inneres Gesetz der religiösen und parteipolitischen Neutralität nicht gewahrt werden

138 Erik Bernhard Blumenfeld (geb. 1915), 1946–1955 und 1966–1970 MdHB (1949–1955 Vorsitzender der CDU-Fraktion). Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 354 Anm. 108.

139 Hans Böckler (1875–1951), 1947–1951 Vorsitzender des DGB (zunächst britische Zone, ab 1949 des Bundesgebiets). Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 111 Anm. 10.

können, dann sind nicht die christlichen Arbeitnehmer der Spaltpilz, sondern jene, die diese innere Verfassung der Gewerkschaft fortlaufend verletzen.

Was die psychologischen Voraussetzungen für eine größere Entscheidung angeht, so darf man praktisch folgendes nicht übersehen: Es hat sich die psychologische Situation und die geistige Lage der Arbeiterschaft insgesamt wesentlich geändert. Heute morgen sind wiederholt Worte über den marxistischen Klassenkampf gefallen. Verfolgen Sie im rheinisch-westfälischen Industriegebiet die Wahlergebnisse, dann werden Sie feststellen, daß von einem solchen marxistischen Klassenkampf billigerweise unter der Arbeiterschaft nicht mehr gesprochen werden kann. Es hat sich eine geistige Wandlung vollzogen.

Wenn ich die geistige Lage der Arbeiterschaft richtig beurteile, dann möchte ich sogar der Meinung sein, daß wir uns in einem gewissen geistigen Tauwetter befinden, das uns die Möglichkeit gibt, wieder stärkeren Einfluß zu gewinnen bei den Leuten, die vor 20 Jahren weggelaufen sind. Deshalb sollte man nicht ohne Not, ich wiederhole das mit aller Verantwortung, nicht ohne Not zur Spaltung der Einheitsgewerkschaft drängen; denn gerade die Wahlentscheidung hat bewiesen, daß diese Leute ansprechbar und innerlich bereit sind, einen Weg zu suchen, der uns gemeinsam vorschwebt. Wenn wir das ohne Not machten, wir würden die Leute, die ihr ehrliches Bekenntnis uns gegeben haben, jetzt wieder in den Radikalismus entlassen. Und das kann man weder vom christlichen noch vom sozialen noch vom staatspolitischen Standpunkt aus überhaupt vertreten.

Es wäre doch ein leichtes, und dazu gehört keine Kunst, einen Aufruf zu erlassen, daß nunmehr die christliche Arbeiterschaft aufgefordert würde, in den nächsten vier Wochen Christliche Gewerkschaften zu gründen. Dazu gehört gar nichts. Aber ich frage Sie, wer den nächsten Schritt macht, muß auch innerlich sicher sein, wie der zweite aussehen wird. Kollege Even¹⁴⁰ hat gestern eine Pressekonferenz abgehalten und dabei angegeben, daß nunmehr die Katholischen Arbeitervereine rund 200.000 Mitglieder zählen. Ich unterstelle, daß selbst die 200.000 Mitglieder bereit wären, sofort Mitglied einer künftigen christlichen oder unabhängigen Gewerkschaft zu werden, aber sie würden doch praktisch zerrieben werden gegenüber den 6,1 Millionen, die der DGB hat.

Es kommt hinzu, daß weite Kreise der christlichen Arbeiterschaft zur Stunde die Situation für keineswegs reif halten, eine solche Entscheidung zu treffen. Ich würde es aus allen staatspolitischen, sozialpolitischen und gesellschaftspolitischen Erwägungen heraus für grundfalsch halten, in dieser Stunde eine solche Entscheidung herbeizuführen.

Wir können nur eines tun – da gehe ich mit allen einig –, zu versuchen, zwischen den Katholischen und Evangelischen Arbeitervereinen und den Sozialausschüssen eine

140 Johannes Even (1903–1964), 1949–1964 MdB (CDU), 1955 Mitgründer und 1. Vorsitzender der Christlichen Gewerkschaften Deutschlands. Vgl. PROTOKOLLE I S. 350 Anm. 83. – Zur Pressekonferenz vgl. Anm. 130.

einheitliche geistige Grundlage herzustellen. Das müßte um der Verantwortung willen, vor der wir alle stehen, möglich sein. Dann kann man eine deutliche und begründete sachliche Aussprache mit dem DGB führen. Sollte sich dann herausstellen, daß alle Bemühungen ergebnislos gewesen sind, dann bleibt uns nichts anderes übrig, als eine selbständige Entscheidung zu treffen, die dann aber nicht von einzelnen Leuten, sondern von der Gesamtheit der christlichen Arbeiterschaft der Bundesrepublik getroffen werden muß.

Kaiser: Ich möchte bitten, darauf zu vertrauen, daß wir uns der Verantwortung und Tragweite der ganzen Angelegenheit voll bewußt sind. Erwarten Sie von uns keine Dinge, die einfach nicht erreichbar sind. Es ist schon eine ganze Menge im Gange. Wir haben vor drei oder vier Wochen von Essen¹⁴¹ aus den Appell an die deutsche Arbeiterschaft ergehen lassen, sich gegen diesen Terror, wie er im Wahlaufbruch der Gewerkschaften deutlich geworden ist, zu wenden.

Wir haben den Appell ergehen lassen, damit sich die Menschen unserer Art und unseres Denkens, und zwar nicht nur die christlich-demokratische Arbeiterschaft, sondern jeder, der Verantwortung in sich fühlt, in den Gewerkschaften und gewerkschaftlichen Organisationen zu Fraktionen zusammenschließen sollen. Also, wir sind uns unserer Verantwortung voll bewußt. Wir werden nicht auf halbem Wege stehenbleiben, sondern wir werden die Klärung herbeizuführen suchen.

Herr Bundeskanzler, was Sie mit dem Wort Demokratie ausdrücken, erfüllt mich voll und ganz. Ich weiß, was damit erreicht werden soll oder muß. Es darf nicht einfach nach Mehrheiten abgestimmt werden, sondern die Minderheiten müssen auch zur Geltung kommen in geheimer Abstimmung usw. Ich verstehe unter dem Wort Toleranz etwas anderes. Da begegne ich Kiesinger; es kommt darauf an, daß man der sozialdemokratischen Arbeiterschaft nach unserem Denken in Toleranz entgegenkommt, daß man sich gegenseitig achtet und respektiert. Die Gewerkschaftsbewegung ist nun einmal aus zwei Wurzeln heraus gewachsen – und jetzt darf ich das Wort Marxismus noch einmal verwenden, wenn Sie auch meinen, daß es nicht angewendet werden möchte –, und zwar aus der Lehre des Marxismus und aus der Lehre einer christlichen Sozialordnung der Gesellschaft, der Wirtschaft und der politischen Dinge in unserem Land.

Es sind in der Diskussion über die Gewerkschaften auch Stimmen laut geworden, die nicht in erster Linie Sorgen um die Gewerkschaft zum Ausdruck brachten, sondern die sich für die wohlverstandenen Interessen der Arbeiterschaft aussprachen. Das ist wohl auch das, was vorhin Albers mit einigen Worten darzulegen versuchte.

Wir sind auch verantwortlich, daß wir zu unserem Teil dazu beitragen, daß gute Lösungen gefunden werden. Ich spreche nur die Bitte aus, uns zu vertrauen, daß wir unseren Mann in dieser Auseinandersetzung stehen werden. Wir können Versäumtes nicht nachholen und Fehler nicht mehr gutmachen, aber Sie dürfen versichert sein,

141 Vgl. Anm. 127.

daß wir in dieser Auseinandersetzung das tun werden, was die Stunde von uns erwartet und fordert.

Adenauer: Darf ich die Diskussion, die sehr notwendig und sehr klärend gewesen ist, damit schließen, indem ich feststelle, daß wir alle der Meinung sind, daß eine Einigkeit hergestellt werden soll zwischen den Sozialausschüssen und den Katholischen und Evangelischen Arbeitervereinen?

Kaiser: Was der Even gestern vor der Presse gesagt hat, ist eine Blödheit und Dummheit sondergleichen!

Pünder: Deswegen sagt das doch der Herr Bundeskanzler!

Adenauer: Sie kommen mir zur Hilfe, Herr Pünder. Es soll eine Übereinstimmung hergestellt werden, nicht in der Organisation, aber in der Auffassung. Gegenüber diesem Problem muß eine Übereinstimmung hergestellt werden. Im übrigen haben wir zu unseren Freunden, die nun verhandeln werden, Vertrauen. Sie können nun auftreten und sagen, daß die gesamte Partei in dieser Auffassung hinter ihnen steht. Ich denke, daß wir das Ergebnis dieser ganzen Verhandlungen einmal abwarten.

Meine Herren, wie wollen Sie nun weiter taktieren? Der Imbiß steht bereit. Inzwischen ist es viertel vor 2 Uhr geworden. Das Kommuniké muß noch gemacht werden. Es liegt ein Entwurf des Kollegen Tillmanns vor, den Kollege Ehlers freundlicherweise durchgesehen hat. Vielleicht kann noch jemand dazukommen, der das durchsieht, während wir drüben sind. Wann sollen wir wieder zusammentreten, und worüber haben wir noch zu sprechen? (*Zurufe:* Schluß machen! – *Unruhe.*) Es werden Stimmen laut, die meinen, wir hätten erschöpfend alles besprochen.

Weber: Es stehen Artikel in der Zeitung über die Regierungsbildung. Ich möchte wissen, was davon wahr ist.

Adenauer: Sie werden verstehen, daß ich, der ich noch kein Bundeskanzler für die Zukunft bin, in einem solchen Gremium nicht über die Regierungsbildung sprechen kann.

Strauß: Zur Geschäftsordnung! Ich bitte Sie, es mir nicht übelzunehmen, wenn ich die Meinung vertrete, daß die allgemeinen politischen Entscheidungen, die von unserer Seite zu fällen sind, sowie die Beurteilung der politischen Lage, die sich aus den Wahlen ergibt, mit der Diskussion von heute vormittag abgeschlossen sind.

Ich glaube, daß jetzt die Fraktion der CDU/CSU zusammentreten muß, um die Resultate der Beratungen des Bundesparteivorstandes zu verwerten und um den bisherigen Bundeskanzler mit der Wahrnehmung der Koalitionsverhandlungen mit den Parteien, die in Betracht kommen, zu beauftragen.

Der dritte Schritt wäre eine Wiedereinberufung des Bundesparteivorstandes, um aufgrund der bis dahin geführten Verhandlungen die Zustimmung des Bundesvorstandes einzuholen. Ich glaube nicht, daß wir heute nachmittag in diesem Kreis zu konkreten Entscheidungen oder Vorbesprechungen kommen können, ohne daß die Position für die Verhandlungen dadurch geschwächt würde.

Ich stelle daher den Antrag, die Beratungen zu beenden und nächste Woche

den Parteivorstand nochmals einzuberufen, wenn der Bundeskanzler aus dem Urlaub zurück ist.

Adenauer: Sie haben den Vorschlag gehört. Soviel ich weiß, Herr von Brentano, werden die Fraktionen am Dienstag zusammentreten. Sie beabsichtigen, was ich für richtig halte, eine Art Ausschuß zu schaffen, der die Dinge weiter bearbeitet. Dann würden wir hier – ich weiß nicht, wie die Verhandlungen laufen – zu einem Zeitpunkt, den wir noch nicht festsetzen können, aber bald wieder zusammentreten.

*Simpfendörfer*¹⁴²: Es sind in der Presse über regionale Verteilung der Minister-sitze sehr interessante Erörterungen gepflogen worden. Ich bin nicht der Meinung, daß wir das weiterpflegen sollten. Ich möchte nur bemerken, daß wir uns dafür sehr interessieren, vor allen Dingen von Baden-Württemberg aus.

Adenauer: Wenn Sie weiterdiskutieren wollen, dann schlage ich vor, jetzt für eine Stunde zu unterbrechen und dann weiterzumachen. Sind Sie damit einverstanden?

Pause von 13.50 Uhr bis 14.50 Uhr.

Adenauer: Meine Damen und Herren! Ich hoffe, daß die kommende Bundesregierung hier mal eine Schelle anschafft! (*Schäffer:* Ich nehme es zur Kenntnis!) Der tut schon so, als wenn er der Bundesfinanzminister der Zukunft wäre, er sagt, ich nehme es zur Kenntnis. (*Heiterkeit.*) Eine Schelle werden wir dann doch hoffentlich mal bekommen. Das Wort hat Herr Gradl¹⁴³.

Gradl: Ich will nur einige Worte im Anschluß an die Ausführungen unseres Freundes Blumenfeld sagen, die einer Richtigstellung bedürfen; denn es wäre grundfalsch, wenn Sie sich in Ihrer Politik gegenüber den Gewerkschaften von falschen Vorstellungen leiten ließen.

Er hat vorhin die Dinge so dargestellt, als ob wir mit Rücksicht auf eine Wiedervereinigung und auf die dann aus der Arbeiterschaft und der Gewerkschaftsbewegung der Sowjetzone zu uns stoßenden Kräfte darauf bedacht sein müßten, rechtzeitig neben den bisherigen Gewerkschaften eine andere Organisation zu schaffen, um dieser Kräfte besser Herr zu werden.

Ich glaube, darin liegt ein Grundfehler, vor dem wir uns hüten müssen. Wenn überhaupt jemand in der Arbeiterschaft vom Marxismus kuriert ist, dann ist es die Arbeiterschaft in der Sowjetzone.

Nun bitte ich Sie, sich einen Augenblick lang vorzustellen, was geschehen würde, wenn dieser Tag käme. Ob das 1954 oder 1955 ist, ist dabei gleichgültig. In diesem Augenblick würde in der Sowjetzone die Arbeiterschaft eine radikale, wahrscheinlich in revolutionärem Stil vor sich gehende Säuberung der Gewerkschaften von den

142 Wilhelm Simpfendörfer (1888–1973), 1948–1958 Vorsitzender der CDU Nordwürttemberg, 1953–1958 Kultusminister von Baden-Württemberg. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 17 Anm. 12.

143 Dr. Johann Baptist Gradl (1904–1988), 1953–1971 Mitglied des Bundesvorstands der CDU. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 86 Anm. 4.

bisherigen Funktionären vornehmen. Wir haben in diesem Augenblick die Chance, gerade über die Gewerkschaftsbewegung der Sowjetzone Kräfte in die Gewerkschaft hineinzubekommen, die viel mehr auf dem Boden unseres Denkens stehen als auf dem des Marxismus oder der Sozialdemokratie.

Wir haben dort drüben – das hat das Echo in der Sowjetzone auf die Wahl gezeigt – eine Basis für die Zukunft, die viel größer ist, als sich vielleicht manch einer hier vorstellt, und die mehr Aussicht verheißt, als wir gemeinhin annehmen. Ich erinnere an die Zahlen, die der Bundeskanzler neulich in der Pressekonferenz aus dem Lager Wentdorf¹⁴⁴ genannt hat. Wer es erlebt hat, wie diese Wahlen in der Sowjetzone aufgenommen worden sind, wie die Leute unter der Gefahr, ihre Freiheit zu verlieren, an den Lautsprechern hingen, um die Ergebnisse zu hören, der weiß, was tatsächlich in der Sowjetzone vor sich geht. Wir haben auch von der Sowjetzone her ein ungeheuer großes Vertrauen mitbekommen, auch für die nächsten vier Jahre; denn dort herrscht die Überzeugung, daß die Politik, die nunmehr gemacht wird, sich in der entschiedensten Weise für die Sache der Wiedervereinigung einsetzt.

Sie werden alle im Wahlkampf in Ihren Versammlungen und auch in der sozialdemokratischen Presse gemerkt haben, daß man sich am stärksten bemüht hat, uns in infamer Weise zu verdächtigen, als ob die Politik der CDU in der Sache der Wiedervereinigung es nicht im letzten Sinne ernst meine, als ob sie mehr nach dem Westen als nach der Wiedervereinigung sehe. Es ist uns allen gut gelungen, diese Verdächtigungen zu widerlegen. Das Wahlergebnis hat es gezeigt, aber die Sozialdemokratie wird das Schwergewicht ihres künftigen Kampfes gerade auf diesen Punkt legen.

Deshalb kommt es entscheidend darauf an, neben allem anderen, was hier gesagt worden ist über die Arbeit in der Sozialpolitik, daß wir in der entschlossensten Weise der Bevölkerung den Nachweis erbringen, daß die Politik der Bundesregierung tatsächlich als erstes und ernstes Ziel die Wiedervereinigung Deutschlands vorsieht.

Wenn wir das fertigbekommen, die Wiedervereinigung in den nächsten Jahren wirklich herbeizuführen, dann bekommen wir von der Sowjetzone für unser Denken und für unser Wollen einen Kraftzuwachs, wie wir ihn uns besser gar nicht vorstellen können. (*Beifall.*)

Adenauer: Weitere Wortmeldungen? (*Albers:* Sie wünschen ein weiteres Thema?) Ich nicht, ich habe nur gefragt. (*Albers:* Es ist die Frage, wie bringen wir aus diesem Wahlsieg unsere Mitgliederzahl zusammen? – *Zuruf:* Das wird extra gemacht.) Herr Albers, ich möchte etwas nachholen. Als ich heute morgen dankte, war Herr Bach¹⁴⁵ noch nicht hier. (*Zuruf:* Und jetzt ist er wieder weg!) Jetzt ist er nicht mehr

144 Aufnahmefürer für NW von etwa 10.000 Sowjetzonenflüchtlingen (in Schleswig-Holstein in der Nähe von Hamburg gelegen). Adenauer besuchte das Lager am 21. April 1953 nach seiner Rückkehr aus den USA (Bericht in UiD vom 6. Mai 1953).

145 Ernst Bach (1902–1965), 1948–1956 Oberbürgermeister von Siegen, 1950–1960 Bundesschatzmeister der CDU. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 5 Anm. 23.

da. Dann muß ich doch etwas in seiner Abwesenheit sagen und Sie bitten, mit mir dem Herrn Bach zu danken für die unermüdliche Arbeit, die er während dieser ganzen Zeit wirklich Tag und Nacht, kann ich nur sagen, geleistet hat. Ich darf ihm das wohl auch mitteilen? (*Zustimmung.*) Nun zum Kommuniqué. Wo ist es? (*Zuruf: Kommt gleich!*)

Blumenfeld: Unser Freund Strauß hat heute vormittag über die Frage der Objektivität gesprochen, die wir in den vergangenen Jahren an den Tag gelegt haben, insbesondere in den Ländern. Ich stimme ihm grundsätzlich zu, aber ich möchte doch gerne wissen, ob sein Postulat – ich glaube, er sagte: rücksichtslos –, daß wir unsere Auffassung in den kommenden vier Jahren durchsetzen sollten, so ganz unwiderrprochen in diesem Kreise angenommen wird.

Wir stehen in Hamburg am 1. November vor einer solchen Frage. Ich spreche nicht von jenen entscheidenden politischen Positionen, die so um den Bürgermeister herumgruppiert sind seitens der SPD, sondern ich spreche von den vielen Hunderten und Tausenden von Beamten und Angestellten, die zu einem erheblichen Teil dazu gezwungen worden sind, die Mitgliedschaft der SPD anzunehmen oder in bestimmte Organisationen hineinzugehen, um ihre Stellung zu erhalten.

Ich glaube, man sollte auch hier Ihr Wort, Herr Bundeskanzler, aufgreifen und diese Dinge maßvoll betreiben und nicht mit umgekehrten Vorzeichen vorgehen. Sonst würden wir eine große Zahl von Menschen verstimmen.

Adenauer: Ich möchte ein Wort dazu sagen. Es ist ein wichtiges Kapitel. Ich habe heute morgen nichts dazu gesagt, weil ich mich nicht zu lange aufhalten wollte, aber jetzt möchte ich sagen: In dem, was Herr Strauß ausgeführt hat, steckt ein sehr richtiger Kern. Vielfach hat die Empfehlung von CDU-Seite genügt, um Leute unmöglich zu machen. Sie werden erstaunt sein und vielleicht darüber lächeln, aber es ist so gewesen, daß auf meine Empfehlung im Auswärtigen Amt ein Mann entweder überhaupt nicht genommen wurde, oder er bekam in seine Akten sofort einen Klecks: auf ausdrücklichen Wunsch des Herrn Bundeskanzlers.

Das liegt zum Teil daran, daß viele Leute der CDU und wahrscheinlich auch der CSU kein langes Leben zugetraut haben, sondern daß sie geglaubt haben, die haben nun für die ersten vier Jahre die Regierung bekommen, aber dann kommt ganz sicher die Sozialdemokratie hinterher, deswegen wollen wir vorsichtig sein. Ich denke, das wird sich ändern. Wo es sich nicht ändert, werden wir allerdings mit Energie nachhelfen.

Ich bin nicht der Auffassung, Herr Blumenfeld – Sie haben das dem Herrn Strauß auch nicht unterstellt –, als wenn jetzt radikal alles abserviert werden sollte, was nicht zu uns gehört, aber daß wir viel entscheidender darauf sehen müssen, daß auch Leute von uns in Stellungen kommen, das ist ganz klar.

Nur um eins möchte ich bitten, ich sage das nicht ohne Grund: Wenn uns von CDU-Seite Leute empfohlen werden, dann bitte ich, diese Leute, ehe man sie empfiehlt, sich vorher anzusehen. Es ist wirklich wahr, daß CDU-Leute aus gutem Herzen heraus, wenn irgend jemand kommt und sagt, ich bin CDU-Mann, den ohne

weiteres empfehlen, so daß wir z.B. haben erleben müssen, daß zwei Leute eingestellt worden sind auf Empfehlung von CDU- oder CSU-Abgeordneten, die nachher der Spionage überführt wurden, und zwar der Spionage zugunsten Sowjetrußlands.

Ich möchte daraus folgenden Schluß ziehen: Es handelt [sich] nicht nur um die Bundesregierung, sondern auch um die Länderregierungen, um die Städte und Gemeinden, um die Ortskrankenkassen und die Arbeitsämter, um alle diese Posten. Sie finden sehr selten einen Sozialdemokraten, der einen solchen Posten hat und dabei absolut objektiv ist. Wir sind doch auf der ganzen Linie zurück. Ich nehme an, daß wir durch den Wahlsieg einen Zug nach vorne bekommen. Den müssen wir auch ausnützen.

Zimmer: Herr Bundeskanzler! Gestatten Sie mir dazu einige Worte. Bereits bei früherer Gelegenheit habe ich angeregt, eine personelle Zusammenfassung und Übersicht in allen Ländern und Verwaltungen anzufertigen, nicht etwa, um nach sozialistischem Muster eine Personalpolitik zu machen, und auch nicht, um über Prinzipien klarzuwerden, sondern darum, daß wir im konkreten Betätigungsraum in den Behörden, Verbänden und Anstalten wirklich unseren Leuten die Möglichkeit geben, sich zu bekennen, die sich dazu bekennen wollen. Ein richtiger CDU-Beamter wird niemals gegen sein Gewissen andere benachteiligen, er wird aber für Gerechtigkeit sorgen.

Deshalb möchte ich vorschlagen, daß möglichst bald in allen Ländern, aber auch in der Bundeszentrale, die entsprechenden Ausschüsse zusammentreten, um in der konkreten Personalpolitik die Fragen der Stellenbesetzung einer genauen Kontrolle zu unterziehen. Ich selbst als Innenminister habe damit sehr viel zu tun, und ich weiß, wie schwierig es ist, das auszuräumen, was die SPD-Minister in einigen Jahren an Parteiagitatoren hineingepumpt haben. Das bedarf einer zielbewußten und planmäßigen Vorbereitung.

Ich möchte bitten, daß wir uns wenigstens darüber klarwerden, daß die Landesparteien die entsprechenden Ausschüsse zusammensetzen und eine genaue Feststellung treffen, wo und wie sind die Stellen besetzt. Es geht bis zum letzten Gendarmeriechef in den Kreisen, sage ich Ihnen. Die Leute haben nicht den Mut, sich zu bekennen. Dort werden die Qualifikationsatteste geschrieben, die nachher bei den Regierungen durchlaufen. Man muß ganz unten anfangen, vor allen Dingen bei der Polizei. Das sage ich sogar für uns. Das gilt erst recht in den SPD-Ländern. Von Hessen will ich nicht sprechen, weil das über meinen Bereich hinausgeht. Auf diesem Gebiet bleibt unendlich viel zu tun. Aber es umfaßt nicht nur das Negative, sondern auch das Positive.

Wir müssen dafür sorgen, daß wir zunächst einen qualifizierten, tüchtigen Nachwuchs haben, der uns auch Ehre macht, wenn er in die betreffenden Positionen hineinkommt.

Adenauer: Damit können wir dieses Thema verlassen. Ich kann Übereinstimmung feststellen. Ich darf nun Herrn Tillmanns bitten, das Kommuniké zu verlesen.

Tillmanns: Herr Bundeskanzler! Vielleicht ist es möglich, daß ich diesen Entwurf

verlese. Es wäre erwünscht, daß der Vorstand noch einen kleinen Kreis beauftragt, der dann die redaktionelle Bearbeitung vornimmt.

Es ist eine Erklärung des Vorstandes, die vor allem an die Wählerschaft gerichtet ist:

„Der Vorstand der Christlich-Demokratischen Union begrüßt in tiefer Genugtuung über das Ergebnis der Bundestagswahl alle Männer und Frauen, die den Kandidaten der Christlich-Demokratischen Union ihre Stimme gegeben haben, und dankt ihnen für den Beweis ihres großen Vertrauens.

Der große Erfolg der Christlich-Demokratischen Union gründet sich auf ihre innere Geschlossenheit. Katholische und evangelische Christen haben sich in allen Ländern stärker als je zuvor zu ihr bekannt. Die Christlich-Demokratische Union als die politische Gemeinschaft aller Stände und Schichten ist die tragende Kraft unserer Demokratie.

Auch weite Kreise der Arbeiterschaft und vor allem der Jugend haben der Christlich-Demokratischen Union, ihren Grundsätzen, ihren Zielen und insbesondere der erfolgreichen Politik Konrad Adenauers ihr Vertrauen ausgesprochen. Wir empfinden diesen Vertrauensbeweis als verantwortungsvolle Verpflichtung. Wir werden dieser Verantwortung gemeinsam mit denjenigen Parteien, die mit uns zusammenarbeiten wollen, gerecht werden und wissen unsere Arbeit auch denen verpflichtet, die uns nicht gewählt haben.

Das Programm, das wir auf dem vierten Hamburger Parteitag für den zweiten Deutschen Bundestag beschlossen haben, wird Richtschnur unserer Politik sein. Wir werden die Leistungen der Wirtschaft weiter steigern, die Versorgung des Volkes verbessern, vor allem aber die sozialen Aufgaben jeder Art, insbesondere an den wirtschaftlich Schwachen, in fortschrittlicher Sozialpolitik zur Lösung bringen.

Unser vornehmstes Ziel bleibt die Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit für das ganze deutsche Volk.

Das werden wir erreichen, wenn wir an der Errichtung der Europäischen Gemeinschaft wie bisher mitarbeiten, die Zusammenarbeit mit den Völkern der freien Welt im Geiste gegenseitigen Vertrauens stärken und unseren Beitrag dazu leisten, daß die Gegensätze zwischen den Weltmächten überwunden werden.

Der große Wahlerfolg der Christlich-Demokratischen Union ist nicht zuletzt der unermüdlichen Arbeit vieler tausender ehrenamtlicher und amtlicher Mitarbeiter und der vielfältigen Tätigkeit aller unserer Freunde in Stadt und Land zu verdanken. Der Vorstand spricht ihnen allen in herzlicher Verbundenheit seinen aufrichtigen Dank aus.“

Simpfendörfer: Ich vermisse die Jugend!

Tillmanns: Ist drin!

*Kunze*¹⁴⁶: Ich vermisse eine Verbindungslinie zur CSU.

146 Johannes Kunze (1892–1959), 1949–1959 MdB (CDU, Vorsitzender des Ausschusses für den Lastenausgleich. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 109 Anm. 2.

Adenauer: Das ist eine Frage, die mir auch beim Lesen kam. Ich habe gedacht, wie schön wäre es, wenn wir das gemeinsam unterzeichneten. (*Kaiser*: Das kann man doch!) Das war mein Gedanke.

Strauß: Darf ich es einmal lesen!

Adenauer: Meine Damen und Herren! Zu meiner großen Freude erklären sich die fünf Vertreter der CSU damit einverstanden, daß überall auch CSU hineingesetzt wird. Ich bin darüber wirklich sehr froh, daß die CSU diese Erklärung mit abgibt; denn das war genau mein Empfinden, als es verlesen wurde, wie schön wäre es, wenn sie dabei wäre.

Herr Strauß will eine kleine Korrektur haben. Es sind auch sonst noch einige stilistische Bedenken laut geworden. Ich würde vorschlagen, daß die Herren Strauß, Gerstenmaier und Kiesinger noch einen Augenblick hierbleiben, um mit Herrn Lojewski¹⁴⁷ zusammen die letzten Feinheiten herauszuholen.

Strauß: Ich schlage vor, das aufzunehmen, was Simpfendörfer angeregt hat, einen Dank an die jungen Wähler, daß sie sich jedem Radikalismus verschlossen haben. (*Gerstenmaier*: Sehr richtig!)

Adenauer: Das wünscht auch Herr Gerstenmaier. Dann sind wir uns einig, einen besonderen Satz dafür. Sonst nichts mehr!

Weber: Ich kann aus dem Industriegebiet berichten, daß die Frauen einen großartigen Wahlkampf geführt haben. Ich wäre sehr dankbar, wenn die Frauen genannt würden.

Adenauer: Frau Weber, hier steht allerdings: Männer und Frauen. (*Weber*: Das ist immer das gleiche!) Nach dem Grundgesetz sind beide gleich, aber Sie haben recht, auch ich bin der Auffassung. Der größere Teil unserer Wähler waren die Frauen und Mädchen. Vielleicht kann man das noch bei der Redaktion hinzusetzen.

*Hofmeister*¹⁴⁸: Ich bin in der Stadt Braunschweig von 42 % Frauen und 36 % Männern gewählt worden. (*Weber*: Dann können Sie uns auch nennen!)

Adenauer: Es ist heute hier eine Arbeitstagung. Wir sind jetzt seit einer Reihe von Jahren immer zu Arbeitstagungen zusammengewesen. Ich denke, wenn die Bundesregierung gebildet ist, daß wir dann auch mal ein abendliches Zusammensein mit gemeinsamem Essen veranstalten werden, damit wir auch mit den neuen Fraktionsmitgliedern in menschliche Berührung kommen. Der Mensch ist nicht nur Geist – heute sind wir hier nur Geister –, sondern auch Körper. Deswegen muß das Essen und Trinken hinzukommen, um die menschliche Verbundenheit herzustellen.

Weber: Schönen Dank, Herr Bundeskanzler, daran habe ich auch manchmal gedacht.

147 Werner von Lojewski (1907–1980), 1953–1955 Leiter der Presse- und Rundfunkabteilung der CDU-Bundesgeschäftsstelle. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 493 Anm. 2.

148 Dr. Werner Hofmeister (1902–1984), 1947–1967 MdL Niedersachsen (CDU). Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 29 Anm. 49.

*Altmeier*¹⁴⁹: Wir geben jetzt diese Resolution heraus, die den Dank an die Wählerschaft darstellt. Seit drei Tagen steht es in der ganzen Presse, daß der Bundesvorstand der Partei hier zusammenkommt. Müssen wir nicht auch mit drei Sätzen sagen, was wir heute hier besprochen haben?

Adenauer: Herr Lojewski, lesen Sie mal die vorläufige Fassung vor.

Von Lojewski: „Der Vorstand der CDU trat am Donnerstag zu seiner ersten Sitzung nach der Bundestagswahl zusammen. Von der CSU nahmen Bundesfinanzminister Schäffer, Bundespostminister Schubert und der zweite Landesvorsitzende Franz Josef Strauß und Schütz¹⁵⁰ teil.

Zu Beginn der Sitzung sprach Bundestagspräsident Dr. Ehlers dem Bundeskanzler namens des gesamten Parteivorstandes herzlichste Glückwünsche zum Wahlausgang aus, der ein hervorragender Erfolg des Bundeskanzlers selbst sei. Wenn von gewisser Seite gesagt werde, daß nun in der Bundesrepublik eine autoritäre Entwicklung einsetze, dann wisse jeder, der Konrad Adenauer kenne, wie grundfalsch solche Behauptungen seien.

Der Bundeskanzler führte in einem mehr als einstündigen Referat über die politische Lage aus, die Wahl stelle eine Rechtfertigung des guten Geistes des deutschen Volkes dar. Aus diesem Wahlausgang erwachse der CDU eine historische Aufgabe. Der Bundeskanzler hob hervor, in der vergangenen Woche sei deutlich geworden, welche breite Plattform der Bundesgedanke überall in der Bundesrepublik gewonnen habe. Besonders eindrucksvoll sei gewesen das außerordentlich große Interesse der Jugend an den Wahlen.

Das Wahlergebnis habe gezeigt, daß man mit Vertrauen auf die deutsche Jugend blicken könne. Als ebenso bedeutsam sah der Bundeskanzler an, daß sich das deutsche Volk mit großer Kraft zu den Grundsätzen des Christentums bekannt hat. Der Wahlausgang habe gezeigt, in welchem außerordentlich hohem Maße die beiden christlichen Bekenntnisse zueinander gefunden hätten.

Unter Hinweis darauf, daß der CDU-Fraktion des neuen Bundestages mit 95 evangelischen Abgeordneten mehr als die doppelte Zahl der bisherigen evangelischen Abgeordneten angehörten (89[!])¹⁵¹, (*Scharnberg*: Nur „das Doppelte“ sagen!)

149 Peter Altmeier (1899–1977), 1947–1969 Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 26 Anm. 34.

150 Hans Schütz (1901–1982), 1949–1963 MdB (CDU). Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 353 Anm. 100; Hans Schütz – Helfer und Wegweiser in schwerer Zeit. Gewerkschaftler, Sozialpolitiker, Jungaktivist, Vertriebenenpolitiker, Europapolitiker (Schriftenreihe der Ackermann-Gemeinde 32). München 1982.

151 Im 2. Bundestag waren von den 249 Abgeordneten der CDU/CSU-Fraktion 38,4 % evangelisch (DATENHANDBUCH 1949–1982 S. 193). Von den Fraktionsmitgliedern im 1. Bundestag (Zahl wegen Fraktionswechsel und Erhöhung der Zahl der Berliner Abgeordneten zwischen 141 und 151 schwankend – EBD. S. 238–242) können 46 als evangelisch ermittelt werden; dazu kommen der Flensburger Abgeordnete Dr. Eduard Edert als Fraktionsgast sowie der 1952 verstorbene Carl Schröter. Bei einem Abgeordneten ist die Konfessionszugehörigkeit nicht zu ermitteln.

verband der Bundeskanzler seinen besonderen Dank an die evangelischen Teile der CDU-Wähler. Wiederholt betonte der Kanzler, daß die Verantwortung, die der CDU aus diesem Wahlsieg erwachse, ungeheuer groß sei. Die Gesamtpolitik in den nächsten vier Jahren müsse eine Politik des Maßhaltens und der Mitte sein.

Ganz besonderes Gewicht werde in den nächsten vier Jahren der Sozialpolitik zukommen.

Außenpolitisch werde der bisherige Weg weiter begangen werden in der Gewißheit, daß er der einzige Weg sei, der zur Wiedergewinnung des deutschen Volkes in Frieden und Freiheit und zum engen Zusammenschluß aller freien und friedliebenden Völker führe.

An die Ausführungen des Bundeskanzlers schloß sich eine eingehende, mehrstündige Aussprache an, die sich mit den Erfahrungen des Wahlkampfes, dem Ergebnis und den Auswirkungen der Wahl befaßte.

Zu bisher in der Presse erschienenen Kommentaren über Bildung der neuen Bundesregierung, die als voreilig bezeichnet wurden, erfolgt im einzelnen keine Stellungnahme. Es wurde aber die grundsätzliche Bereitschaft festgestellt, die künftige Regierungspolitik nicht ohne die bisherigen Koalitionspartner zu führen.“

– Das muß sicher geändert werden. –

„Besonders hervorgehoben wurde in diesem Zusammenhang das Recht des Bundespräsidenten, beim Zusammentreten des Bundestages von sich aus dem Parlament den neuen Bundeskanzler vorzuschlagen. Eingehend erörtert wurde auch die Frage, die sich aus der politischen Haltung des Deutschen Gewerkschaftsbundes in der letzten Zeit ergab.“

Kaiser: Das ist zu lang!

Von Lojewski: Ich bin überzeugt davon, daß das nicht nur im Inland, sondern auch im Ausland alle Leute zu lesen wünschen.

Adenauer: Das unterliegt, wie die andere Resolution, der gleichen Redaktionskommission.

Man kann noch einiges ändern oder streichen. Ich habe Wert darauf gelegt, daß das Recht des Bundespräsidenten hervorgehoben wird. Das ist nämlich tatsächlich das vornehmste Recht, das der Bundespräsident hat. Der Bundespräsident hat das Recht, ohne Benehmen mit dem Bundestag einen Mann als Bundeskanzler vorzuschlagen. Wenn der dann keine Mehrheit findet bei der geheimen Abstimmung, kommt die andere Prozedur. Aber der Bundespräsident hat das Recht. Ich finde es für richtig, wenn man der Verfassung entsprechend das auch betont. Ich halte es nicht für richtig, daß jetzt unendlich viele Kombinationen über den Bundeskanzler, die Minister usw. angestellt werden.

Ich sage es ganz offen hier, daß sich in Bonn schon eine Rederei über die Regierungsbildung usw. breitmacht, die ich wirklich für unmöglich finde. Wir haben schließlich schon die Ministernamen, noch ehe ein Bundeskanzler da ist. Das ist doch unmöglich. Deswegen lege ich Wert darauf, daß das Recht des Bundespräsidenten betont wird, damit wir ein bißchen Ruhe bekommen. Der Bundeskanzler wird doch

nicht geschaffen durch Vereinbarungen der Parteien untereinander. Der Bundespräsident wird sich der Dinge annehmen. Das kann ich ohne weiteres annehmen. Sein Recht muß gewahrt werden. Das ist das vornehmste Recht, was er in der Verfassung hat.

Gratl: Darf ich für die Redaktionskommission zwei Anregungen geben. Ich halte den Satz – ich bitte Sie, es mir nicht übelzunehmen –, der da lautet, der Vorwurf, künftig würde ein autoritäres Regime geführt, treffe nicht zu, nicht für richtig. Ich bin der Ansicht, daß man sagen sollte: Wir werden durch die Praxis beweisen, daß die CDU nicht ein autoritäres, sondern ein demokratisches Regime führt. (*Zurufe:* Fortlassen!) Ich würde vorschlagen, die Zahl der evangelischen Abgeordneten überhaupt herauszulassen. (*Zurufe:* Richtig!) Denn die Böswilligen rechnen vielleicht aus, daß das nur $\frac{2}{5}$ sind. Damit wäre uns auch nicht geholfen. Ich bin dafür, den Gedanken aufzunehmen, ihn aber so zu sagen: In dieser Wahl haben sich gerade auch die evangelischen Landesteile in so überzeugender Weise zur Christlich-Demokratischen Union bekannt, daß ...

Adenauer: Ich glaube, das ist richtig. Wir sollten von dem Autoritären nichts sagen. Wenn wir etwas sagen von den Sozialdemokraten, dann höchstens das: Die Sozialdemokratie spielt sich jetzt als die Hüterin der Demokratie auf. Aber ich würde auch das weglassen. (*Zuruf:* Zu polemisch!) Zu polemisch, das wäre mir egal, aber es ist etwas anderes.

Also, meine Damen und Herren, sind wir mit diesen Auslassungen und Änderungen einverstanden! Die Kommission auch! Sie werden das jetzt fertig machen.

Dann darf ich nochmals recht herzlich danken für Ihr Erscheinen und die Teilnahme an unserer heutigen Sitzung, die ich hiermit schließe. Ich denke, daß wir uns in verhältnismäßig kurzer Zeit wiedersehen werden.